

Bremen, Mai 1919.

N^o 5.**Verhandlungen der Nationalversammlung**

Sitzung vom 26. April 1919.

Es fehlten entschuldigt:

Brauns, August
Cordes, JohannesDögler, Johann
Deichmann, KarlHarmening, August
Hobelmänn, Gustav

Kartmeyer, Carsten

Es fehlten unentschuldigt:

Allerheiligen, Diedrich
Blase, Wilhelm
Buchholz, WilhelmHasselbach, Caroline
Lampe, J.
May, FranzPieper, Wilhelm
Stallmann, Louis
Stöckinger, AlfredBarnde, Heinrich
Wellmann, Joh.**Gegenstand der Tagesordnung:**

Verhandelt Seite

- I. Antrag auf Entschädigung der Opfer des 4. Februar. 114
- II. Antrag, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären. (N. z. Verh. gef.)
- III. Wahl der Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung. (N. z. Verh. gef.)
- IV. Antrag auf Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums in Bremerhaven und der Gemeindeausschüsse in den Landgemeinden. (N. z. Verh. gef.)
- V. Antrag auf Errichtung von Fortbildungskursen für die weiblichen Arbeitslosen. (N. z. Verh. gef.)
- VI. Antrag auf Einführung der Einheitschule. (N. z. Verh. gef.)
- VII. Antrag auf Erlass eines Gesetzes, betr. Zwangsversicherung gegen Viehdiebstähle, dazu Mitteilung des Senats vom 22. April 1919. (N. z. Verh. gef.)

Verhandelt Seite

- VIII. Mitteilung des Senats vom 17. April 1919:
 1. Ergänzung der Deputationen.
 2. Einsetzung des Senats. (N. z. Verh. gef.)
- IX. Mitteilung des Senats vom 19. April 1919: Verzeichnis der von der provisorischen Regierung erlassenen Verordnungen usw. (N. z. Verh. gef.)
- X. Antrag, betr. Vertretungsbefugnisse der Deputationsbeamten. (N. z. Verh. gef.)
- XI. Antrag, betr. Friedensbedingungen. (N. z. Verh. gef.)
- XII. Antrag, betr. Befundung des Mißtrauens gegen die vorläufige Regierung. 122

Herr Dunkel präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 10 Uhr 5 Minuten.

Gegen das Protokoll der vorigen Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Eingegangen ist ein genügend unterstützter Antrag des Herrn Nief:

Die bremische Nationalversammlung erklärt es als gerechtfertigt, daß die bremischen Beamten und Angestellten in Gehalt, Teuerungszulagen und Amtsbezeichnungen

gen mindestens mit den preussischen und Reichsbeamten, unter Anrechnung des Wohnungsgeldzuschusses der Servisklasse A gleichgestellt werden. Sie beschließt die Niederlegung einer Kommission von 13 Mitgliedern und erteilt dieser den Auftrag,

1. die Klasseneinteilung der bremischen Beamten und Angestellten mit der der preussischen und Reichsbeamten in Einklang zu bringen;
2. eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, nach der die Jahrgeldberechtigung durch die Ruhegehaltsberechtigung ersetzt wird;

3. Vorschriften auszuarbeiten, nach denen alle dauernd beschäftigten, auf Privatvertrag angestellten Hilfskräfte nach einer gewissen Dienstzeit ruhegehaltberechtigt werden.

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Ferner ist folgender genügend unterstützter Antrag des Herrn Klawitter eingegangen, für den Dringlichkeit beantragt ist:

Die Nationalversammlung beauftragt eine Kommission von sieben Mitgliedern, mit dem 21er Rat in Verhandlung zu treten zur Beilegung der Differenzen.

Bevor ich über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen lasse, gestatten Sie mir einige Worte. In der letzten Sitzung haben wir nur einen Punkt der Tagesordnung erledigt. Trotzdem haben wir ein Stenogramm von über 200 Seiten. Die längsten Sitzungen der alten Bürgerschaft haben fast nie Stenogramme von 100 Seiten ergeben. Sie können daraus schließen, wie geredet ist, um einen einzigen Punkt der Tagesordnung zu erledigen. Wenn wir in dieser Weise weiter arbeiten, werden wir zu keinen praktischen Resultaten kommen. Ich möchte darum alle diejenigen, von der Rechten und der Linken, die zu reden wünschen, bitten, sich in ihren Reden etwas zu beschränken.

Ferner möchte ich die Abgeordneten bitten, Zwischenrufe zu unterlassen. Dadurch würde die Debatte sicher verkürzt werden. Wenn wir in der bisherigen Weise fortfahren, so können wir, wie schon gesagt, und ich möchte das nochmals betonen, nicht praktische Arbeit leisten.

Ferner bitte ich auch, die Ausdrucksweise etwas zu mäßigen und keine Ausdrücke zu gebrauchen, die nicht in ein Parlament gehören. Es ist z. B. in der letzten Sitzung öfters der Ausdruck „Lüge“ gefallen. Der Ausdruck sollte hier nicht gebraucht werden. In früheren Jahren hat man ihn in der Bürgerschaft überhaupt nicht gehört. Das Wort läßt sich sehr leicht umschreiben, man kann dafür „Frrtum“ oder ein ähnliches Wort gebrauchen. Sie werden schon den richtigen Ausdruck finden können, ohne durch derartige scharfe Ausdrücke jemand zu verletzen.

Soeben sind mir noch folgende Anträge zugegangen:

Ist die bremische Regierung bereit, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wieviel Personen sind anlässlich der Schießereien in den Straßen Bremens getötet, wieviel verwundet worden?
2. Bewahrheitet sich das Gerücht, daß meuternde Soldaten der Regierungstruppe erschossen sind und daß ca. 600 Mann Regierungstruppen in Haft sitzen?

3. Bewahrheitet sich das Gerücht, daß Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident des deutschen Reiches, Scheidemann, zurückgetreten ist?

Der Antrag ist von Herrn Müller eingereicht und genügend unterstützt.

Diese Fragen kommen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Ferner ist eingegangen von Herrn Müller ein Dringlichkeitsantrag, der genügend unterstützt ist:

Die bremische Nationalversammlung beschließt die Wiederherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts, sowie der vollständigen Pressefreiheit.

Dieser Antrag kann nach meiner Auffassung heute nicht zur Erledigung kommen. Die Nationalversammlung hat in der vorigen Sitzung es abgelehnt, die Pressefreiheit wieder einzuführen, und unsere Geschäftsordnung schreibt ausdrücklich vor:

Anträge, deren Annahme die Aufhebung eines von der Bürgerschaft (das muß jetzt sinngemäß „Nationalversammlung“ heißen) gefassten Beschlusses zur Folge haben, können nicht sofort zur Verhandlung gelangen, müssen vielmehr auf die nächste Tagesordnung gestellt werden.

Zur Geschäftsordnung

Dr. K u n k l e r (U. S.): Ich bin der Meinung, daß diese Bestimmung der Geschäftsordnung hier nicht anzuwenden ist. Der Antrag, der in der vorigen Sitzung abgelehnt wurde, verlangte die Aufhebung des Belagerungszustandes, er ging daher weiter als dieser Antrag, der nur die Wiederherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts sowie der vollständigen Pressefreiheit verlangt.

P r ä s i d e n t: Der in voriger Sitzung abgelehnte Antrag verlangte auch die Pressefreiheit. Ich will aber erst die anderen Dringlichkeitsanträge verlesen. Wir können dann später beschließen, welche von den Anträgen als dringlich erklärt werden sollen.

Zweiter Dringlichkeitsantrag des Herrn Müller, der genügend unterstützt ist:

Die Nationalversammlung beschließt folgendes:

Die bremische Regierung hat sofort mit dem 21er-Ausschuß in Verhandlungen einzutreten zwecks Beendigung des Generalstreiks.

Ich möchte darauf hinweisen, daß dieser Antrag parallel geht zu dem Antrage, den Herr Klawitter eingebracht hat. (Widerspruch links.)

Dritter Dringlichkeitsantrag, ebenfalls von Herrn Müller, genügend unterstützt:

Die bremische Nationalversammlung beschließt:

Alle Geschäftsleute, die ihre Geschäfte anlässlich des Streiks nicht freiwillig geschlossen haben, werden vom bremischen Staat entschädigt.

Vierter Dringlichkeitsantrag, ebenfalls von Herrn Miller und genügend unterstützt:

Die bremische Nationalversammlung beschließt die sofortige Entwaffnung der Stadtwehr und Bewaffnung der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Ferner wird die sofortige Entfernung der Regierungsschutztruppe beschlossen. (Heiterkeit.)

Fünfter Dringlichkeitsantrag, eingereicht von Herrn Eizen, genügend unterstützt:

Die Nationalversammlung beschließt, daß alle Abgeordneten der bremischen Nationalversammlung auf Grund ihres Ausweises nicht verhaftet werden dürfen.

Sechster Dringlichkeitsantrag, eingereicht von Herrn Miller, genügend unterstützt:

Die bremische Nationalversammlung beschließt:

Der Senat hat sofort einen Bericht über die Erschießung von Inhaftierten vom Stadtkommandanten einzufordern und denselben sofort öffentlich bekannt zu geben.

Sollte sich die Erschießung von Inhaftierten bewahrheiten, so sind die Namen der Erschossenen der heutigen Sitzung bekanntzugeben.

Siebenter Dringlichkeitsantrag, eingereicht von Herrn Miller, genügend unterstützt:

Die bremische Nationalversammlung beschließt:

Es ist ein Tribunal einzusetzen, das den jetzigen Bürgermeister und das damalige Mitglied der provisorischen Regierung, Deichmann, darüber vernimmt, wie das Geheimprotokoll zustande gekommen ist, auf welches hin die Regierungsschutztruppe vom Kriegsminister Roske nach Bremen dirigiert ist.

Das Tribunal setzt sich aus je zwei Mitgliedern aller sozialistischen Parteien zusammen. (Heiterkeit.)

Achter Dringlichkeitsantrag, eingereicht von Herrn Miller, genügend unterstützt:

Die bremische Nationalversammlung beschließt folgendes:

Der Belagerungszustand wird aufgehoben.

Sodann ist ein Geschäftsordnungsantrag eingegangen von Herrn Miller, der genügend unterstützt ist:

Wir beantragen, Punkt 12 der Tagesordnung, Antrag, betreffend Befundigung des Mißtrauens gegen die vorläufige Regierung, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen:

Zur Geschäftsordnung

Wenke (U. S.): Meine Damen und Herren! Die Vertreter der U. S. und Kommunisten in diesem Hause sind bei Stellung dieser Anträge in einer Weise vorgegangen, die den parlamentarischen Gepflogenheiten nicht entspricht. Bislang ist es üblich gewesen, solche Anträge

vorher den einzelnen Fraktionen mitzuteilen. Sie haben jetzt die Dringlichkeit der Anträge beantragt, aber der Wortlaut der Anträge liegt uns im einzelnen nicht vor, sie sind lediglich vom Herrn Präsidenten verlesen worden. Wir halten es für notwendig, daß den Fraktionen Gelegenheit gegeben wird, zu diesen Anträgen Stellung zu nehmen. Ich beantrage daher namens der Mehrheitsparteien,

die Sitzung um eine halbe Stunde zu vertagen.

Plawitter (U. S.): Meine Herren! Ich setze natürlich voraus, daß den Fraktionen der Wortlaut der Anträge vorliegt. So können Sie zu den Anträgen keine Stellung nehmen. Nehmen Sie die Dringlichkeit der Anträge an und lassen Sie dann die Anträge in der Kanzlei des Bürgeramts vervielfältigen, damit sie den einzelnen Fraktionen zugestellt werden und diese Beschlüsse darüber fassen können.

Henke (U. S.): Der Antrag Wenhold ist zweifellos richtig. Bei dieser Gelegenheit zeigt es sich, daß in Bezug auf die Behandlung der Gegenstände bei uns ein Mangel besteht, daß wir nämlich keinen Seniorenkonvent haben, mit dem der Geschäftsvorstand die Tagesordnung festlegt. Es liegt in der Natur der Sache, daß solche Dringlichkeitsanträge schnell aus der Situation heraus eingereicht werden und auch schnell zur Verhandlung kommen müssen. Der Seniorenkonvent würde dann auch dafür Sorge zu tragen haben, daß die Anträge den Fraktionen bekannt gegeben werden. Den Antrag Wenhold werden wir selbstverständlich unterstützen.

Wenhold (D.): Ich möchte das Präsidium ersuchen, zu veranlassen, daß von den Anträgen Durchschläge hergestellt werden, von denen jeder Fraktion einer zugestellt wird. Da die Vervielfältigung auch Zeit in Anspruch nimmt, vielleicht eine Viertelstunde, beantrage ich,

die Sitzung auf drei Viertelstunden zu vertragen.

Eizen (R.): Ich beantrage, die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen.

Präsident: Der Antrag Eizen ist der weitestgehende, er will die Verhandlungen um eine Stunde verzögern.

Henke (U. S.): Ich muß zu meinem Bedauern konstatieren, daß der Herr Präsident gegen den Antrag gesprochen hat. Er hat eben gesagt, der Zweck des Antrages sei, daß die Sitzung verzögert werden solle. Das liegt nicht in seiner Vollmacht, einen Antrag zu interpretieren. Er hat den Antrag mitzuteilen, aber dabei zu sagen, warum die Aussetzung um eine halbe, drei Viertelstunden oder eine ganze Stunde erfolgen soll, ist unzulässig. Tut er es dennoch, so wird dadurch möglicherweise das Haus beeinflusst.

Präsident: Es war nicht meine Absicht, das Haus irgendwie zu beeinflussen. Würde ich vermutet haben, daß das aus meinen Worten herausgehört wer-

den könnte, so würde ich nicht den Ausdruck „verzögern“ gebraucht, sondern vielleicht gesagt haben „vertagen“.

Der Antrag Eigen wird abgelehnt.

Präsident: Ich vertage also die Sitzung um drei Viertelstunden.

Pause von 10 Uhr 20 bis 11 Uhr 10.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung wieder. Wir kommen zunächst zu dem Antrage, über folgenden Antrag Klawitter die Dringlichkeit zu beschließen:

Die Nationalversammlung beantragt eine Kommission von sieben Mitgliedern, mit dem 21er-Rat in Verbindung zu treten zur Beilegung der Differenzen.

Zur Geschäftsordnung

Miller (R.): Wir haben an die Regierung Anfragen gerichtet, und es ist parlamentarische Gepflogenheit, daß solche Anfragen zuerst beantwortet werden. Vorhin hat der Herr Präsident gesagt, daß diese Anfragen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden sollten. Meiner Ansicht nach hat der Herr Präsident dieses Recht nicht. Ich möchte die anwesenden Regierungsvertreter ersuchen, zu erklären, ob sie bereit sind, die Anfragen zu beantworten oder nicht.

Präsident: Ich stelle fest, daß Regierungsvertreter nicht anwesend sind. (Hört, hört! links.) Sie können doch nicht von den Regierungsvertretern erwarten, daß sie beständig hier anwesend sind. Wenn Anfragen an die Regierung gestellt werden, so muß ihnen doch auch einige Zeit gegeben werden, über die Fragen eine Entscheidung zu treffen. Ich habe darum gesagt, ich würde die Fragen in der nächsten Sitzung zur Verhandlung bringen.

Zur Geschäftsordnung

Miller (R.): Es ist ein unwürdiger Zustand, daß nicht ein einziger Vertreter der Regierung hier ist, da auf der Tagesordnung fast nur Sachen stehen, die die Regierung in erster Linie angehen. Es ist notwendig ... (Glocke des Präsidenten) daß ...

Präsident: Ich bitte, auf das Glockenzeichen zu achten. Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß Sie es als einen unwürdigen Zustand bezeichnen, wenn Vertreter der Regierung nicht anwesend sind. Es gibt keinen Punkt in der Geschäftsordnung, wonach die Regierungsvertreter gezwungen sind, ständig an den Sitzungen teilzunehmen.

Miller (R.): Aber sie haben die moralische Verpflichtung, hier anwesend zu sein. (Weiterkeit.) Wenn Sie der Ansicht nicht sind, so ist das bedauerlich in dem „freiesten Parlament“. In diesem Parlament müßten bei den Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, die mit der Regierung in engstem Zusammenhang stehen, die Vertreter der Regierung anwesend sein. Oder fürchtet die Regierung sich wegen des ersten Punktes der Verhandlung bezüglich der Unterstützung der Revolutions-

opfer? Fühlt sie sich so schuldbewußt, daß sie nicht wagt, hierher zu kommen?

Hagemeyer (L.-B.): Herr Miller scheint nicht bekannt zu sein, daß es bei Behandlung solcher Fragen Gepflogenheit des Parlaments ist, die Regierung aufzufordern, Vertreter zu entsenden. Dann wird die Regierung selbstverständlich Vertreter herschicken. Nur bei Vorlagen des Senats, bei denen Vertreter der Regierung notwendig sind, macht die Regierung dem Parlament die Mitteilung, daß sie Vertreter zur Vertretung der Vorlage entsenden werde. Die Herren der Regierung, die als Parlamentarier hier sitzen, sind nicht als solche Regierungsvertreter anzusehen.

Miller (R.): Ich beantrage nunmehr, daß Regierungsvertreter sofort hierher bestellt werden.

Präsident: Ich habe nichts dagegen, daß die Regierung davon unterrichtet wird, aber wir können natürlich nicht verlangen, daß die Herren sofort erscheinen.

Bögeding (U. S.): Meine Damen und Herren! Es ist doch ohne Zweifel klar, daß, weil als erster Punkt auf der Tagesordnung der Antrag auf Entschädigung der Opfer des 4. Februar steht, das ganze Haus wohl angenommen hat, daß dazu Regierungsvertreter, Mitglieder der vorläufigen Regierung, der neuen Regierung anwesend sein würden. Ich habe das als ganz selbstverständlich angesehen, daß Herren der Regierung heute im Parlament anwesend sein würden, um zu dem Antrage Stellung zu nehmen, weil der Antrag Herren der provisorischen Regierung selbst betrifft.

Leymann (L.-B.): Meine Damen und Herren! Wir können den Vorschlag des Herrn Miller unter keinen Umständen annehmen. Es handelt sich bei Beantwortung der Fragen doch um die Meinung der gesamten Regierung und nicht um die Ansicht einzelner Vertreter der Regierung. Der Senat muß also erst in seiner Gesamtheit Gelegenheit haben, sich zu besprechen. Darum können die Fragen erst in der nächsten Sitzung behandelt werden.

Hagemeyer (L.-B.): Es ist vorhin gesagt worden, es möge dem Senat mitgeteilt werden, daß er Vertreter entsende. Ich glaube, daß der Herr Präsident das ohne weiteres nicht tun kann. Es muß erst ein Antrag gestellt werden, daß die Anwesenheit von Regierungsvertretern gewünscht wird, und dieser Antrag muß erst angenommen werden. Erst wenn er angenommen ist, kann dieser Beschluß an den Senat gehen, er also ersucht werden, Vertreter zu entsenden.

Henke (U. S.): Formell haben die Herren Leymann und Hagemeyer recht. Bisher ist es Usus gewesen, daß, wenn Vertreter der Regierung nicht zugegen sind, eine Vertretung der Regierung aber gewünscht wird, der Senat darum ersucht wird, seine Vertreter zu senden. Aber wir befinden uns unter ganz besonderen Umständen in Bremen, die auch besondere Maßnahmen erfordern,

und das umsomehr, als das neue Parlament sich nicht so rasch eine eigene Geschäftsordnung schaffen kann, sondern provisorisch die Geschäftsordnung der alten Bürgerschaft zur Richtschnur nimmt. Das Parlament ist ja souverän hinsichtlich seiner Geschäftsordnung, und darum kann wohl ein Beschluß gefaßt werden, der den veränderten Umständen entspricht: es kann die Regierung auf schleunigstem Wege hierher gebeten werden. Wir haben ja den verschärften Belagerungszustand, wir haben keine Pressefreiheit, wir haben nicht die Möglichkeit, nach außen hin zu wirken, unsere ganze Tätigkeit liegt jetzt allein im Parlament. Selbstverständlich müssen diese besonderen Umstände bei unseren Beschlüssen berücksichtigt werden. Unter diesen besonderen Umständen sollten sich die Herren nicht der Dringlichkeit des Antrages verschließen, sondern dem Herrn Präsidenten beistimmen, der auch das Gefühl hat, daß die besondere Sachlage besonders behandelt werden muß. Herr Leymann möchte ja gern den alten Geist aufrecht erhalten, aber wohl aus anderen Gründen. (Präsident: Bitte, zur Geschäftsordnung!) Ich bitte dringend, dem Vorschlag des Herrn Präsidenten zu entsprechen, daß also der Antrag angenommen wird, die Regierung zu ersuchen, schleunigst Vertreter zu entsenden, die über die Frage Auskunft geben können.

Miller (K.): Zur Geschäftsordnung! Auch ich möchte die Versammlung bitten, den geschäftsordnungsmäßigen Antrag anzunehmen und zunächst Vertreter der Regierung hierher zu berufen. Ich nehme an, daß die Herren der Mehrheitsparteien diesem Antrage zustimmen werden, es sei denn, daß sie ihre eigenen Vertreter nicht hier sehen wollten. Das ließe tief blicken.

Präsident: Herr Miller stellt den Antrag, daß über die vorliegende Frage die Regierung benachrichtigt und ersucht wird, einen Vertreter hierher zu senden. Nach Erledigung der Geschäftsordnungsdebatte werde ich über den Antrag abstimmen lassen.

Wenhold (Dem.): Auch wir halten es für wünschenswert, daß die Regierung bei der Verhandlung dieses Gegenstandes vertreten ist. Ich möchte aber bitten, daß es in dem Antrage nicht heißt „einen Vertreter“, sondern „Vertreter“ der Regierung.

Peine: Ich kann diesen Antrag nur unterstützen.

Waigand: Ist erledigt.

Der Antrag wird angenommen.

Miller (K.): Ich bitte ums Wort.

Präsident: Handelt es sich um diesen Gegenstand?

Miller: Jawohl.

Präsident: Bedauere sehr, ich kann Ihnen dazu nicht mehr das Wort geben, da Sie schon dreimal zu der Sache gesprochen haben.

Miller: Es handelt sich um eine neue Sache.

Präsident: Sie haben aber eben vorhin erklärt, daß es sich um dieselbe Sache handele.

Miller (K.): Ich beantrage nun, nachdem dieser Antrag angenommen ist, daß die Verhandlungen solange ausgesetzt werden, bis die Vertreter der Regierung gekommen sind.

Wenhold (D.): Wir vermögen die Notwendigkeit dieses Antrages nicht einzusehen. Es ist noch eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen gestellt, und wir können zunächst über die Dringlichkeit dieser Anträge verhandeln.

Fauth (M.-S.): Ich wollte dasselbe sagen, was Herr Wenhold gesagt hat.

Miller (K.): Ich erachte es trotzdem für notwendig, daß die Verhandlungen solange ausgesetzt werden, und daß wir erst dann in die Verhandlung der Dringlichkeitsanträge eintreten, wenn die Regierung die Frage beantwortet hat. Bevor wir diese Dringlichkeitsanträge behandeln, müssen wir klar und deutlich über diese Frage Auskunft erhalten haben.

Der Antrag Miller wird abgelehnt.

Antrag Klawitter:

Die Nationalversammlung beauftragt eine Kommission von sieben Mitgliedern, mit dem 21er-Rat in Verbindung zu treten, zur Beilegung der Differenzen.

Bögeding (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in Bremen jetzt ohne Zweifel ein Zustand eingetreten, wie ihn Bremen wohl noch nie gesehen hat. (Zurufe.) Einzig in seiner Art hat hier eine Regierung in einen Kampf eingegriffen, der sich abspielt zwischen Kapital und Arbeiterkraft.

Präsident: Ich bitte, zur Frage der Dringlichkeit zu reden.

Bögeding: Ich muß das kurz begründen können.

Präsident: Nein, Sie dürfen nur zur Dringlichkeit reden.

Bögeding: Es ist durch dieses Vorgehen der Regierung bereits zu Blutvergießen gekommen, und ich meine, dieses Parlament sollte sich auf den Standpunkt und muß sich auf den Standpunkt stellen, da es die höchste Gesetzgebung ist. Sie müssen sich auf den Standpunkt stellen, daß Sie aus Ihren Reihen gemäß unserem Antrage handeln. Des Antrages bedarf es nach meiner Meinung keiner besonderen Begründung, denn durch die Tatsache, daß jetzt noch die Maschinengewehre auf den Straßen in Tätigkeit sind und durch die Tatsache, daß in jedem Moment das Leben der Bevölkerung bedroht ist, ist die Dringlichkeit gegeben.

Eizen (K.): Werte Versammlung! Die Frage, die die Fraktion der U. S. aufgenommen hat, eine Kommission einzusetzen, ist für die Kommunisten dringlich, und sie werden diesem Antrage auf Dringlichkeit zustimmen. Es ist für die Kommunisten notwendig, daß durch solche Zustände, wie sie heute in Bremen herrschen, nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter der übr-

gen Bevölkerung Erbitterung Platz greift. Deshalb ist es dringlich für uns, daß dieser Antrag heute hier verhandelt wird. Es ist gesagt, daß der 21er-Rat schuld ist an den Zuständen hier. (Glocke.)

Präsident: Bitte, zur Frage der Dringlichkeit.

Eigen: Deshalb ist es dringlich notwendig, daß in dieser Versammlung über Antrag 1 verhandelt wird. Wir brauchen dringlich Klarheit. Der Stadtkommandant hat Leute zum 21er-Rat geschickt. Deshalb brauchen wir dringlich diese Frage zur Erledigung, weil der Stadtkommandant Leute zum 21er-Rat geschickt hat mit dem Auftrage, zu sagen, der 21er-Rat hätte die Arbeiter Bremens an der Strippe, sie brauchten keine Versammlung. Deshalb ist es dringlich notwendig, daß heute über den Antrag verhandelt wird, damit die Einwohner Bremens sehen, daß nicht der 21er-Rat schuld an der Not hat.

Präsident: Ich bitte zur Dringlichkeit zu sprechen, nicht über den 21er-Rat.

Eigen: Ich glaube zur Dringlichkeit zu sprechen, weshalb dieser Antrag hier verhandelt wird. Es ist weiter dringlich für uns, heute diesen Antrag zu verhandeln, damit die bremische Nationalversammlung weiß, daß nicht der 21er-Ausschuß, sondern die Behörde schuld ist an den Zuständen. Herr Präsident, das ist doch zur Dringlichkeit gesprochen. Es ist weiter gesagt, — ich muß doch beweisen, weshalb die Dringlichkeit notwendig ist — daß der 21er-Rat mittels Flugblätter seine Wehrheit . . .

Präsident: Ich mache Sie zum zweiten Male darauf aufmerksam, daß Sie mit diesen Ausführungen nicht zur Dringlichkeit reden. Wenn ich das zum drittenmal tun muß, muß ich Ihnen das Wort entziehen.

Eigen: Ich würde das als einen Bruch der Geschäftsordnung ansehen, wenn ich zur Dringlichkeit spreche und mir das Wort entzogen wird. Zu diesem Punkte habe ich Stellung genommen, und ich wüßte nicht, inwieweit ich mich nicht an die Geschäftsordnung gehalten hätte. Ich behaupte, daß der Präsident nicht weiß, wie weit man dringliche Anträge zu behandeln hat.

Präsident: Herr Eigen, ich muß mir eine derartige Kritik meiner Geschäftsführung verbitten.

Eigen: In der letzten Sitzung hat Dr. Hertel gesagt, daß er den 21er-Ausschuß nicht kenne, deshalb ist es notwendig, daß wir über diesen Punkt verhandeln, damit die Nationalversammlung weiß, wer der 21er-Ausschuß ist, und was er will. Und wenn Sie ein Interesse daran haben, und wenn Sie einen funken Ehrgefühl haben, müssen Sie diesem Antrage zustimmen.

Wenholt (D.): Herr Eigen hätte sich seine Begründung sparen können. Wir haben kein Bedenken, diesen Antrag dringlich zu behandeln.

Reine: Auch wir haben kein Bedenken.

Präsident: Ich mache darauf aufmerksam, daß die Dringlichkeit beschlossen wird, wenn mindestens 101 Mitglieder dafür stimmen.

Der Antrag auf Dringlichkeit wird angenommen.

Präsident: Ich schlage vor, wir stimmen erst über die Dringlichkeit der übrigen Anträge ab und kommen dann zur Verhandlung dieser Anträge. (Es erhebt sich kein Widerspruch.)

Dringlichkeitsantrag Miller:

Die bremische Nationalversammlung beschließt die Wiederherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts, sowie der vollständigen Pressefreiheit.

Präsident: In § 45, Absatz 2 heißt es:

Anträge, deren Annahme die Aufhebung eines von der Bürgerschaft gefaßten Beschlusses zur Folge haben, können nicht sofort zur Verhandlung gelangen, müssen vielmehr auf die nächste Tagesordnung gestellt werden.

Ich bin der Ansicht, weil in der vorigen Sitzung die Frage der Wiederherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts, sowie das der Pressefreiheit verhandelt worden ist, wir nicht in der heutigen Sitzung berechtigt sind, über diesen Antrag zu verhandeln, sondern erst in der nächsten Sitzung.

Geschäftsordnungsdebatte:

Henke (U. S.): Es tut mir leid, Herr Präsident, Ihrer Auffassung nicht beitreten zu können. Es steht ausdrücklich in der Geschäftsordnung „nicht sofort“. Darin ist ausgedrückt, daß wenn in einer Sitzung ein Beschluß gefaßt worden ist, er nicht in dieser Sitzung aufs neue eingebracht werden kann, wohl aber in der nächsten Sitzung. Wir sind der Meinung, daß über den Antrag jetzt verhandelt werden kann.

Dr. Künzler (U. S.): Es kommt hinzu, daß es sich hier nicht darum handelt, einen Beschluß der Nationalversammlung aufzuheben, hier handelt es sich um ein Minus, denn der Antrag umfaßt nur einen Teil des Antrages der letzten Sitzung. Der vorige Antrag ging dahin, den Belagerungszustand aufzuheben; heute handelt es sich um die Aufhebung des Verbotes, betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht und Pressefreiheit, das nur einen Teil des Belagerungszustandes umfaßt. Es handelt sich also nicht um die Aufhebung eines Beschlusses, sondern um einen neuen Antrag.

Miller (K.): Meine beiden Vorredner haben bereits nachgewiesen, daß es sich um einen neuen Antrag handelt. Der Präsident hat selbst verlesen, daß, wenn ein Antrag abgelehnt ist, er auf die nächste Tagesordnung zu setzen ist. Ich bitte Sie, die beiden Tagesordnungen, die letzte und heutige, zu vergleichen. Wir haben eine neue Tagesordnung. Es sind bedeutend mehr Punkte, und insolgedessen muß dieser Punkt verhandelt werden.

Wenholt (D.): Wir sind der Meinung, daß die Fassung der Geschäftsordnung den Ausführungen des Präsidenten recht gibt. Was die Darlegungen von Dr. Künzler angeht, so möchte ich bemerken, daß es sich nicht

um einen Teilantrag handelt, sondern daß der Antrag, der in der letzten Sitzung insgesamt abgelehnt ist, nämlich Aufhebung des Belagerungszustandes, Wiederherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts und der Pressefreiheit, heute in zwei Anträgen eingebracht ist, einmal der Dringlichkeitsantrag (Miller), betreffend Pressefreiheit und außerdem der Dringlichkeitsantrag 9 von Miller, betreffend Belagerungszustand. Es ist lediglich der Antrag, der in der letzten Sitzung abgelehnt wurde, in 2 Teile geteilt worden und heute wieder aufgestellt. Die Auffassung des Präsidenten ist richtig, und wir stimmen ihr zu.

Miller (M.): Gerade die Ausführungen des Herrn Wenhold beweisen, daß wir im Rechte sind. Die Anträge sind geteilt. Es wird ein großer Teil der Mitglieder der Nationalversammlung vorhanden sein, der für die Wiederherstellung der Pressefreiheit und Aufhebung des Versammlungsverbotes sein wird. Man sollte annehmen, daß auch bei den Mehrheitssozialisten, selbst bei den Demokraten das Gefühl vorherrschend ist, daß es ein vollständig unwürdiger Zustand ist, wenn nicht einmal die Pressefreiheit und die Versammlungsfreiheit sichergestellt ist. Ich bitte, den Antrag so zu behandeln, wie es in der Geschäftsordnung steht.

Dr. Künzler (U. S.): Ich muß Herrn Wenhold widersprechen. Der erste Antrag geht dahin, die Presse- und Versammlungsfreiheit wiederherzustellen und ist gegenüber den Beschlüssen der letzten Sitzung ein neuer Antrag. Der Antrag wegen Belagerungszustand geht weiter. Er gibt der Regierung militärische Rechte, er beschränkt die persönliche Freiheit viel weiter als das Vereinsversammlungsrecht, er gibt das Recht, Hausdurchsuchungen zu veranstalten und alle übrigen Beeinträchtigungen der sogenannten Grundrechte. Zu diesem Antrage ist die Frage zu beantworten, ob er in Widerspruch steht mit der Geschäftsordnung. Es handelt sich hier um zweifellos einen neuen Antrag, weil er viel weiter geht.

Wenhold (D.): Ich möchte mit einem Sage feststellen, daß der Antragsteller Miller selbst erklärt hat, daß er seinen Antrag lediglich geteilt hat, und damit besteht meine Auffassung zu Recht.

Senke (U. S.): Auf das, was ich ausgeführt habe, ist Herr Wenhold merkwürdigerweise nicht eingegangen, ich möchte sagen: begreiflicherweise. Das Wörtchen „sofort“ gibt uns Aufschluß über den Inhalt. Nehmen Sie folgendes an: Wir stehen vor den Sommerferien, die wir früher viele Wochen gehabt haben. Wenn nun in einer solchen Sitzung auf einen Antrag ein Beschluß gefaßt worden ist und derselbe Antrag wird in irgend einer Form von einem Mitgliede wieder eingebracht, dann kann er nicht sofort wieder verhandelt werden. Er kommt dann in der nächsten Sitzung daran. Wenn nun die Sommerferien dazwischen fallen, ist er auf Wochen vertagt. Das kann nicht die Meinung sein. Ich würde nur dann meine Auffassung revidieren müssen,

wenn mir jemand aus der Entstehungsgeschichte dieses Paragraphen Ihre Auffassung rechtfertigen könnte.

Knief (D.): Dem Wunsche des Herrn Senke kann ich leicht entsprechen. Ich will auf die Geschichte dieses Paragraphen eingehen. Es ist die sogenannte 10. Bruns. Früher hatte die Bürgerschaft wiederholt die Senatsyndiker abgelehnt. Da stellte Bruns plötzlich in einer Sitzung den Antrag, die Syndiker wieder zu genehmigen. Darauf ist dieser Paragraph entstanden, damit so etwas nicht wieder vorkommen sollte. Derartige Anträge sollten dann nicht sofort, sondern erst in der nächsten Sitzung verhandelt werden. Das ist die Entstehungsgeschichte dieses Paragraphen.

Präsident: Ich möchte die Entscheidung der Versammlung überlassen. Wer dafür ist, daß dieser Antrag heute nicht verhandelt wird, bitte ich, sich zu erheben. (Geschlacht.) Das ist die Mehrheit. (Zuruf Miller: Die Wahrheit können Sie nicht vertragen.)

Präsident: Herr Miller, ich bitte, die Versammlung nicht zu stören.

Der nächste Dringlichkeitsantrag lautet:

Die Nationalversammlung beschließt folgendes:

Die bremische Regierung hat sofort mit dem 21er-Ausschuß in Verhandlungen einzutreten zwecks Beendigung des Generalstreiks.

Eigen (R.): Nachdem die Fraktion der U. S. den Antrag eingebracht hat, glaube ich, daß wir unsern Antrag zurückziehen können. Wir werden ihn damit in Verbindung bringen.

Präsident: Herr Eigen zieht diesen Antrag zurück.

Dringlichkeitsantrag 4:

Die bremische Nationalversammlung beschließt:

Alle Geschäftsleute, die ihre Geschäfte anlässlich des Streiks nicht freiwillig geschlossen haben, werden vom bremischen Staate entschädigt.

Klima (R.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch die Zustände, die momentan in Bremen herrschen, sind sämtliche Bremer Geschäftsleute in ihrem Erwerbsleben derart geschädigt worden, daß eine Entschädigung dafür geschaffen werden muß. Leute, die auf das Brot angewiesen sind, das sie sich gerade so verdienen müssen, wie jeder gewöhnliche Arbeiter, sind 8 Tage verhindert worden, es sich zu kaufen.

Präsident: Herr Klima, Sie wollten zur Dringlichkeit reden und nicht zum Antrage.

Klima: Ja, ja! Man hat die Geschäftsinhaber gezwungen, ihre Läden zu schließen. Das ist eine kolossale Ungerechtigkeit. Die Geschäftsleute verlangen von der Nationalversammlung Aufklärung. Die Regierung muß gezwungen werden, den Schaden wieder gut zu machen. Ich ersuche Sie deshalb, dem Antrage auf Dringlichkeit zuzustimmen.

Miller (K.): Wenn ein Antrag der Dringlichkeit bedarf, so ist es dieser. Eine große Reihe von Geschäftsleuten sind an mich herangetreten und haben mich gebeten, sofort in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung einen entsprechenden Antrag einzubringen. Die Geschäftsleute sind durchweg gezwungen worden, ihre Läden zu schließen, und deshalb fordern sie mit Recht, daß sie für den entstandenen Schaden entschädigt werden. Dieses ist notwendig, damit die Geschäftsleute wissen, woran sie sind. Deshalb bitte ich, diesem Antrage die Dringlichkeit nicht zu versagen.

Lindau (U. S.): Hunderte von Geschäftsleuten stehen auf Grund einer verfehlten Maßnahme der Regierung vor dem Ruin. (Oho!) Sie erheben den schärfsten Protest darüber und fordern Klarheit, ob und wie sie entschädigt werden. Sie müssen tatsächlich den Konkurs anmelden, wenn die Nationalversammlung nicht jetzt Stellung dazu nimmt, und ich ersuche besonders die Herren von der Kleinhandelskammer, sich diesem Antrage anzuschließen.

Wenholtz (D.): Wir haben gegen eine dringliche Beratung dieses Antrages nichts einzuwenden. Aber die Gründe, die von den beiden Vorrednern angeführt sind, vermögen wir nicht anzuerkennen.

Fauth (M.-S.): Es ist hier davon die Rede gewesen, daß es sehr dringend ist, diesen Antrag zu behandeln. Dringlich könnte es nur sein, wenn die Geschäftsleute vor dem Ruin ständen. Aber wer entschädigt die Arbeiter, die gezwungen sind, zu feiern? (Stürmische Zurufe.) Es sind die Herren der U. S. P. und die J. K., die die Arbeiter der M.-S. gezwungen haben zu feiern. Werden sie diese Arbeiter dafür entschädigen? (Zurufe.) Darauf werden sie mit einem glatten Nein antworten. Wir können die Dringlichkeit des Antrages nicht unterstützen.

Hollenberg: Als Vertreter des Wirtsgewerbes muß ich erklären, daß das Wirtsgewerbe sozusagen an den Ruin gekommen ist (Sehr gut!) und es ist wirklich begreiflich. Auch zu mir sind viele Kollegen gekommen, die Entschädigung haben wollten. Es wäre gut, wenn man klipp und klar sagen könnte, so ist es. Bezüglich der Dringlichkeit möchte ich raten, abzuwarten, bis wir Wirte Stellung genommen haben.

Miller (K.): Ich möchte nochmals ersuchen, der Dringlichkeit zuzustimmen. Die Regierung und die Stadtkommandantur hat nicht lange gefragt, ob die Läden geschlossen werden sollen, sie hat die Läden Hals über Kopf zugeschlossen. Herrn Fauth möchte ich sagen, daß die Arbeiter selbst in der Lage sein werden, den ihnen entgangenen Verdienst zu erhalten, und sie werden es mit allem Nachdruck tun. Ehe sie es nicht erhalten, werden sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

Schad (K.): Ich möchte Sie ersuchen, dem dringlichen Antrage zuzustimmen. Es handelt sich nicht nur darum, daß die Leute für den entstandenen Verdienst ent-

schädigt werden, sondern es werden durch die Maßnahmen der Behörde Geschäfte selbst zerstört, es wird Sabotage getrieben, und es muß Entschädigung verlangt werden. Damit die Behörde weiß, daß die Schuldsomme immer größer wird, wenn der jetzige Zustand andauert, und daß sie vorsichtig sein muß, da sie entschädigen muß, bitte ich, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Der Antrag auf Dringlichkeit wird abgelehnt. Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

5. dringlicher Antrag:

Die bremische Nationalversammlung beschließt die sofortige Entwaffnung der Stadtwehr und Verwaffnung der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Ferner wird die sofortige Entfernung der Regierungsschutztruppe beschlossen.

Wahl (K.): Meine Damen und Herren! Seit acht Tagen besteht in Bremen ein Zustand, der nicht länger aufrecht erhalten bleiben kann. Es muß dazu Stellung genommen werden. Die Regierungstruppen, worunter sich unverantwortliche Elemente befinden, machen rücksichtslos von ihren Waffen Gebrauch. Viele Opfer sind gefallen, viele verwundet. Ueber den Geist der Truppen, die zum Teil von auswärts sind, wird viel geklagt, da sie auf das Rücksichtsloseste vorgehen und Leben und Gesundheit der Bewohner gefährden. Es ist darum dringend notwendig, daß dagegen entschieden Stellung zu nehmen ist.

Miller (K.): Meine Damen und Herren! Ich glaube, nach den letzten Vorgängen sind auch Sie der Auffassung, daß die Stadtwehr entwaffnet werden muß. (Weiterkeit.) Die Leute der Stadtwehr (Präsident: Herr Miller, zur Dringlichkeitsfrage!) Das ist zur Dringlichkeit. Wenn das nicht über die Dringlichkeit ist... (Präsident: Das entscheide ich!) Ich habe die Auffassung, daß die Leute von der Stadtwehr übernervös sind. Es ist das keine Aufrechterhaltung der Ordnung, was wir jetzt auf den Straßen sehen, sondern das ist ein Banditenwesen. Es wird nachts auf Personen geschossen. Ich mache darauf aufmerksam, daß heute morgen wieder ein Mann ohne jeden Grund erschossen ist. (Zuruf.) Ich sage: ohne jeden Grund! Diese Leute sind nicht in der Lage, weil sie übernervös sind, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Wir bitten Sie, stimmen Sie wenigstens der Dringlichkeit zu, damit wir in der Lage sind, die Sache zu besprechen. (Zuruf von rechts: Wird er nicht zur Ordnung gerufen wegen des Ausdrucks „Banditen“?)

Präsident: Herr Miller, haben Sie in bezug auf die Stadtwehr den Ausdruck „Banditen“ gebraucht?

Miller: Sind auch Banditen!

Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Rietschel (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte für die Dringlichkeit

des Antrages sprechen. Es herrschen unerhörte Zustände in den Straßen Bremens, da muß uns unbedingt Gelegenheit gegeben werden, in ausführlicher Weise zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Auch ich bin in unerhörter Weise von der Stadtwehr belästigt worden. Ich habe nicht wagen dürfen, meine Haustür zu verlassen, damit ich nicht über den Haufen geschossen wurde. Es haben nächtlich Hausdurchsuchungen stattgefunden. Weiter bemerke ich, daß es ganz unerhört ist, wie in der Stadtwehr Alkohol verabreicht wird. Wenn wir über diese Frage heute nicht verhandeln, machen wir uns zu Mitschuldigen an diesen Verbrechen, wenn nicht die gesetzgebende Körperschaft einschreitet, damit andere Maßnahmen getroffen werden.

Otto (K.): Meine Damen und Herren! Ich habe gestern abend Gelegenheit gehabt, zu beobachten, daß besoffene Leute von der Regierungsschutztruppe pflichtwidrig auf Personen geschossen haben. (Präsident: Bitte über die Dringlichkeit!) Das ist dringlich! Ich wollte mitteilen, daß die Leute besoffen sind, und es ist dringlich... (Zurufe. Lärm.)

Präsident: Sie haben eben gesagt, daß unsere Regierungsschutztruppen besoffen wären. Ich möchte Sie bitten...

Otto: Es sind ja Schüler von Herrn Senator Winkelman, der auch oft besoffen ist.

Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Otto: Wenn die Leute besoffen gemacht sind, wird von ihnen wie von Banditen gehaust.

Präsident: Sie haben die Regierungsschutztruppen wieder als Banditen bezeichnet. Ich rufe Sie noch einmal zur Ordnung.

Bott (K.): Ich glaube, es ist niemand unter den anwesenden Damen und Herren, der nicht von der Dringlichkeit überzeugt wäre, daß die jetzigen Zustände, die bei der Stadtwehr herrschen, voll und ganz unter allen Umständen eine Remedur notwendig machen. Bei der Stadtwehr herrschen Zustände, die nicht weiter bestehen dürfen, weil sie jeder Beschreibung spotten. Wer früher Soldat gewesen ist, muß zum Beispiel sagen, wie die Leute die Gewehre tragen... da möchte man auf den Rücken fallen. Es ist dringlich, daß so schnell wie möglich beschlossen wird, daß endlich mit der Stadtwehr aufgeräumt wird. Ich bitte, die Dringlichkeit zu bekräftigen.

Miller (K.): Es stimmt schon: die Stadtwehr besteht durchweg aus ganz jungen Leuten, und aus diesem Grunde ist es ganz besonders notwendig, daß mal andere Leute die Gewehre in die Hand bekommen. (Zuruf: Die Kommunisten, das glauben wir schon!) Ich mache wiederholt darauf aufmerksam, daß, als die Arbeiter bewaffnet waren, keinem Menschen ein Haar gekrümmt ist. (Lachen.) Beweisen Sie es! Es ist keinem ein Haar gekrümmt, während jetzt jede Nacht geschossen wird, gestern... (Präsident: Bitte über die Dringlichkeit!) Das gehört zur Dringlichkeit! Als ich

gestern am Pastorenweg ging, wurde ich mit etwa dreißig Schüssen empfangen. Wozu wird denn geschossen? Solange in Gröpelingen keine Stadtwehr war, herrschte Ruhe, jetzt ist der Teufel los. Es wird geschossen ohne jeden Grund. Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich vorhin zur Ordnung gerufen wurde, weil ich gesagt haben soll, in der Stadtwehr wären Banditen. Ich habe gesagt: Was jetzt in den Straßen Bremens vorgeht, das ist keine Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, sondern das ist Banditentum. Das habe ich gesagt. Uebrigens, Herr Präsident, möchte ich fragen, zu welcher Ordnung ich gerufen werden soll. Es herrscht nur Unordnung hier! (Stürmische „Sehr richtig!“ von rechts und aus der Mitte.)

Zur Geschäftsordnung

Lindau (U. S.): Wenn von links ein unbedachtes Wort fällt, wird der Betreffende zur Ordnung gerufen. Herr Hormann hat eben ein charakteristisches Zeichen gemacht, mit der Hand nach seinem Schädel gezeigt, als ob die Redner der Linken verrückt seien. Oder hat er sich damit gemeint? Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, Herrn Hormann zu fragen, wen er damit gemeint hat. Es ist das ein ganz unqualifizierbares Benehmen. (Zuruf von Miller.)

Präsident: Herr Miller, Sie haben nicht das Wort. Herr Hormann, haben Sie eine solche Handbewegung gemacht und damit die Herren als wahnsinnig bezeichnen wollen?

Hormann (D.): So schlecht werde ich doch über die Herren nicht denken.

Miller (K.): Dann kann er das nur auf sich selbst bezogen haben!

Präsident: Damit haben Sie Herrn Hormann des Wahnsinns beschuldigt; ich rufe Sie zur Ordnung.

Heuer (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten: nehmen Sie den Dringlichkeitsantrag an. Ich will Ihnen an der Hand von Material beweisen, daß die Dringlichkeit erforderlich ist. Ich will einen Fall erwähnen, der die Dringlichkeit erfordert, und der bezieht sich auf drei Regierungsschutzengel, die sich Mittwoch mitten in der Nacht um 12 Uhr selbst unschädlich gemacht haben auf der Kaiserbrücke, wodurch die gesamte Feuerwehr alarmiert wurde, die mit vier Zügen ausrückte. Einem unglücklichen Kerl waren die Hände abgerissen, er war tot. Es wurde konstatiert, daß die Flasche eine große Rolle dabei gespielt hat. Wenn das bezweifelt wird, hier ist sie. Die gesamte Feuerwehrmannschaft der Hauptwache I kann ich als Zeuge bringen. Beschließen Sie die Dringlichkeit. Ein Leutnant — oder wer es war — hat gesagt: Ich habe das ganze Gelände abgesucht, aber kann nichts entdecken. Ich möchte bitten, auf Grund des Materials wenigstens die Dringlichkeit zu beschließen, damit die unsicheren Elemente, wo sie vorhanden sind, entfernt werden. Nachts wird in offene Fenster geschossen. Es wird höchste Zeit, diese Leute zu entwaffnen.

Göze (U. S.): Meine Damen und Herren! Ich verstehe, wenn die Herren von der Rechten gegen die Entwaffnung der Stadtwehr sind. Es sind ja ihre früheren Parteifreunde. (**Präsident:** Bitte zur Dringlichkeitsfrage!) Als in der Bremer Regierung U. S. und M. S. waren, standen jene Herren auf dem Standpunkt, daß die Organisation der Stadtwehr eine andere werden müsse, sie waren der Meinung, daß die Stadtwehr gesäubert werden müsse. (**Präsident:** Ich bitte Sie, über die Frage der Dringlichkeit zu sprechen!) Es ist bedauerlich, daß man den Leuten Schnaps gibt. Es ist da eine Flasche hingestellt. Heute morgen hat ein Leutnant erklärt und zugegeben, daß die Leute Schnaps bekommen haben, der noch schärfer war als der in jener Flasche. Man kann nicht leugnen, daß die Leute von der Stadtwehr besoffen gemacht werden.

Präsident: Wenn Sie jetzt nicht zur Frage der Dringlichkeit sprechen, entziehe ich Ihnen das Wort.

Göze (U. S.): Die Zustände dürfen nicht länger bestehen bleiben.

Faust (U. S.): Die Mißgriffe, die Major von Engelbrechten und Winkelmann gemacht haben, beweisen ohne Zweifel, daß eine Dringlichkeit besteht, den Antrag zu verhandeln. Der Antrag ist schon dadurch begründet. Ich will nur noch einen Fall erwähnen. In der Nacht auf gestern sind Regierungstruppen oder Leute von der Stadtwehr — genau konnte ich das nicht feststellen — in eine Druckerei in der westlichen Vorstadt eingedrungen und zwar durch ein Fenster. Der Besitzer der Druckerei wohnt daneben, man hat sich aber nicht die Mühe gemacht, ihn zu benachrichtigen, daß eine Hausdurchsuchung stattfinden solle, und die Regierungstruppen sind einfach durch ein Fenster eingestiegen.

Präsident: Bitte, über die Dringlichkeit! Derartige breite Ausführungen kann ich bei der Debatte über die Dringlichkeit nicht zulassen.

Faust (U. S.): Man hat es für gut befunden (Anruhe) ein Bild von Liebknecht — — — Zustände in Lichtenberg — kleinliche Rache. Das ist Winkelmannscher Militarismus. Früher höhnte er über die Diktatur, und heute übt er selbst solche Diktatur und verhöhnt diejenigen, die sie bekämpfen. Das ist das wahre Gesicht Winkelmanns!

Miller (R.): Herr Präsident! Ich möchte die Dringlichkeit des Antrages noch erhärten. Heute morgen hat ein Soldat der Stadtwehr oder der Regierungstruppe einen Arbeiter erschossen, weil er mit einem anderen Mann zusammen gestanden hat. (Heiterkeit.) Herr Hornmann, wenn Sie lächeln, mache ich Sie darauf aufmerksam . . .

Präsident: Herr Miller, ich bitte Sie, hierher zu reden, nicht zu einzelnen Herren, und nur über die Frage der Dringlichkeit zu sprechen.

Miller (R.): Und dieser Soldat, der heute morgen einen Arbeiter erschossen hat, ist gleich nachher beim

Doventor auf Posten gewesen. Er müßte ebenfalls erschossen werden.

Waigand (M. S.): Es wurde behauptet, daß Zustände wie jetzt, noch nie dagewesen seien. (Zuruf: Früher noch viel schlimmer!) Es haben früher derartige Zustände unter der Herrschaft des Rats der Volksbeauftragten geherrscht, daß selbst Frasnkiwicz damals von einem Banditenwesen gesprochen hat. (**Präs.:** Herr Waigand, ich bitte Sie, zur Frage der Dringlichkeit zu sprechen.) Herr Präsident! Sie mußten es zulassen, daß von einzelnen Rednern eine Begründung des Antrages gegeben wurde, und deshalb ist es notwendig, die Herren davon zu überzeugen, daß es jetzt in Wirklichkeit nicht anders ist, als es früher gewesen ist. Dne als Kommandant des Sicherheitsdienstes wurde von seinen eigenen Leuten verhaftet. (Sehr gut!) Fälschungen haben dazumal auch eine bedeutende Rolle gespielt. (Sehr gut!) Herr Henke hat seinerzeit erklärt, daß man ihm die Pistole auf die Brust gesetzt habe. (Hört, hört!) Weiß Herr Faust davon nichts mehr? Es sind damals auch bewaffnete Arbeiter durch die Molkenstraße gezogen, durch ein Fenster in unser Lokal eingestiegen und haben Flugblätter vernichtet, ohne erst zu fragen, wo der Hausmeister sei. (Zuruf von links: Es war unser Organ!) Nein, es war das „Volksblatt“. Also reden Sie nicht davon, daß die neue Regierung mit solchen Sachen angefangen habe. Es ist nicht notwendig, die Sache dringlich zu behandeln. Wenn Sie sagen, daß jetzt ein Kind erschossen worden ist, so will ich daran erinnern, daß seinerzeit unter der Herrschaft der Volksbeauftragten auf dem Marktplatz auch ein Knabe erschossen wurde. (Lärm links.) Sie können nicht sagen, daß solche Zustände noch nicht dagewesen wären. Und wenn Sie die Bewaffnung der Arbeiter fordern, dann wollen Sie die Sache in die Hand nehmen, und dann sind uns in keiner Weise Garantien gegeben, daß so etwas nicht vorkommt. Denn Banditen sind nach Frasnkiwicz auch unter den Arbeitern. (Lärmende Zurufe von links.) Wenn wir ihnen Waffen in die Hand geben . . . (Erregte Zurufe.) Wir sind Arbeiter so gut wie Ihr! (Zuruf von links: Noch nie gewesen!) Wir lehnen die Dringlichkeit ab, weil sie durch nichts begründet ist.

Hedler (M. S.): Meine Damen und Herren! Ich beantrage

Schluß der Debatte.

Es kann so nicht weitergehen, daß wir in dieser Weise weiter verhandeln.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Präsident: Es sind noch zum Wort angesprochen die Herren Lindau, Schab, Henke und Wahl. Wünscht jemand das Wort zu dem Schlußantrage?

Henke (U. S.): Es ist ein Novum, daß in einer Geschäftsordnungsdebatte Schluß beantragt wird. In keiner Arbeiterversammlung von einigermaßen geschulten Arbeitern wird ein solcher Antrag gestellt, und aus gesprochen Herrn Hedler ist es vorbehalten geblieben,

einen solchen Antrag zu stellen. Ich bin der Meinung, wir sollten nicht den Schlußantrag annehmen, da die Geschäftsordnung nicht vorsieht, wieviel Redner zur Geschäftsordnung sprechen können. Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, den Schlußantrag nicht zuzulassen und das Novum nicht einführen zu wollen.

Präsident: Nach § 47 Abs. 2 habe ich leider nicht ein Mittel, die Debatte zur Geschäftsordnung zu beschränken. (Zuruf von links: Sehr begrüßenswert!)

Dieß (L.-B.): Ich möchte Herrn Henke erwidern: es handelt sich nicht um eine Geschäftsordnungsdebatte, sondern um die Begründung der Dringlichkeit für einen Antrag. Von Seiten der Linken ist davon in ausgiebiger Weise Gebrauch gemacht, und zweifellos ist jedes Mitglied der Nationalversammlung sich darüber klar, ob er den Antrag auf Dringlichkeit ablehnen oder annehmen will. Ich bitte, den Schluß zu belieben.

Henke (U. S.): Es ist in jedem Parlament Usus, daß in einer Geschäftsordnungsdebatte kein Schluß gemacht wird, ausgenommen im Reichstage, wo das der Fall ist und Schluß gemacht werden kann. Aber das konnte man erst nach 1902, den bekannten Zolltarifverhandlungen, wo man eine solche Aenderung durchgesetzt hat. Wenn eine solche reaktionäre Maßnahme in einem so demokratischen Parlament, wie es die Nationalversammlung in Bremen sein soll, einführen wollte, so wäre das ein Schlag ins Gesicht dieser Versammlung. Ich bitte, den Antrag nicht anzunehmen. Wenn Prof. Dieß dafür spricht, in am besten dagegen gesprochen.

Wenholt (D.): Es handelt sich nicht um Reden zur Geschäftsordnung, sondern um Reden über die Dringlichkeit eines Antrages. Wenn es sich um die Geschäftsordnung handelte, etwa darum, ob dieser oder jener Punkt der Tagesordnung vorweggenommen werden sollte, so würde die Auffassung des Herrn Henke richtig sein. Aber es handelt sich, wie gesagt, ausschließlich um die Frage, ob für einen Antrag Dringlichkeit beschlossen werden soll. Die Herren haben sich aber nicht damit begnügt, über die Dringlichkeit zu reden, sondern jeder der Herren hat Tatsachen angeführt, die erst bei der materiellen Behandlung des Antrages am Platze gewesen wären. Das läuft auf eine Obstruktionspolitik hinaus, und es erscheint mir nicht zweckmäßig, eine solche Politik einzuführen. Wir sollten ruhig den Schlußantrag annehmen und darüber abstimmen, ob der Antrag als dringlicher behandelt werden soll oder nicht.

Wagand (M.-S.): Ich möchte noch bemerken, daß, wie Herr Henke wissen muß, in Arbeiterversammlungen, wovon Herr Henke sagte, daß sie das nicht tun würden, die Debatte stets durch einen Schlußantrag abgeklürzt werden kann. Es kann dort nicht nur durch einen Antrag Schluß gemacht werden, sondern es kann den Rednern auch das Wort entzogen werden.

Henke (U. S.): Ich muß dabei bleiben, daß es sich um einen Geschäftsordnungsantrag handelt und daß da kein Schluß gemacht werden sollte.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Präsident: Es ist namentliche Abstimmung über die Frage der Dringlichkeit beantragt.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird angenommen.

Es stimmen mit Ja: Amelung, Friedr., Asendorf, Herm., Böse, Herm., Both, Georg, Böttger, Carl, Bullwinkel, Wilh., Chrapkowsky, Max, Cunis, Clemens, Drettmann, Joh., Eigen, Herm., Fangmann, Joh., Heinrich, Faust, Alfred, Frank, Friedrich, Frisch, Burckhard, Göze, Albert, Hagedorn, August, Hagedorn, Berta, Harms, Joachim, Henke, Alfred, Hersen, Wilh., Herz, Wilhelm, Heuer, Georg, Heuers, Frh., Husmann, Adolf, Husmann, Friedrich, Kaspar, Erich, Kerl, Alwin, Kesselbeck, Elise, Klawitter, Carl, Klima, Johann, Kühl, Jürgen, Kunkler, R., Dr. jur., Lindau, Otto, Lüdemann, Heinrich, Lücke, Carl, Lüdeling, Hans, Ludewig, Johann, Meyer, Bernhard, Müller, Josef, Otto, Heinrich, Rietschel, Hermann, Rogge, Karl, Rulstahl, Joh., Schad, Heinrich, Scharfe, Hermine, Schmalfeldt, Heinr., Schmidt, Wilhelm, Schulze, Hermann, Sommer, Emil, Spindler, Emil, Stiegler, Anna, Vögeding, Karl, Wahl, Hugo.

Es stimmen mit Nein: Bahnsen, Minna, Bardenheuer, Rita, Becké, Waldemar, Becker, Wilh., de Beel, Wilhelm, Behle, Karl, Bensmann, Hermann, Blanke, Heinr., Blome, Christian, Böhmert, Wilh., Dr., Bornmann, Friedr., Borsch, Ludwig, Brach, Hermann, Busse, Max, Buchmann, Joh., Degenhardt, Ernst, Deichmann, Karl, Deplen Johann, Diekmann, Ernst, Dieß, Prof. Dr., Donath, Hans, Dünemann, Heinrich, Fanger, Gustav, Fauth, Gottlieb, Franke, Frh., Friede, Joh., Garves, Friedrich, Geffken, Heinr., Geiger, Anton, Gerberding, Eduard, Gildemeister, Alfred, Dr. jur., Groß, Bernhard, Harber, Hanna, Harmening, August, Hedler, Verhard, Heinzler, Bernhard, Henrici, Ernst, Hertel, Carl, Dr. jur., Hinners, Hinrich, Hosenberg, Wilhelm, Hormann, Hinrich, Hostamp, Georg, Hümele, Heinr., Jahn, Max, Jensen, Elise, Jung, Emil, Junge, Joh. Herm., Jungmittag, Clara, Klemann, Wilhelm, Klenke, Friedrich, Klode, Wilhelm, Heinrich, Knop, Willy, Koch, Luise, Köhler, Diedrich, Kruse, Johann, Knoch, Georg, Kuße, Otto, Lauts, Johann, Lunewitz, Alwin, Madrian, Georg, Mannier, Hinrich, Marburg, Emil, Massolle, Wilhelm, Matthias, Werner, Meenzen, Johann, Meinert, Adolf, Meschat, Hermann, Meiser, Hermann, Möhring, Penny, Mombert, Bruno, Ohm, Karl, Peine, Friedr., Plate, Mathilde, Preußner, Max, Rhein, Hermann, Riefe sen., Bernhard, Rodewald, Verena, Dr. phil., Köfing, Johannes, Köhmann, Bernhard, Dr., Sattler, Meta, Schauerer, Heinrich, Scheide, Carl, Schelter, Wilh., Schindelbauer.

Wilh., Schlüter, Ludwig, Schneider, Jakob, Schönfeld, Kurt, Schröder, Wilh., Schurig, Gottfried, Stallmann, Louis, Stampe, August, Steding, Hermann, Steffen, Heinr., Stichnath, Carl, Stüger, Hugo, Sonnemann, E., Legtmeier, Wilhelm, Thäje, Louis, Thiele, Minna, Tiedermann, Heinr., Tjaden, Hermann, Dr. med., Vinnen, Adolf, Wagner, Wilhelm, Wahnschaffe, Paul, Waigand, Ludwig, Wassemann, Carl, Wenhold, Hermann, Wiedemann, Hermann, Wildens, Bernh., Joh., Dr. jur., Winkelmann, Carl, Wulf, Georg, Wünschmann, Bernhard.

Das Alphabet wird wiederholt.

Es melden sich noch: Borchers (nein), Hagemeyer (nein), Heineke (nein), Kaspar (ja), Kirchmeyer (nein), Leymann (nein), H. S. Meyer (nein).

Präsident: Die Dringlichkeit ist abgelehnt. Für die Dringlichkeit haben 53, gegen die Dringlichkeit 118 gestimmt.

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Inzwischen ist ein Schreiben der Regierung eingelaufen, wonach die Herren Bürgermeister Deichmann und Senator Winkelmann zu Vertretern der Regierung bestellt sind, betreffs der Anfragen seitens der Herren Miller und Genossen.

Außerdem ist ein dringlicher Antrag eingegangen von Herrn Eigen, welcher genügend unterstützt ist:

Die bremische Nationalversammlung beschließt:

Die am 25. April 1919 von der Delmenhorster Arbeiterschaft gesammelten Liebesgaben für die notleidenden Bremer Arbeitskollegen und deren Familien, welche beim Roten Hause in Huchting durch Regierungsschutztruppen den Ueberbringern (Delmenhorster Arbeiter) abgenommen wurden, sind sofort im Gewerkschaftshaus, Zimmer 4, an den 21er-Ausschuß, welchem die Lebensmittelkommission der Arbeiter unterstellt ist, abzuliefern, und zwar restlos.

Präsident: Ich werde die Frage der Dringlichkeit dieses Antrages nach Erledigung der übrigen Anträge erledigen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. (Zurufe: Einverstanden.)

Der nächste Dringlichkeitsantrag lautet:

Die Nationalversammlung beschließt, daß alle Abgeordneten der bremischen Nationalversammlung auf Grund ihres Ausweises nicht verhaftet werden dürfen.

Der Antrag ist eingebracht von Herrn Eigen und genügend unterstützt.

Frau Kesselbed (K.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, ich kann Ihnen am besten die Notwendigkeit der Dringlichkeit beweisen (Zurufe: Lauter!), wenn ich Ihnen den Vorgang erzähle, der unserm Genossen Böse passierte. Herr Böse ist vorigen Dienstag von seiner Parzelle, die in der Nähe von

Horn liegt, zurückgegangen mit ein paar anderen Herren, die ihm bei der Landarbeit geholfen haben, und da ist er Ecke Graf-Moltkestraße festgenommen worden. Der Soldat, der ihn festgenommen hat, fragte: Sind Sie der Kommunist Böse? Da hat Herr Böse gesagt: Ja, ich bin der Kommunist Böse. „Dann sind Sie verhaftet!“ (Zuruf: Weil er Böse ist.) Man schleppte ihn nach dem Realgymnasium. Es war ein reines Spießrutenlaufen. Böse hat allerlei öde Schimpfereien anhören müssen, und die ärgsten kamen von seinen früheren Schülern, die er allerdings nicht gerade zu den Klügsten hat zählen können. Er ist dann vernommen worden von dem Leutnant Krose.

Präsident: Darf ich bitten, zur Frage der Dringlichkeit zu sprechen? Es ist nicht notwendig, den ganzen Hergang zu erzählen.

Frau Kesselbed: Die Dringlichkeit soll damit bewiesen werden. Dieser Leutnant Krose hat feststellen müssen, daß ein Haftbefehl nicht vorliegt, und hat Böse wieder nach Hause gehen lassen. Böse ist gestern viermal auf die Straße gegangen. Er ist am Rathause dann wieder von einem Soldaten angehalten worden, der gesagt hat, er habe den besonderen Auftrag, ich glaube, es war ein Herr Rüttnick, Böse zu verhaften. Böse kam dann ins Stadthaus.

Präsident: Ich bitte, zur Frage der Dringlichkeit zu sprechen. Es ist nicht angängig, daß Sie diesen ganzen Vorgang hier schildern. Dazu werden Sie Gelegenheit haben, wenn der Antrag zur Verhandlung kommt.

Frau Kesselbed: In anbetracht dessen, daß gerade Sie so viel Gewicht auf die Nationalversammlung legen, wenigstens haben sie es während der Wahl immer gesagt, sollten Sie dafür eintreten, daß ein Abgeordneter, der genau so wie Sie vom Volke gewählt ist, daß gerade Sie in erster Linie dafür eintreten, daß alle Abgeordneten die Straße passieren können, ohne daß ihnen Schwierigkeiten gemacht werden. Nachdem Böse dann im Stadthause vernommen worden ist, hat Herr Rhein behauptet, der in der Regierung sitzt.

Präsident: Ich bitte Sie, diese Schilderung zu unterlassen.

Frau Kesselbed: Es ist aufs neue bewiesen, daß die Regierung nichts zu sagen hat, sondern die Militärlaste. Dann ist Böse bei Voose ins Bankhaus hineingeführt worden und vernommen worden, und die Herren haben wieder. (Zuruf Garves: Ist das zur Dringlichkeit?)

Präsident: Ich mache Sie zum letztenmal darauf aufmerksam, daß Sie zur Dringlichkeit sprechen sollen. Ich muß Ihnen sonst das Wort entziehen.

Frau Kesselbed: Damit begründe ich die Dringlichkeit und ersuche Sie, wenn Sie Anspruch darauf erheben, Parlamentarier zu sein, die Dringlichkeit anzunehmen.

Ennis (R.): Nach dem, was Frau Kesselbeck gesagt hat, ist die Dringlichkeit so begründet worden, daß ich dazu nicht mehr zu sprechen brauche.

Wenholt (Dem.): Wir sind bereit, der Dringlichkeit dieses Antrages zuzustimmen.

Senke (U. S.): Es ist bisher erster Grundsatz gewesen, daß unsere Immunität gesichert ist. Die Nationalversammlung in Weimar hat das gleich zu Anfang ihrer Verhandlungen besorgt. Ich glaube, wenn dieser Antrag darauf abzielt, dieses Versäumnis nachzuholen, können wir die Dringlichkeit nicht bestreiten, und wir haben ein Interesse daran, die Dringlichkeit anzunehmen.

Peine (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden uns für die Dringlichkeit erklären, und zwar deswegen, damit wir den Antrag dringend ablehnen können. Einem Antrage, der einen Zustand schaffen würde, daß mit unserer Immunität sicher Unfug getrieben würde, (Zurufe) können wir nicht zustimmen.

Wahl (R.): Mit der Geschäftsführung des Präsidenten bin ich absolut nicht einverstanden. Allemal, wenn ein unabhängiger Sozialdemokrat oder ein Kommunist redet, wird er beständig unterbrochen. Als Herr Waigand seinen Antrag weitschweifig begründete, wurde er nicht unterbrochen. Bei Beginn der Sitzung mußte ich feststellen, daß es der Präsident nicht für notwendig gefunden hat, die Zwiesgespräche auf der Rechten zu verhindern, damit unsere Reden verständlich wurden. Ich bitte, die Geschäftsführung unparteiisch und nicht parteiisch zu führen.

Präsident: Ich kann eine Debatte zur Geschäftsordnung nicht unterbrechen, solange die Herren zu dem betreffenden Punkte sprechen, und das hat Herr Waigand getan. (Zurufe.) Darüber haben nicht Sie, sondern ich zu befinden. (Miller: Wenn Sie nicht unparteiisch sein können, danken Sie doch ab.)

Senator Rhein (M.-S.): Es ist gegen den Präsidenten der Vorwurf erhoben, daß er parteiisch verfare. Dagegen muß ich ihn in Schutz nehmen. Die Herren von der äußersten Linken haben sämtlich, wenn sie zur Dringlichkeit ihrer Anträge sprachen, nicht immer zur Dringlichkeit gesprochen. Es ist Pflicht des Präsidenten, dafür zu sorgen, daß der Redner zur Dringlichkeit spricht. Man kann, wenn man zur Dringlichkeit sprechen will, die Begründung des Antrages nicht selbst vorbringen, und das ist in den meisten Fällen geschehen. Wenn mein Freund Waigand zu weit gegangen ist, so kann es nur daher rühren, daß dem Präsidenten die Tätigkeit so außerordentlich schwer gemacht wird, und wenn Sie dazu beitragen, daß ihm diese Tätigkeit nicht so schwer wird, dann wäre es ihm um so leichter möglich, seine Geschäfte unparteiisch zu führen.

Miller (R.): Ich kann mich den Ausführungen meines Fraktionskollegen wohl anschließen. Es steht

fest, wenn auch Herr Gormann durch Nicken seines edlen Hauptes dem Präsidenten recht geben will, daß wir die Begründung zur Dringlichkeit unserer Anträge nicht weitschweifiger gemacht haben, als die anderen Herren. Wir werden aber andauernd unterbrochen, während die Rechte nicht unterbrochen wird.

Die Dringlichkeit des Antrages wird angenommen.

Geschäftsordnungsdebatte.

Miller (R.): Sie wissen alle, daß wir in den letzten Tagen herzlich wenig zu essen bekommen haben durch die Maßnahmen der Stadtkommandantur. Es ist uns auch heute morgen noch nicht möglich gewesen, uns mit Proviant zu versorgen. Wir haben großen Hunger und unser Magen knurrt, trotzdem wir das Hungern gelernt haben. (Lachen.) Lachen Sie nur immer! Sie haben bis jetzt noch nicht zu hungern brauchen. Deshalb möchte ich beantragen, daß wir jetzt eine Mittagspause eintreten lassen und daß uns vom Präsidenten der Ort angegeben wird, wo wir ein frugales Mahl einnehmen können. (Weiterkeit.)

Garves (D.): Wer hat eigentlich verschuldet, daß wir diese ganze Zeit nutzlos herumgesehen haben? (Zurufe: Sie! Sie!) Ich bin der Ansicht, auf diese Weise kommen wir überhaupt nicht weiter. Ich hoffe, wenn wir vielleicht in einer der nächsten zehn Sitzungen die Kommission niederlegen können zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung, daß wir dann später die Geschäfte ordnungsgemäß erledigen können. (Zuruf: Mit Maschinengewehren!) Dazu gehört in erster Linie, daß wir jeden, der gegen unsere Geschäftsordnung verstößt, von der Versammlung ausschließen. (Erregte Zwischenrufe. Schreien. Trampeln.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Peine (M.-S.): Ich meine, die Anträge, die hier eingereicht sind, haben alle das Signum der Dringlichkeit. Ich verstehe es nicht, warum man es auf einmal nicht so dringlich hat. Ich verstehe nicht, warum man die nicht erst erledigt. Wir können ruhig noch solange aushalten, bis wir diese dringlichen Anträge ihrer dringlichen Erledigung zugeführt haben. Selbstverständlich sehe auch ich gern und meine Fraktionskollegen mit mir, daß wir bald etwas zu essen bekommen. Aber immerhin muß man eine gewisse Logik haben (Zurufe links: Oh, die haben wir!), dringliche Anträge stellen, und wenn sie zur Erledigung kommen, zu beweisen, daß man es gar nicht so dringlich hat, das ist Ihre Logik. (Zurufe.)

Eigen (R.): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Suppenlogik des Herrn Peine stimmt nicht. Wir haben es unbedingt notwendig, etwas zu essen und die Dringlichkeit unserer Anträge wird dadurch nicht beeinträchtigt. Beschließen Sie ruhig, daß jetzt eine Mittagspause eintritt.

Ennis (R.): Ich möchte darauf hinweisen, daß kein Widerspruch vorliegt. Gerade weil wir diejenigen sind, die die dringlichen Anträge eingebracht haben, so

werden wir auch diejenigen sein, die sie zu vertreten haben, und wir haben deshalb eine Erfrischung notwendig. Außerdem ist es uns nicht möglich, soviel mitzubringen, um frisch den ganzen Verhandlungen beizuwohnen. Auch ist es uns nicht möglich, zwischendurch anderswo etwas einzunehmen, wie es bei den anderen geschieht, jeder von uns muß hier ständig anwesend sein, gerade weil unsere Fraktion nicht so zahlreich ist, daß sich die einzelnen Mitglieder eine Pause leisten können.

Lindau (U. S.): Unser Geschäftsvorstand hat in seiner Tagesordnung selbst vorgeesehen, daß eine Mittagspause eintreten soll. Die Sache ist ganz logisch. Hinzu kommt, daß die Parteifreunde, die Kommunisten, heute nachmittag recht viel zu reden haben werden, und wir bedürfen dringend der Stärkung. Wir haben noch recht viel zu sagen und wollen uns dazu stärken. Ich bitte deshalb, jetzt eine Mittagspause eintreten zu lassen.

Präsident: Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Lindau bemerken: selbstverständlich hat der Geschäftsvorstand die Absicht, eine Mittagspause eintreten zu lassen, aber es ist angebracht, daß wir erst die Frage der Dringlichkeit erledigen und dann eine Mittagspause machen.

Wenhöld (D.): Wir sind mit dem Vorschlage des Geschäftsvorstandes einverstanden, daß wir die Frage der Dringlichkeit der Anträge erst erledigen.

Miller (K.): Ich hätte erwartet und speziell von unserem Mitgliede Peine, daß er eine andere Begründung für die Ablehnung meines Vorschlages vorbringen würde. Es kann nicht angehen, daß man damit die Dringlichkeit eines Antrages begründen will, daß man nicht Zeit zum Mittagessen hat. Ich bitte, darüber nachzudenken, daß wir die Anträge als dringliche eingebracht haben, damit sie vor den übrigen Anträgen erledigt werden und nicht etwa, daß wir kein Mittagessen bekommen sollen. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich heute morgen 1/27 Uhr aus dem Hause gegangen bin mit zwei Kartoffeln im Leibe. (Zurufe, Heiterkeit.) Ich bitte Sie, lassen Sie jetzt die Mittagspause eintreten.

Präsident: Ich hatte die Absicht, bis zwei Uhr eine Mittagspause eintreten zu lassen. Wünschen Sie, daß die Pause sofort gemacht wird, oder wollen wir erst noch die Debatte über die Dringlichkeit der Anträge erledigen? Wer dafür ist, daß wir jetzt vor der Mittagspause noch über die Dringlichkeit der Anträge verhandeln, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Miller (K.): Dann sollen Sie aber hungern!

Siebenter dringlicher Antrag:

Die bremische Nationalversammlung beschließt:

Der Senat hat sofort einen Bericht über die Erschießung von Inhaftierten vom Stadtkommandanten

einzufordern und denselben sofort öffentlich bekannt zu geben.

Sollte sich die Erschießung von Inhaftierten bewahrheiten, so sind die Namen der Erschossenen der heutigen Sitzung bekannt zu geben.

Präsident: Ich möchte Herrn Miller fragen, ob er nicht geneigt ist, den Antrag zurückzuziehen, da der Antrag bei der zweiten Anfrage, zu der eine Vertretung des Senats zu erwarten ist, erledigt werden kann.

Miller (K.): Er deckt sich nicht ganz mit der Anfrage. Der Senat soll sofort berichten.

Präsident: Sie wünschen also, daß der Antrag besonders behandelt wird. Schön.

Otto (K.): Meine Damen und Herren! Es herrscht eine große Erregung in der bremischen Bevölkerung, (Garves (D.): Bei uns auch! — **Präsident:** Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen.) weil Gerüchte in der Stadt umgehen, daß zwei Inhaftierte erschossen worden seien. Ich muß feststellen, daß mir von einwandfreier Seite mitgeteilt worden ist, (Zuruf aus der Mitte: Was wird dir nicht alles mitgeteilt!) Quassle nicht, du Quatschkopf!

Präsident: Herr Otto, ich rufe Sie zur Ordnung.

Otto (K.): Freut mir.

Präsident: Ich rufe Sie dieses Ausdrucks wegen zur Ordnung.

Otto (K.): Es ist mir von einwandfreier Seite mitgeteilt, von jemand, der bei der Stadtkommandantur wegen einer anderen Sache gewesen ist, daß ihm von einem Offizier gesagt ist: Wenn Sie mit dem Herrn Stadtkommandanten sprechen, so bitte ich Sie: zügeln Sie Ihre Zunge, sonst könnte es Ihnen genau so gehen, wie es schon zwei Personen gegangen ist, die standrechtlich erschossen sind.

Präsident: Das ist doch wahrhaftig nicht zur Dringlichkeit gesprochen.

Otto (K.): Das ist für die Dringlichkeit. Seien Sie unparteiisch! — Ich möchte die Versammlung bitten, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Wenhöld (D.): Wir sind bereit, die Dringlichkeit zu beschließen, weil wir das gleiche Interesse haben, aufgeklärt zu werden.

Präsident: Ich bitte diejenigen, die für die Dringlichkeit sich erklären wollen, aufzustehen. (Ruf von links: Ich beantrage namentliche Abstimmung.) — Es tut mir leid, wir befinden uns bereits in der Abstimmung.

Der Antrag auf Dringlichkeit wird angenommen.

Achter dringlicher Antrag:

Die bremische Nationalversammlung beschließt:

Es ist ein Tribunal einzusetzen, das den jetzigen Bürgermeister und das damalige Mitglied der provi-

forischen Regierung, Deichmann, darüber vernimmt, wie das Geheimprotokoll zustande gekommen ist, auf welches hin die Regierungsschutztruppe vom Kriegsminister Noske nach Bremen dirigiert ist.

Das Tribunal setzt sich aus je zwei Mitgliedern aller sozialistischen Parteien zusammen.

Präsident: Das Wort zur Begründung der Dringlichkeit hat Herr Miller. (Zuruf: Chrapkowskii!) Also Herr Chrapkowskii.

Chrapkowskii (R.): Meine Damen und Herren! Wenn ich die Dringlichkeit dieses Antrages begründen will, so ist es notwendig, daß ich mit ein paar Worten darauf eingehe, weshalb wir den Antrag gestellt haben. (Zuruf: Um Zeit zu verträdeln!) Als vor kurzer Zeit eine neue Regierung gewählt worden war in diesem Hause, da hat man mehrere Herren der früheren provisorischen Regierung mit übernommen. Nach der allgemeinen Ueberzeugung der bremischen Bevölkerung sind diese Herren . . .

Präsident: Ich kann diese Ausführungen nicht zulassen. Sie haben nur über die Frage der Dringlichkeit zu sprechen.

Chrapkowskii: Wenn ich die Dringlichkeit des Antrages begründen will, so muß ich sagen, weshalb wir den Antrag gestellt haben.

Präsident: Das wäre doch eine Begründung des Antrages.

Chrapkowskii: Ich erkläre nur, warum wir den Antrag gestellt haben.

Präsident: Sie dürfen aber nicht den Antrag selbst begründen.

Chrapkowskii: Die breite bremische Öffentlichkeit ist davon überzeugt, daß diese Männer stark kompromittiert sind und daß sie in die Regierung nicht hineingehören. Weil die ganze Bevölkerung der Meinung ist, deshalb beantragen wir die Dringlichkeit unseres Antrages. Die Dringlichkeit ist notwendig, weil besonders ein Herr der jetzigen Regierung sich einer Urkundenfälschung schuldig gemacht hat. Bis jetzt hat man es noch nicht für nötig befunden, uns zu sagen, wann und wo die Urkunde gefälscht ist. Es liegt im Interesse der Regierung selbst, daß klargestellt wird, ob ein Verbrecher in der Regierung sitzt.

Miller (R.): Es müßte keinem Menschen angenehmer sein als Herrn Deichmann selbst, daß die Sache mit dem Geheimprotokoll aufgeklärt wird. Wir wissen von dem Geheimprotokoll nichts, darum sagen wir, daß es ein gefälschtes Protokoll ist. Um die Beschuldigung von Herrn Deichmanns Schultern abzunehmen, beantragen wir, daß eine Kommission eingesetzt werde, die die Frage einwandfrei prüft.

Präsident: Sie dürfen jetzt nicht zu der Frage der Kommission sprechen; wir sprechen jetzt nur über die Frage der Dringlichkeit.

Miller (R.): Es scheint, als ob Sie großen Hunger hätten und dabei nervös sind. (Weiterkeit.) Wir begründen unsere Anträge und werden dabei dauernd unterbrochen. Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrage auf Dringlichkeit zu. Ich wiederhole, daß Deichmann selbst das größte Interesse daran haben muß. Außer dem beantrage ich

namentliche Abstimmung.

Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird abgelehnt.

Die Dringlichkeit des Antrages wird abgelehnt.

Neunter dringlicher Antrag:

Die bremische Nationalversammlung beschließt folgendes:

Der Belagerungszustand wird aufgehoben.

Präsident: Ich beziehe mich wegen dieses Antrages auf die Debatte, die vorhin bereits stattgefunden hat wegen Auslegung des § 45 Absatz 2. Auch Herr Dr. Künzler hat meinen Ausführungen in Bezug auf diesen Antrag zugestimmt. Ich darf annehmen, daß, wenn kein Widerspruch erfolgt, Sie damit einverstanden sind, daß dieser Antrag auf die nächste Tagesordnung gehört.

Miller (R.): Ich erhebe Widerspruch. Es steht im § 45 Absatz 2:

Anträge, deren Annahme die Aufhebung eines von der Bürgerschaft gefaßten Beschlusses zur Folge haben, können nicht sofort zur Verhandlung gelangen, müssen vielmehr auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden.

Ich stelle fest, daß wir heute eine andere Tagesordnung haben als in der letzten Sitzung, und auch für die vorige Sitzung hätte der Antrag schon auf der Tagesordnung stehen müssen. Darum ist es nach der Geschäftsordnung berechtigt, den Antrag auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Ich bestehe darauf, daß der Antrag zur Verhandlung kommt.

Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Unter diesen Umständen will ich die Versammlung entscheiden lassen, ob meine Auslegung des § 45 richtig ist. Wer dafür ist, daß der Antrag auf die nächste Tagesordnung kommt, den bitte ich, sich zu erheben.

Dieser Antrag wird angenommen, die Versammlung stimmt der Auslegung, die der Präsident dem § 45 gibt, zu.

10. Antrag zur Geschäftsordnung:

Wir beantragen, Punkt 12 der Tagesordnung, Antrag, betreffend Befundung des Mißtrauens gegen die vorläufige Regierung, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident: Ich mache darauf aufmerksam, daß ich es bei der Debatte über die geschäftliche Behandlung der Anfragen so verstanden habe, daß diese Anfragen den ersten Punkt der Tagesordnung bilden sollen. Dieser Antrag wünscht also, den Punkt 12 der Tagesordnung als zweiten Punkt der Tagesordnung zu setzen.

Miller (K.): Zweiter Punkt der Tagesordnung. Erster Punkt ist Entschädigung der Opfer des 4. Februar.

Wenhold (D.): Zur Ergänzung des Antrages möchte ich folgendes beantragen: Erster Punkt der Tagesordnung, wie vorgeschlagen, die Anfragen an den Senat. Zweiter Punkt: Entschädigung der Opfer des 4. Februar. Dritter Punkt: Befundung des Mißtrauens, und dann bitte ich als vierten Punkt unsern Antrag, betreffend die Friedensbedingungen zu verhandeln. Dieser Antrag ist eilig, weil gestern Abend die Friedensbedingungen übergeben sein sollen. Der Antrag wegen der Friedensbedingungen ist dringlicher als die Anträge, die heute vormittag als dringlich bezeichnet worden sind.

Bögeding (U. S.): Ich bin der Meinung, daß der Antrag, betreffend das Mißtrauensvotum gegen die Regierung, als erster Punkt behandelt werden muß. Angenommen, daß dieser Antrag, was ich nicht bezweifle, von einem großen Teile des Hauses, einer großen Mehrheit angenommen wird, erübrigt es sich, noch die Anfragen an die Regierung zu stellen, denn die Annahme des Antrages würde ja bedeuten, daß die Regierung zurücktreten muß. Infolgedessen muß der Antrag, betreffend das Mißtrauensvotum gegen die Regierung, zuerst verhandelt werden.

Reine (M.-S.): Wir werden für die Dringlichkeit stimmen, daß also dieser Punkt als erster auf die Tagesordnung kommt.

Miller (K.): Ich darf feststellen, daß es nicht Unus ist, Anfragen auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn Anfragen hier eingebracht werden, so brauchen sie nicht auf die Tagesordnung gesetzt zu werden, sondern müssen gleich behandelt werden. Wir wünschen als ersten Punkt Antrag auf Entschädigung der Opfer des 4. Februar. Das hat mit dem Vertrauen zur Regierung nichts zu tun, und hinter diesem Antrage wünschen wir diesen Antrag bezüglich Befundung des Mißtrauens gegen die Regierung behandeln zu wollen.

Präsident: Dann nehmen wir also als Punkt 1 Anfragen an die Regierung. Zweitens kommt der Antrag auf Entschädigung der Opfer des 4. Februar und dann der Antrag betreffend Befundung des Mißtrauens gegen die Regierung. (Zustimmung.)

Zur Geschäftsordnung:

Faust (U. S.): Ich bitte, den Antrag wegen der Friedensbedingungen nicht an die vierte Stelle zu setzen. Es haben sich gerade in den Ostertagen Dinge von großer

Tragweite ereignet, und da uns die Zeitungen gesperrt sind, und uns nicht einmal Telegramme ausghändig werden, sind wir nicht in der Lage, zu den Punkten, betreffend Friedensverhandlungen, Stellung zu nehmen. Vorher bitte ich, den Antrag wegen Pressefreiheit und Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit zu verhandeln und dann die Friedensverhandlungen. (Widerspruch.)

Präsident: Da gegen diese Anordnung Widerspruch erhoben wird, erscheint es mir richtig, die Versammlung zu fragen, ob sie damit einverstanden ist oder nicht. (Die Mehrheit erklärt sich einverstanden.)

Es ist noch folgender genügend unterstützte Antrag des Herrn Eizen eingegangen:

Die bremische Nationalversammlung beschließt:

Die am 25. April 1919 von der Delmenhorster Arbeiterschaft gesammelten Liebesgaben für die notleidenden Bremer Arbeitskollegen und deren Familien, welche beim Roten Hause in Huchting durch Regierungsschutztruppen den Ueberbringern (Delmenhorster Arbeiter) abgenommen wurden, sind sofort im Gewerkschaftshaus, Zimmer 4, an den 21er-Ausschuß, welchem die Lebensmittellkommission der Arbeiter unterstellt ist, abzuliefern, und zwar restlos.

Eizen (K.): Ich will den Wünschen des Herrn Präsidenten Rechnung tragen und zur Dringlichkeit des Antrages nur einige Worte sagen. Am 25. April hat die Delmenhorster Arbeiterschaft Liebesgaben nach Bremen geschickt — das darf ich doch zur Dringlichkeit sagen? (Präsident: Bitte!) Diese sind von Regierungstruppen requiriert worden, man kann auch sagen, gestohlen. Damit diese Liebesgaben nicht von unrechtmäßigen Besitzern genossen werden, ist es notwendig, (Glocke) daß über die Dringlichkeit gesprochen wird.

Präsident: Sie haben eben gesagt, diese Gaben sind von den Regierungstruppen gestohlen. (Widerspruch von Herrn Eizen.) Ich bitte Sie, sich dann zu erklären. Haben Sie das gesagt oder nicht?

Eizen: Nein, das habe ich nicht gesagt. Die Rechte ergeht sich in zuviel Privatunterhaltungen, deshalb werde ich nicht verstanden. Diese Liebesgaben von der Delmenhorster Arbeiterschaft sollen im Roten Hause abgenommen worden sein und sollen dort liegen. Damit diese Liebesgaben an die rechtmäßigen Besitzer gelangen, ist es notwendig, daß diese Sache dringlich behandelt wird. Daß diese Liebesgaben, die dort requiriert oder gestohlen sind . . .

Präsident: Diesmal habe ich es aber deutlich verstanden. Sie haben gesagt, sie wären gestohlen worden. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Eizen: Herr Präsident! Sie haben gar keine Ursache, Leute, die sich außerhalb dieses Hauses befinden, in Schutz zu nehmen.

Präsident: Gestatten Sie, daß ich Sie dahin belehre, daß ich wohl die Pflicht habe, unsere Regierungsorgane in Schutz zu nehmen. (Zuruf: Banditen!)

Eizen: Damit diese Liebesgaben nicht verderben, habe ich die Dringlichkeit beantragt, beziehungsweise, damit diese Liebesgaben nicht von den Leuten, die sie requiriert haben, gestohlen werden.

Bögeding (U. S.): Es ist ohne Zweifel in diesem Falle notwendig, daß die Bremer gesetzgebende Körperschaft, die Nationalversammlung, der Dringlichkeit in diesem Falle zustimmt, wenn Sie sich nicht bei der Oldenburger Regierung in Mißkredit versetzen will. Diese Lebensmittel sind genügend geschickt worden, sie sind gesammelt worden von der gesamten Bevölkerung in Delmenhorst, um die durch die Maßnahmen der Regierung in Not sich befindlichen Bevölkerung Bremens zu unterstützen. Lebensmittel sind auch von Begegnungen gekommen und hier ist jedenfalls von der Behörde ein Eingriff gemacht worden in die Privatrecht, und deshalb ist es notwendig, daß die Nationalversammlung die Behörde anweist, ihre Maßnahmen rückgängig zu machen.

Miller (K.): Die Delmenhorster Arbeiter haben sich bereit erklärt, die bremischen Arbeiter in ihrem Kampfe gegen das Kapital zu unterstützen. Sie haben ihr Solidaritätsgefühl in dieser Weise zum Ausdruck gebracht, daß die von der Stadtkommandantur verlagerten Lebensmittel, so gut es möglich war, nach Bremen herein zu schicken. Diese Lebensmittel, die Eigentum der Delmenhorster Arbeiter sind, sind von der Regierungsschutztruppe ihnen weggenommen worden. Ich stelle es Ihnen frei, dieses als requirieren oder Diebstahl zu bezeichnen. Mir ist es einerlei. Jedenfalls, wenn man einem anderen etwas wegnimmt, weiß man, wie man das im allgemeinen zu bezeichnen hat. Das ist doch beschämend. Stimmen Sie für die Dringlichkeit dieses Antrages, damit die bremischen Arbeiter die ihnen zugedachten Liebesgaben bekommen. Die Kinder haben schwer gehungert in diesen Tagen infolge dieser drakonischen unberücksichtigten Maßnahmen der Stadtkommandantur. Es ist ein Denkmal der Schande, daß Sie den Kranken und Kindern und Säuglingen gemacht haben.

Präsident: Das gehört nicht zur Begründung der Dringlichkeit.

Miller (fortfahrend): Ich wiederhole, es ist ein Denkmal der Schande. (Zurufe.)

Der Antrag auf Dringlichkeit wird abgelehnt. (Große Unruhe bei den U. S. und J. K. Psuirufe. Drohungen.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich vertage die Sitzung bis 3,15 Uhr.

Präsident R. Dunkel eröffnet die Sitzung auf neue um 3 Uhr 25 Minuten.

Senatskommissare die Herren Bürgermeister Deichmann und Senator Winkelmann.

Präsident: Es handelt sich um drei Fragen. Ich möchte vorschlagen, sie getrennt zu behandeln. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Anfragen:

Ist die bremische Regierung bereit, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wieviel Personen sind anlässlich der Schießereien in den Straßen Bremens getötet, wieviel verwundet worden?

Präsident: Bürgermeister Deichmann (M.-S.) sind Sie zur Beantwortung der Frage bereit?

Bürgermeister Deichmann (M.-S.): Herr Präsident! Ich wollte darum ersucht haben, solange zu warten, bis mein Kollege, Herr Senator Winkelmann zugegen ist. Wenn er erschienen ist, bitte ich den Herrn Präsidenten, diese Frage zu wiederholen. Dann wird Herr Senator Winkelmann das Wort zur Beantwortung nehmen.

Senator Winkelmann nimmt am Senatstisch Platz. Der Präsident wiederholt die Frage.

Senator Winkelmann (M.-S.): Meine Damen und Herren! Die Frage ist leicht zu beantworten. Vom Tage der Verhängung des verschärften Belagerungszustandes an sind folgende Verwundungen erfolgt und in einem Falle eine Erschießung:

Am 21. April 6 Uhr nachmittags beim Rückmarsch der Stadtwache vom Holzhafen wurde auf die Stadtwehr geschossen. Zwei Kinder wurden verwundet, ein Soldat der Regierungsschutztruppe schwer verletzt. Den Sachverhalt, meine Damen und Herren, habe ich bereits in der letzten Plenarsitzung hier zum Vortrag gebracht.

Am 22. April nachmittags 4 Uhr versuchten 20 bis 30 Mann die Wache am Stephanitor zu überfallen (Hört, hört!). Ein unbeteiligter Zivilist wurde durch einen Schuß von der Gegenseite, nicht von Mitgliedern der Regierungsschutztruppe und der Stadtwehr, sondern von denjenigen, die diese Zusammenrottungen veranlaßt hatten, (Nachen links) verletzt. (Hört, hört! Zuruf von links: Schwindel!)

Präsident: Wer hat bei den Ausführungen des Herrn Senators Winkelmann „Schwindel“ gerufen? (Es meldet sich ein Mitglied der Linken.) Ich rufe Sie zur Ordnung. (Der zur Ordnung Berufene erwidert: Das schadet nichts!) Es hat wohl keinen Zweck, dem Herrn noch einen weiteren Ordnungsruf zu erteilen. (Zuruf: Es ist zum Ausdrücken! Der ist nicht zurechnungsfähig!)

Senator Winkelmann: Am 23. April nachmittags wurde aus der Richtung Backstraße auf Soldaten der Regierungsschutztruppe geschossen. (Zuruf: Nicht wahr!) Ein Zivilist ist durch diese Schüsse verwundet worden. (Miller: Ein Zivilist! Und wie viele Militärpersonen?)

Am 23. April 9 Uhr 15 abends wurde bei dem Rückmarsch der Regierungsschutztruppe aus Gröpelingen die Wache beschossen. Es entstand ein Feuergefecht. Bei diesem Feuergefecht sind Verluste auf der Gegenseite zu verzeichnen. (Ruf: „Gegenseite“ ist gut.) In welcher Anzahl, das ist bis jetzt nicht festzustellen gewesen. (Hört, hört!)

Am 24. April 4 Uhr 30 nachmittags ist eine Barrikade bei der Zutespinnerei Nordstraße gebaut, (Lachen links) und zwar wurde Draht dabei verwandt. Das Patrouillenauto wurde hart bedrängt, Schüsse fielen aus den Häusern. Vier oder fünf Zivilisten sind bei der Gewehr verwundet worden. (Aha!)

Am 24. April wurde in der Sulingenstraße ein junges Mädchen aus der sich angesammelten Masse mißhandelt und von der Stadtwehr befreit. (Lachen links.) Verluste sind hierbei nicht zu verzeichnen.

Am 25. April 8 Uhr 15 abends wurde in Woltmershausen ein Mitglied der Stadtwehr von der angesammelten Masse angegriffen. (Ruf: Weshalb?) Die Stadtwehr hat selbstverständlich die Masse zu zerstreuen gesucht. (Ruf: Mit Gewehren!) Bei dem großen Widerstand, den die Masse den Anordnungen der Stadtwehr entgegensetzte, ist dann ein Zivilist verwundet worden.

Am 26. April 7 Uhr 30 vormittags hat eine Ansammlung vor dem Gewerkschaftshause stattgefunden. Ein Straßenbahnfahrer wurde vom Wagen geholt und ihm die Kurbel entzogen. (Hört, hört!) Er wurde ins Gewerkschaftshaus geschleppt und mißhandelt. Der Fahrer wurde durch Soldaten befreit. Einige Räbelführer versuchten, sich durch Flucht der Verhaftung zu entziehen. Dabei ist ein Zivilist verwundet und einer erschossen.

Das ist das Ergebnis. Meine Damen und Herren! Sie können daraus entnehmen, was es mit den Behauptungen und Anschuldigungen auf sich hat. (Beifall.)

Klawitter (H. S.): Meine Damen und Herren! Ich muß konstatieren, daß die Berichterstattung unserer Regierung durch die Regierungstruppe höchst unvollständig ist. Wenn das der ganze Bericht ist, der bei der Regierung eingegangen ist, so ist das höchst bedauerlich und wirft böse Schlaglichter auf die Situation in Bremen. Nach meiner Erfahrung kann ich mitteilen, daß gestern nachmittag vier Uhr ein Regierungssoldat mit einem Schuß einen Matrosen verletzt hat, und derselbe Schuß hat einen vierjährigen Knaben getötet, er war dem Knaben durch beide Beine gegangen. (Zuruf: Haben Sie das gesehen?) Aus ganz geringfügigem Anlaß. Ich bin zwei Tage morgens und abends herumge-

laufen, um den Fall festzustellen, nicht nur bei den Beteiligten, sondern auch bei der Polizeiwache. Ich kann über diesen Fall mitteilen, daß darüber ein genaues Protokoll aufgenommen worden ist. Allerdings einseitig, weil nur eine Frau verhört wurde, eine Frau Lenze (?), Zwinglstraße 107. Mir ist das Protokoll vorgelesen worden von dem Leutnant der Wache in der Marienburg am Steffensweg. Das Protokoll über die Vorgänge in der gestrigen Nacht war noch nicht eingegangen, die Hauptschießerei also gar nicht erwähnt. Es handelt sich um eine Schießerei in der Elisabethstraße, wo ein 19jähriger Bursche aus der Schulze-Delischstraße erschossen wurde. Ich muß den Hergang erzählen. Ein Bader an der Ecke Elisabethstraße—Bremerhavenerstraße, Wagner, bekommt Besuch durch jemand, der ihm sagte: Auf Beschluß des 21er-Rats müssen Sie jetzt Brot verkaufen. „Haben Sie das schriftlich?“ „Nein, aber es stimmt.“ Daraufhin ist der Laden geöffnet worden. Leute sind in den Hausflur gekommen, im Laden wurden 6 Brote verkauft, im Hausflur 22. Da kommen Truppen. Sie sind aufgestellt am Kreuzungspunkt Elisabethstraße—Vegeesackerstraße und haben dann nach beiden Richtungen in die Straße hineingefeuert, also auf Leute, die von dem ganzen Vorgang nichts wußten. Ein Mann aus dem Genesungsheim bei Miffler, der um die Ecke biegen wollte, wurde dabei durch einen Schuß in den Fuß getroffen, er liegt jetzt bei Miffler. Einem Buchdrucker Seemann ist es genau so gegangen auf der anderen Ecke. An dem Kreuzungspunkt Bremerhavenerstraße—Elisabethstraße war eine andere Abteilung aufgestellt, und sie hat genau so gehandelt. Leute, die von diesen Vorgängen nichts wußten, wurden beschossen. Ein Auto ist dann gekommen vom Steffensweg fünf Minuten nach ½5. Ich weiß das genau. Um diese Zeit bin ich nämlich in der Sulingenstraße gewesen mit Bögeding. Wir mußten zu einer Sitzung nach der Stadt und mußten um vier da sein. Da sah ich nach der Uhr: es war fünf Minuten nach ½5, und ich sagte, da kommen wir nicht mehr rechtzeitig hin. Nun das schadet nichts. Da haben wir plötzlich die Schießerei gehört. Ich fragte: Was ist denn da los? Bögeding sagte: Du bist nicht im Felde gewesen, rege dich nur nicht auf, es ist das wohl nur eine Fortsetzung von früher. Da plötzlich ist ein Auto herangekommen, in die Elisabethstraße hinein, die Mannschaft ist abgesprungen und wieder aufgesprungen und hat in ein Haus geschossen bei Grohnsfeld, unter dem Vorwand, daß daraus vorher geschossen sei. Als wir anlangten, ging die Schießerei weiter an der Vegeesackerstraße—Bremerhavenerstraße. Es wurde in ein Haus geschossen, mit der Begründung, daß aus dem Hause geschossen sei. Die Leute stiegen in das Haus hinein, gingen nach oben und fanden die Wohnung oben geschlossen, nicht einfach verschlossen, sondern noch mit einem Vorhängeschloß. Es war niemand da. Die Einwohner, Patrioten, haben behauptet, in dieses Haus sei hineingeschossen durch die Soldaten. In dem Hause nebenan wohnt ein Schuhmacher, dessen Frau

auf der Straße war. Sie ist dann über die Planke hinweg geflüchtet aus Angst. Die Schießerei hat sich dann am Steffensweg fortgesetzt, wo ein Paar Verlobung feierte. Ich will aber einschalten: Ich bin nicht soweit gekommen, ich habe zu diesen Personen nicht kommen können. Sie sind dabei verwundet. Ein Kind wurde am Fuß verletzt, der abgenommen wurde. An der Chausseestraße 31 — den letzteren Fall will ich genau erzählen. — Es handelt sich um einen neunjährigen Jungen, der kommt zu Hause und sagt zu seiner Mutter: Ich bin ganz müde, ich habe wohl für hundert Leute Wasser pumpen müssen. Er geht dann wieder hinaus. Da kommt eine Patrouille. Alle werden aufgefordert, ins Haus zu gehen. Die Mutter geht auch hinein in ihr Haus, ein anderer Mann geht auch ins Haus und der Junge geht auch hinein und ist schon in der Tür — denken Sie sich, er geht in die Tür hinein, und da schießt der Mann und trifft den Jungen ins Becken. Ich weiß das genau: er war in der Tür getroffen, er war noch nicht im Hause, als er verwundet wurde. Auf dem Transport nach dem Dialonissenhause ist er dann gestorben. Von diesen Fällen gibt der Bericht keine Nachricht, er ist deshalb lückenhaft, und es ist daher wünschenswert, daß der Bericht noch ergänzt wird. Damit schließe ich. Ich werde vielleicht nachher noch mehr mitteilen. (Beifall links.)

Senator Winkelmann: Meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß Ecke Nordstraße-Elisabethstraße solche Vorkommnisse passiert sind. Ich habe summarisch berichtet, kann aber auch auf Details eingehen. Eine Ansammlung hat gestern stattgefunden Ecke Nord- und Elisabethstraße. Auf die Aufforderung der Regierungsschutztruppe und der Stadtwehr ist diese Menschenansammlung nicht auseinandergegangen. Aus dem Hause Elisabethstraße 54 ist geschossen worden (Zuruf von links: Haben Sie das gesehen?) Ich war nicht dabei, es ist mir aber berichtet worden: Es ist aus diesem Hause geschossen worden. (Zurufe.) Aus diesem Hause ist geschossen worden. Aus den Fenstern des Hauses ist Pulverdampf gedrungen, und auf Grund dieses Umstandes haben dann Mitglieder der Regierungsschutztruppe circa 20 Schuß auf dieses Haus abgegeben. Und wenn aus Anlaß dieses Umstandes, dieser gegenseitigen Bekämpfung ein Kind verletzt worden ist, dann haben die Eltern dieses Kindes geradezu leichtsinnig gehandelt. Die Verordnung der Stadtkommandantur besagt — (Lindau: Ihr habt Kinder mit Flugblättern losgeschickt!) Ach, Herr Lindau, kommen Sie doch nicht mit so etwas! Die Verordnung der Stadtkommandantur besagt, daß den Eltern nahegelegt wird, dafür Sorge zu tragen, daß in diesen aufgeregten, gefährlichen Zeiten Kinder nicht auf die Straße gehören und man sie davon zurückhalten soll. (Zuruf: Und Ihr schickt sie mit Flugblättern herum!) Die Regierungsschutztruppe und die Stadtwehr haben alle Veranlassung, wenn auf sie geschossen wird, sich zu wehren. Sie haben damit nur ihre

Pflicht erfüllt. Wenn dabei Opfer gefallen sind, dann werden wir das alle miteinander sehr bedauern, aber die Schuld für diese Opfer fällt auf diejenigen Kreise, die solche Putzschüsse heraufbeschwören. (Lärm, erregte Zwischenrufe von links.) Im übrigen gebe ich auf die Berichterstattung des Herrn Klawitter nach dieser Richtung hin gar nichts. (Zurufe.) Herr Klawitter war kein Tatzeuge. Was er vorgetragen hat, ist ihm von anderen Personen mitgeteilt worden, die an diesen Putzschüssen vielleicht beteiligt waren, und nach den vielen Aussagen, die jetzt vorliegen, komme ich zu dem Schluß, daß es weiter nichts wie Ohrengebläse ist. (Widerpruch links.) Ich kann sagen, und zwar aus meiner eigenen Sachkenntnis, weil ich mich täglich persönlich über das Verhalten der Schutztruppen, der Stadtwehr und der Polizei informiert habe, daß diese drei Sicherheitsorgane sich geradezu in taktvoller Weise benommen haben. (Lärmender Widerpruch links.) Und nur dort, wo sie durch persönliche Beschimpfungen gemeinster und niederträchtigster Art provoziert worden sind und wo tätliche Angriffe auf sie erfolgten, haben sie sich zur Wehr gesetzt, um in erster Linie ihr Leben zu schützen. Unsere Regierungsschutztruppe (Lindau: Schmutztruppe! . . .)

Präsident: Herr Lindau, Sie haben die Regierungsschutztruppe eine Schmutztruppe genannt, ich rufe Sie zur Ordnung.

Senator Winkelmann: Die Regierungsschutztruppe, die Stadtwehr und die Polizei haben sich geradezu taktvoll benommen, und ich nehme nicht Anstand, zu erklären, daß die gesamte verständige bremische Bevölkerung diesen drei Organen zu hohem Dank verpflichtet ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Diesen Dank spreche ich hiermit diesen drei Organen aus. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen rechts, Psuirufe links.)

Eigen (R.): Herr Präsident! Ich hatte mich lediglich zur Geschäftsordnung gemeldet, daß wir über den Bericht des Kriegsministers Winkelmann in eine Debatte eintreten sollen. Da die Debatte aber bereits ohne den Antrag eröffnet ist, verzichte ich aufs Wort.

Faust (U. S.): Die Darstellungen Winkelmanns sind äußerst lückenhaft, um nicht zu sagen entstellt. Insbesondere seine Darstellung über die Vorgänge an der Elisabethstraße sind direkt unwahr. Ich habe nach den Ereignissen persönlich Anlaß genommen, mit den Einwohnern dieses Hauses zu sprechen und zwar mit dem, aus dessen Fenster geschossen sein soll. Der Mann heißt Rickens (?) und wohnt Elisabethstraße 51. Er ist ein gut bürgerlicher Mann, Mitglied der demokratischen Partei. Er ist ein besserer Angestellter der Firma Bachmann. Er sagt, es sei unmöglich, daß aus dem Hause geschossen sein könnte, er sei überhaupt nicht zu Hause gewesen, als die Schießerei an der Ecke stattfand. Die Soldaten haben das Haus aufgebrochen und die Wohnung durchsucht. Kein Mensch war darin. Er war im Geschäft. Als er nach Hause kam, fand er die Fenster

zerschlagen. Mörtelpuſ lag herum. Dieser durch die Kugeln abgelöste Mörtel wird auch wohl von den Soldaten für Pulverdampf gehalten sein, sie haben daher gemeint, aus dem Hause würde geschossen. Das Feuer der Soldaten wurde gar nicht erwidert. Und wenn gesagt wird, daß es bei dieser Schießerei Tote und Verwundete gegeben habe, so hat doch kein Mensch gesehen, daß es solche auf Seiten der Regierungsschutztruppen und der Stadtwehr gegeben hat. Wenn wirklich aus den Häusern geschossen wäre, so wären die Truppen doch sicher in der Lage gewesen, die Betreffenden, die geschossen hätten, festzunehmen. Ich bitte Herrn Winkelmann, mir den Namen auch nur eines Arbeiters zu nennen, der geschossen hat. Bis jetzt ist kein einziger bekannt geworden. Außerdem bitte ich Herrn Winkelmann, uns zu sagen, wie die Berichterstattung zustande gekommen ist, ob der Bericht einseitig von den beteiligten Soldaten verfaßt ist, oder ob er Veranlassung genommen hat, auch die Polizei mit Nachforschungen und einem Bericht zu beauftragen. Der Bericht, den er gegeben hat, ist nach meiner Ueberzeugung ganz einseitig abgefaßt. Wir kennen aus der Kriegsgeschichte, insbesondere aus der offiziellen deutschen Kriegsgeschichte und aus der Berichterstattung durch Ludendorff insbesondere gegen Schluß des Krieges, daß die Berichte nicht mit den Tatsachen übereinstimmen. Ludendorff hat das deutsche Volk an Lügen gewöhnt und diese Eigenschaft des Militarismus haftet auch dem bremischen Militarismus an, so daß er das Lügen nicht mehr lassen kann. (Zuruf: Winkelmann ist Ludendorffs Nachfolger!)

Senator Winkelmann: Ich kann nur noch hinzufügen, daß im Hause Elisabethstraße 54 eine Hausdurchsuchung stattgefunden hat. Das Ergebnis war, daß eine scharfe Patrone, ein paar Hülsen und ein Ladestreifen gefunden worden sind. Das ist ein Beweis dafür, daß aus dem Hause geschossen ist, (Lebhafter Widerspruch, Unruhe) denn zum Vergnügen bewahrt man solche Gegenstände nicht auf. Es sind das Sachen, die möglicherweise Leben und Gesundheit gefährden können. Durch Soldaten der Stadtwehr ist auch festgestellt, daß aus dem Hause geschossen ist. Wenn der Einwohner des Hauses nicht zugegen gewesen ist, wie Herr Faust eben betonte, so ist ihm natürlich von den ganzen Vorgängen nichts bekannt gewesen. Sie wollen mir doch wohl nicht zu trauen, daß ich Mitglieder der Regierungsschutztruppe und der Stadtwehr, die diese Vorgänge beobachtet haben, zu Lügern mache? (Ruf von links: Jawohl!) Nein, meine Damen und Herren, soviel Objektivität und Wahrheitsliebe traue ich den Mitgliedern der Regierungsschutztruppe und der Stadtwehr zu, die ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, die ihr Leben in die Schanze schlagen, daß sie uns in dieser Beziehung nicht mit Unwahrheiten unter die Augen treten. Und gegen die Gefahr, die ihnen drohte, haben sie sich verteidigt. Und wenn dann Opfer fallen, wer hat sie verschuldet? (Zuruf: Du! 30 Arbeiter hast du auf dem Gewissen! Zurufe von allen Seiten.)

Präsident: Es sind in diesem Augenblick von vier bis fünf Seiten derartige Zwischenrufe gemacht worden, daß ich jeden einzelnen zur Ordnung rufen müßte. Es ist mir aber leider nicht möglich, festzustellen, wer gerufen hat.

Winkelmann (fortfahrend): Ich will Antwort auf die Frage geben. Diejenigen sind das, die hegen und putzen zu diesen Streifen, die eine Gefahr für das allgemeine Wohl der Bevölkerung sind. Diese sind es, auf deren Schuldkonto die Opfer fallen. (Lebhaftes Händeklatschen rechts und in der Mitte. Links starker Widerspruch.)

Miller (R.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Winkelmann krümmt und windet sich, nicht nur in Worten, er krümmt und windet auch den Körper nach allen Richtungen. Trotzdem kann er sich nicht herauswinden. Er fragt, wer den verschärften Belagerungszustand verschuldet hat. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Arbeiter nichts weiter getan haben, als daß sie ihre Arbeitskraft verweigert haben, und daraufhin hat Winkelmann ihnen den verschärften Belagerungszustand erklärt, und insolgedessen ist eine Aufregung entstanden, die ihresgleichen sucht. Herr Winkelmann, wie weit Sie sich von der Arbeiterklasse entfernt haben, beweist der Beifall auf der äußersten Rechten. Nicht einmal Ihre Parteigenossen wagten Ihnen auf ihre Weise Beifall zu spenden. (Widerpruch, Oh!) Der blieb der äußersten Rechten vorbehalten. Herr Winkelmann, die Kluft zwischen Ihnen und der Arbeiterschaft wird von Tag zu Tag größer. Herr Winkelmann, Sie werden es noch erleben, daß die Arbeiter vor Ihnen ausspucken werden. (Zuruf: Daran sind die politischen Fälschmünzer schuld. Weitere Zurufe.) Herr Winkelmann sagt, daß aus den Häusern geschossen worden ist. Ich bin der Meinung, wenn das gewesen wäre, daß die Regierungsschutztruppen nichts eiliger zu tun gehabt hätten, als die Häuser von oben bis unten durchzusuchen. Faust hat gesagt, daß der angebliche Rauch und Staub von den Schüssen der Regierungstruppen herrührt; es ist abfallender Mörtelstaub gewesen von den einschlagenden Kugeln an der Häuserwand. Herr Winkelmann glaubt durch die Auffindung eines Ladestreifens und einer Patronenhülse den Beweis zu erbringen, daß aus dem Hause geschossen worden sei. In einem Schuß gehört ein Gewehr oder ein Revolver, und wenn diese in dem Hause vorhanden gewesen wären, zweifle ich nicht daran, daß die Regierungstruppen diese Gewehre oder Revolver gefunden hätten. Ja, was diesen Ladestreifen oder die Patronenhülse betrifft, — ich bin soeben mit meinem Kade über drei Stück hinweg gefahren. Jedes Kind nimmt sie mit und spielt damit. Herr Winkelmann spricht von einer aufgeregten und gefährlichen Zeit. Diese kommt auf Ihr Konto. Die Arbeiter haben weiter nichts getan als das, wozu Sie früher hundertmal aufgefordert haben. Ich darf darauf

aufmerksam machen, ich habe es heute morgen schon getan, daß die Regierungsschutztruppe und Stadtwehr bei jeder sich bietenden Gelegenheit eine sinnlose Anklage macht. Was hat das für einen Zweck? Ich habe vorhin angeführt, daß, als ich gestern abend den Postenweg nach Hause ging, ich mit 12 Schüssen empfangen wurde. Wozu diese 12 Schüsse? Wenn mich ein Regierungssoldat auffordert, stehen zu bleiben, werde ich das ohne weiteres tun. Zu der Darstellung, nach der heute morgen ein Arbeiter erschossen wurde, muß ich sagen, daß die Sache auch nicht so stimmt. Ich war im Gewerkschaftshause. Der eine Arbeiter hat mit diesem Straßenbahner gesprochen, weiter nichts. Daraufhin ist ein Unteroffizier mit einer blauen Mütze und einem roten Kande gekommen und hat den Mann erschossen. Ich habe den Mann persönlich verfolgt. Dieser Unteroffizier, der den Mann erschossen hat, hat nachher am Dobventor Wache gestanden. Aber selbst wenn dieser Arbeiter dem Straßenbahner die Kurbel weggenommen hätte, meine Herren, wer gibt ihm das Recht, ein Menschenleben dafür zu opfern? Wer gibt der Stadtwehr das Recht dazu? (Zuruf: Der Arbeiter Winkelmann, der angebliche Vertreter der Arbeiter!) Es ist weit gekommen, ganz besonders mit Ihnen. Herr Winkelmann sagt, auf die Ausführungen von Mawitter gebe er nichts. Allerdings, wenn man den Beifall von Rechts einheimst, gibt man nichts auf die Andogebungen der andern. Also Winkelmann gibt auf die Ausführungen eines Arbeiters nichts. Er hält sich an seine Leutnants und Majore und Offiziere, die ihn zu dem gemacht haben, was er ist. Auch sagt Winkelmann, die Polizei hätte sich tabellos benommen. Ich habe mit mehr als mit einem Polizisten gesprochen. Die haben mir gesagt: So einen Schwindel machen wir nicht mit. Das ist die Ueberzeugung der Polizei! Wenn sie diese Ueberzeugung ohne Gefahr zum Ausdruck bringen könnten, könnten Sie etwas anderes erleben! Aber sie wissen, daß sie das nicht dürfen. Ein Leutnant auf der Stadtkommandantur hat einem Vertreter der Arbeiter geantwortet, sie sollten sich in acht nehmen, sonst würde ganz anders mit ihnen verfahren. Wollen Sie die Arbeiter alle totschlagen? Bitte, tun Sie es, dann haben Sie zugleich den Bolschewismus. Ehe Sie die Arbeiter nicht totschlagen, es scheint, als ob Sie es im Sinne haben, haben Sie den Bolschewismus. . . . (Große Unruhe. Redner nicht zu verstehen.) Der ganze Bericht von Herrn Winkelmann ist ein Bericht, wie ihn früher die Militärkaste der Generale gemacht hat. Der Bericht ist einseitig. Auch lückenhaft. Wie ist es damit, wenn Sie sagen, am 23. April hätte ein Gefecht stattgefunden? Winkelmann ist nicht in der Lage, einen einzigen Arbeiter zu nennen, der eine Waffe gehabt hat. Wie hat da ein Gefecht zustande kommen können! Wir sind andauernd unterwegs gewesen und konnten feststellen, daß die Arbeiter sich tabellos benommen haben. Wir haben von Offizieren gehört: Wenn wir nur diese Bande auf einem Haufen hätten, dann würden wir den Streik nicht

erlebt haben. Wenn die Arbeiter nicht so besonnen gewesen wären, wäre ein Blutbad angerichtet worden, wie noch keines dagewesen ist. Ihr Bericht ist mangelhaft. Er spricht von einem Gefecht. Die Gegenseite hätte Verluste gehabt. Hat man jemals aus dem Munde eines Arbeitervertreters so etwas gehört, wenn reaktionäre Regierungstruppen verwendet werden und Winkelmann erklärt, die Gegenseite hätte Verluste gehabt. Soviel ich beurteilen kann und gesehen habe, gehen die Arbeiter sofort auseinander, sobald die Schutztruppe dazu aufforderte. (Zuruf: Lüge!) Gestern war in Gröpelingen keine Stadtwehr und keine Schutztruppe, und da war es ruhig; und nun sie da sind, schießen sie in die Luft und in die Leiber der Arbeiter. Es wird höchste Zeit, daß die Schutztruppe und Stadtwehr entwaffnet und die Arbeiter dafür bewaffnet werden. Die würden etwas besseres mit den Waffen anfangen! (Zurufe.) Die Herren von der Rechten, das glaube ich Ihnen, werden das nicht wünschen. Ich versichere Ihnen, es wird doch kommen! Die Arbeiterschaft wird die Diktatur des Proletariats durchsetzen. Verlassen Sie sich darauf! Sie werden nicht eher ruhen, sie brauchen dazu nicht Mordwaffen, sondern die Waffen ihrer Arbeitskraft. Sie werden diese Diktatur durchsetzen, und wenn diese Diktatur wie Prometheus mit Ketten an den Himmel geschmiedet wäre. (Gelächter. Unruhe. Zwischenrufe.)

Mawitter (U. S.): Es wird in meine Ausführungen Zweifel gesetzt. Ich kann das nicht hindern. Ich habe meine Pflicht getan und bin immer unterwegs gewesen. Auch schon Ostern. Am zweiten Ostertage bin ich mit meinen Mädeln nach Gröpelingen gegangen und hatte einen Geschäftsweg mit einem Spaziergang verbunden. Ich will schildern, wie der Aufruhr entstanden ist. Ich komme in die Bremerhavenerstraße und lehre bei einem Bekannten ein. Draußen Hurra!! Wir kommen heraus. „Die Spartakisten kommen von Gröpelingen, ein ganzer Wagen voll“, schreien die Kinder. Es kommt ein Wagen von der Schule an der Bremerhavenerstraße. Es sind Regierungstruppen, vorn sind Maschinengewehre und die andern Truppen anschlagsbereit. So kommt das Auto mit Spektakel. Natürlich werden die Fenster aufgemacht. Die Soldaten rufen: Fenster zu. Je weiter sie kommen, um so mehr Fenster gehen auf, immer weiter pflanzt sich das fort, und die Soldaten schreien „Fenster zu“ und sind sie 100 Schritte vorbei, dann geht die Schießerei los. So entsteht das. Das war Ostern nachmittag, wo das prächtigste Wetter war und alles belebt war. Ich war um 4 Uhr beim Waller Kirchhof. 40 bis 50 Schüsse in der Nordstraße, da fängt es an. Dann höre ich einen fürchterlichen Knall in der Scheffelsstraße. Ich gehe hin. Die Straße war leer gemacht. Ich hielt es für meine Pflicht, mich zu erkundigen und habe den Posten gefragt, wie ist das vor sich gegangen. „Darüber kann ich keine Auskunft geben.“ „Wer kann mir Auskunft geben?“ „Der

Befehlshaber." „Wo ist der?" „In der Holzhasenschule." „Wie komme ich dahin?" „Gehen Sie die Scheffelstraße und Columbusstraße hinunter." Aber da ist der Drahtverhau. Ich habe meine Karte gezeigt. Ich habe gesagt, das ist eine Folge des Belagerungszustandes. Die Aufhebung des Belagerungszustandes steht am Mittwoch auf der Tagesordnung der Nationalversammlung. Ich bin Regierungsvertreter und will mit eigenen Augen die Ursachen kennen lernen. Ich habe gesagt, ich möchte mit dem Befehlshaber sprechen. Es wurde versichert, daß der Befehlshaber geholt werden sollte, und ich teilte dem das mit, und er sagte: Es ist so gekommen. Meine Leute sind angepöbelt worden durch die Bevölkerung, dann ist auch ein Schuß gefallen und darauf war ich gezwungen, die Straße leeren zu lassen. Ich fragte, ist jemand verwundet? Nein! Ich habe gesagt, nur einen von den bekannten Schüssen. Es ist offenbar, wenn irgendwo ein Schuß aus einem Hause kommt, wie z. B. in der Elisabethstraße, daß die Regierungsschutztruppe und die Stadtwehr, etwa 70 bis 80 Soldaten, doch den Täter herausfinden müßten. Glauben Sie, daß diese 70 bis 80 Soldaten die Häuser verlassen, ohne daß sie nicht den Schützen herausgebracht hätten? Das muß Ihnen doch klar sein. Was den Ladestreifen und die Patronenhüllen betrifft, ja, wenn Sie durch Bremen gehen, in wievielen Häusern würden Sie die finden?! Ich kann Herrn Kriminalinspektor Blanke als Zeugen anrufen, daß ich ihn auf offener Straße angehalten habe und ihm gesagt habe: Ich habe einem Ihrer Parteigenossen ein Geschloß gegeben, das auf der Straße lag. Das war auf dem Brill; ich fühlte mich nicht sicher, wenn ich ein Geschloß bei mir habe. Ich habe es einem Mehrheitsgenossen gegeben, der kommt nicht so in Gefahr, da war es sicherer. (Heiterkeit.) Ja, ist es da nicht sicherer? Ist das nicht buchstäblich wahr? Wenn ich ein solches Geschloß bei mir habe, würde gesagt werden, dazu gehört auch ein Gewehr. Das Geschloß habe ich behalten, das Gewehr habe ich nicht im Hause gelassen. Wenn man mich verhaften will, wäre das vielleicht ein Grund dazu gewesen. Sie sehen doch, wie Böse verhaftet worden ist ohne Geschloß. Ich bedaure, daß Herr Hormann nicht hier ist. Als die Freigabe der Lebensmittel erfolgte, da stand vor jedem Laden eine Polonaise von Leuten, die in den hohen Häusern mit den vielen Familien wohnen. Alles war in der Nordstraße freudig erregt. Jetzt haben wir gewonnen, jetzt bekommen wir wieder Lebensmittel. Da haben sie zu den Stadtwehrlenten gesagt: Zieht ab. Ihr seid abgesetzt. Gerade als es so lag, gingen drei Stadtwehrlente nach der Stadt zu. Die haben allerdings vieles hören müssen, nicht zarte Sachen! Wir sind direkt dahinter gegangen. Sie können auf dem Standpunkt stehen, die Leute sind bis aufs Blut gereizt worden. Das gebe ich zu. Aber die Leute sollen so instruiert sein, daß sie alles über sich ergehen lassen, soweit es bei Worten bleibt. Ich muß mir auch allerlei gefallen lassen und hören, wenn ich durch die Straßen gehe. Da

kam Herr Hormann in saufender Fahrt mit einem Auto. Ich habe noch nie ein Auto durch eine belebte Straße sa fahren sehen. — Da soll auch eine Barrikade erbaut sein in der Gabelsbergerstraße. Kinder haben Blechgefäße über die Straße gestellt, das heißt dann Barrikade. Da fuhr er durch und war kaum bei der Wache an der Holzhasenschule, da ging eine fürchterliche Schießerei los von der Wache an der Holzhasenschule. Götz ist bei mir gewesen von der Wache an der Holzhasenschule, die Kugeln pfißen bis zur Grenzstraße. Wer Bescheid weiß, wird das hohe Nabesche Haus, Ecke Grenzstraße, kennen, da flogen die Kugeln gegen. Wir haben die Fassaden der Häuser entlang gesehen, wie die Kugeln dagegen geflogen sind. Sie hätten auch da Leute treffen können. Da konnte man auch der Meinung sein, es würde aus diesen Häusern geschossen. Denn überall kam der Staub zum Vorschein, so ist es auch in der Elisabethstraße gewesen. Ich möchte die Herrn bitten, wenn Sie aus eigener Anschauung urteilen wollen, gehen Sie in die Elisabethstraße, Ecke Steffensweg, lassen Sie sich die Schüsse zeigen, Sie können bei jedem Schuß selber feststellen, ob aus einem Auto geschossen worden ist oder von der Straße aus. Es ist da ein Einschuß, der vom Steffensweg aus in das Haus Nr. 51 gegangen ist. Zwei Zementbinger sind abgeschossen, und da ist natürlich so etwas wie Pulverdampf entstanden, das haben andere Truppen gesehen, und dadurch ist das falsch aufgefaßt worden. Gestern Abend waren wir in der Wormserstraße. Wir kamen von der Holzhasenwache, waren zum Befehlshaber gegangen und hatten Auskunft verlangt. Der hat es abgelehnt, weil ihre Protokolle schon abgegangen waren und im Lloydgebäude lagen. Wir gingen zur Stadt. Als die Schießerei los ging, sagte ich, wir wollen wieder zur Holzhasenwache gehen und fragen: Warum jetzt die Schießerei? Wir sind hingegangen. Dann pfißen die Kugeln durch die Fabrikstraße. Ich sagte: Nun paßt auf! Wir können nicht mehr herunterkommen, die machen es genau wieder wie Ostern. Nordstraße hinunter und Steffensweg hinauf, und dann haben sie in alle Nebenstraßen geschossen. Dabei sind viele Verwundungen gekommen. Dabei ist z. B. ein 19jähriger in der Schulke-Delitzschstraße getroffen worden, zur selben Zeit auch die Frau Sucharci, Ecke St.-Magnusstraße—Steffensweg. Sie ist auf der Straße gewesen, sie hat die Schießerei gehört, ihr Kind war draußen. Da bekommt sie aus der Schulke-Delitzschstraße einen Schuß durch beide Beine. Das kann derselbe Soldat gewesen sein, der den Neunzehnjährigen geschossen hat. So entwickeln sich Aufläufe. Da haben die Regierungssoldaten selbst die Schuld, wenn sie diese Umzüge durch die Straßen in Lastautos machen. Die fahren im Kreise herum und bringen die Gegend in Aufruhr. Nehmen Sie die Soldaten weg, und es ist alles ruhig. Davon bin ich fest überzeugt. Nur die reizen die Leute.

Bürgermeister Deichmann (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die von meinem

Kollegen, Herrn Senator Winkelmann, gegebene Antwort ist richtig und einwandfrei und hat bewiesen, daß die in der Frage enthaltene Auflage eigentlich in sich zusammenfällt. Erklärlich ist ja, daß diese Antwort, die zugleich eine würdige Aufklärung bedeutet, denjenigen, die diese Aufklärung nicht wünschen, nicht in den Kram paßt. (Sehr richtig!) Man wünscht das notwendige Material und vor allen Dingen die Gelegenheit, um nach draußen hin zu wirken, um so viele Arbeiter, die bis heute sich einer solchen Putzbewegung nicht angeschlossen haben, in diese hineinzureißen. (Sehr richtig!) Bisher ist dies nicht gelungen. (Lachen.) Ich habe die hohe Achtung vor der großen Masse der bremischen Arbeiterschaft, (Lebhafte Zurufe) wenn sie erfahren wird, was alles von den Gerüchten nicht wahr ist, und zu welchem Zwecke diese Gerüchte in Umlauf gesetzt werden, daß sie sich vollends auf die Seite stellt, die die Gewähr dafür bietet, eine brauchbare Ordnung auch hier in Bremen bekommen, das heißt in der Richtung wirken zu können, ein brauchbares Nebeneinanderwohnen zu ermöglichen. (Zurufe.) Wie es scheint, weiß man schon zur Genüge, daß das gesteckte Ziel nicht erreicht werden wird. (Sehr richtig!) Und weil man das weiß, so ist es auch erklärlich, daß nun Mut sondergleichen entstanden ist. (Zuruf: Da sorgen Sie dafür!) Man bietet alles auf, um im letzten Augenblicke dieses gesteckte Ziel noch erreichen zu können. Sie werden sich klar darüber sein müssen, (Zurufe) das gesteckte Ziel erreichen sie nicht. (Gelächter. Zuruf: Haben wir längst erreicht!) Nicht von der Arbeitermasse im allgemeinen (Ruf von links: Wir wollen nicht Senator werden!), sondern nur von der Minderheit rede ich in diesem Zusammenhange — sie werden ihr Ziel nicht erreichen. Man redet davon im einzelnen, was dieses und jenes Mitglied der Regierungsschutztruppe und der Stadtwehr, eventuell auch der Polizei, getan oder gesagt hat, man vergißt dabei aber, in welcher geradezu ungeheuer rücksichtslosen Art die Mitglieder der Regierungsschutztruppe und der Stadtwehr und zu einem erheblichen Teile auch des Polizeikorps behandelt worden sind. Meine Damen und Herren! Ich bedaure aufs tiefste, daß in diesem Kampfe Blut fließen mußte. (Lebhafte Rufe von links. Glocke des Präsidenten. Präsident: Ich bitte um Ruhe!) . . . Ich habe Zeit und Ruhe! — Ich bedaure, ich wiederhole es, (Ruf: Du armer Schlucker!) aufs lebhafteste, daß in diesem Kampfe Blut fließen mußte. (Ruf: Wer hat denn die Regierungstruppen hergerufen?) Ich bin der Meinung, daß diejenigen, die ohne Grund und Ursache zu Handgranaten gegriffen haben, (Sehr gut!) Schuld haben, daß wir die heutigen Vorgänge erleben müssen. (Garves: Dazu schweigen Sie!) Wie haben sich denn die Dinge entwickelt? Seitdem die Regierungsschutztruppe ins Leben gerufen ist und mit ihr die Stadtwehr, hat es an fortgesetzten rücksichtslosen Anrempelungen und Belästigungen der einzelnen Mitglieder dieser beiden Institutionen nicht gefehlt. (Hört, hört!) Ja, in den letzten Tagen ist es dahin gekommen, daß in

einer Reihe von Straßen aus einzelnen Häusern und Wohnungen heraus die Mitglieder dieser beiden Institutionen mit allen möglichen Gegenständen beworfen sind. (Zurufe.) Daß sie auch beschossen wurden, ist bereits vorgetragen und ich brauche das nicht zu wiederholen. Durch diese Vorgänge sind die Angehörigen der Regierungsschutztruppe und auch der Stadtwehr außerordentlich gereizt worden. Und trotzdem können wir konstatieren, daß alle Mitglieder der Regierungsschutztruppe und auch der Stadtwehr sich in taktvoller Weise benommen haben. (Ruf: Sie kommen ja nicht über den Marktplatz hinaus!) Wir sind nicht allein der Stadtwehr, sondern auch der Regierungsschutztruppe, und insbesondere den Leitungen dieser beiden Institutionen zu großem Dank verpflichtet. (Lebhafte Beifall rechts, Widerspruch links.) Daß es nicht zu schlimmeren Vorgängen gekommen ist, haben wir ihrem Taktgefühl zu danken. Von dieser Stelle will ich den Dank ausgesprochen haben. (Bravo!)

Man hat sechs Forderungen aufgestellt, die erfüllt werden sollten. (Ruf: Von wem sind sie gestellt?) Seitens des 21er-Rats. Werden Sie sich dahinier stellen? (Rufe: Ja!) Gut, daß Sie das dokumentiert haben! (Ruf: Auch die Mehrheitssozialisten! — Lebhafter Widerspruch bei den M.-S. Ruf: Nichts zu machen!) Meine Damen und Herren! Diese sechs Forderungen waren mit den Worten begleitet, daß, wenn die Forderungen nicht innerhalb 24 Stunden (hört hört!) Anerkennung gefunden hätten, (Ruf von links: Das war möglich!) dann würde man alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung bringen, um diese Forderungen zur Anerkennung zu bringen. (Ruf: Selbstredend!) Wir haben die Bestätigung auch von denjenigen, die nur scheinbar dahinter stehen wollen. Ein Ultimatum war damit gestellt und in Aussicht gestellt, alle Mittel in Anwendung zu bringen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. (Ruf: So haben Sie es auch gemacht!) Und wie sahen diese Mittel aus? (Ruf: Arbeitsverweigerung!) Meine Damen und Herren! Diese Mittel, die angewandt werden sollen, sind Gewaltmittel. (Zurufe.) Und da darf man sich nicht beklagen, (Zuruf von links: Wo sind denn die Handgranaten?) daß, wenn man solche Mittel zur Anwendung bringt, diejenigen, gegen die diese Gewaltmittel in Anwendung gebracht werden sollen, mit den gleichen Mitteln sich zur Wehr setzen. (Zuruf: Nennen Sie doch die Gewaltmittel!) Und trotzdem muß ich sagen, daß die zur Verfügung stehenden Machtmittel in sehr schonender Weise zur Anwendung gebracht worden sind; schonender können diese Machtmittel nicht zur Anwendung gebracht werden. (Zuruf von links: Eines Tages stehen die Toten auf, Herr Reichmann!) Und weil man weiß, daß diese Machtmittel ausreichen werden, deshalb die Mut, deshalb auch das Toben. (Sehr gut!)

Im Laufe der heutigen Verhandlungen wurde auch gesagt, daß irgend jemand (Zuruf) — also vom Hörensagen — daß irgend jemand auf der Stadtkommandan-

tur gewesen sei und ihm dort mit Erschießen gedroht worden wäre, und zwar allein deshalb, weil nach Ansicht eines Offiziers sein Benehmen nicht so gewesen sei, wie der Offizier es wünschte. Der Offizier habe gesagt, wenn er sein Benehmen nicht ändere, würde er so behandelt werden, wie man bereits zwei Männer behandelt hätte, nämlich daß er wie die zwei anderen erschossen werden würde. Erzählt mag das den Gasarbeitern sein, wahrscheinlich in der Absicht, die Gasarbeiter von der Arbeit fernzuhalten. Was haben wir von dieser Erzählung zu halten? In Wirklichkeit ist dieses Geschichtchen erfunden. Weder sind zwei Personen erschossen, noch ist eine Erschießung angedroht.

Im übrigen hat man heute morgen Gewaltmittel (Zuruf: Was für welche?) angewandt in der Richtung, Arbeiter und Arbeiterinnen, die erkannt haben, daß sie gegen ihr Interesse handeln, wenn sie in dem unsinnigen politischen Streit verharren, und zur Arbeit antreten wollten, zurückgehalten hat. (Hört, hört!) Es geschah dies in der Nordstraße, wo man Textilarbeiter und -arbeiterinnen, die ausständig waren und wieder arbeiten wollten, mit Gewalt von der Arbeit fernhalten wollte. (Zuruf: Waren Sie nicht mal Gewerkschaftler?) Es ist ihnen nicht gelungen, zwei Drittel haben ihren Willen durchgesetzt und die Arbeit wieder aufgenommen. (Bravo!) Hierbei hat man nicht allein eine drohende Haltung eingenommen denjenigen gegenüber, die arbeiten wollten, sondern es sind auch Anrempelungen größter Art erfolgt, so daß schließlich zum Schutz der Personen eingegriffen werden mußte. (Ruf: Zu welchen Zwangsmitteln war denn gegriffen?) Man darf sich nicht wundern, wenn schließlich dabei Schüsse fallen. Nicht diejenigen tragen die Schuld, die die Personen zu schützen haben, sondern diejenigen, die in geradezu unverantwortlicher Weise dazu getrieben haben, daß es zu Schießereien kommen mußte. Auch bei diesen Vorgängen haben sich diejenigen, die die Personen zu schützen hatten, in taktvoller Weise benommen.

Und in gleicher Weise hat sich der Vorgang in der Faulenstraße abgespielt, wo man verhindern wollte, daß der Straßenbahnverkehr aufrechterhalten, fortgeführt wurde, indem man einem Fahrer einfach die Kurbel wegnahm. (Zuruf: Haben Sie das gesehen?) Dabei ist es zu Anrempelungen und Schlägereien gekommen, so daß diejenigen, die freiwillig die Aufgabe übernommen haben, die Personen zu schützen, eingreifen mußten und schließlich nicht anders konnten, als von der Waffe Gebrauch zu machen, wobei leider ein Toter zu beklagen ist. Nicht diejenigen haben Schuld, (Ruf links: Sondern Sie!) die diese Ordnung aufrecht erhalten und dazu beitragen wollen, das wirtschaftliche Leben wieder aufzubauen, sondern diejenigen, und zwar eine kleine Minderheit, die in ihrer Verblendung glauben, mit Handgranaten ihre politischen Ansichten zu der maßgebenden für die Gesamtheit der bremischen Bevölkerung zu machen. (Zuruf von links: Wollen wir auch!) Es wird bestätigt, daß dem so ist. Da bleibt uns leider

nichts anderes übrig, als mit dieser auf Freiwilligkeit basierenden Macht den Mehrheitswillen der bremischen Bevölkerung zu schützen. Aus den ganzen Mitteilungen, die hier gemacht worden sind, geht nur das eine hervor: man weiß gar nichts und kann auch nichts wissen, weil nichts passiert ist, wenigstens nichts besonderes passiert ist, und daß höchstens das, was passiert ist, auf den Schultern derjenigen lastet, die dieses Ultimatum gestellt und alles aufgebieten haben, ihren Willen durchzusetzen. Im übrigen geht aus den Mitteilungen hervor, daß man beim besten Willen ein brauchbares Anlagematerial nicht hat, eine Anklage nicht erheben kann. Es werden die Ankläger, wenn sie der breiten Öffentlichkeit bekannt werden, und ebenso ihre Anklagen, der Lächerlichkeit auf alle Fälle anheimfallen. (Beifall, Händeklatschen auf der einen, Pfuirufe, Klappen mit den Pulstüchern auf der andern Seite.)

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Präsident: Zum Wort angeschrieben sind noch die Herren Lindau, Heuer, Bögebing, Fauth, Göge, Tegtmeyer, Eizen, Henke, Chrapkowski.

Zur Aufklärung des Tatsächlichen

Tegtmeyer (D.): Meine Damen und Herren! Von der linken Seite wurde behauptet, daß von Arbeitern keine Angriffe auf die Stadtwehr und die Regierungsschutztruppe vorgenommen seien. Das ist doch der Fall. Ich behaupte und kann es beweisen, daß maßlos verhetzte Arbeiter gegen die Stadtwehr und die Regierungsschutztruppe tödlich vorgegangen sind. Heute morgen ist mein Sohn von seinem Dienst bei der Stadtwehr zurückgekommen und hat erzählt, daß zwei Stadtwehrleute, die vertrauensselig das Gewehr statt im Arm auf der Schulter hatten, hinterrücks von Arbeitern überfallen und aufs schwerste mißhandelt sind. Weiter wurde in der Nordstraße Leutnant Gwinner von einem Arbeiter hinterrücks überfallen und ist mit einem Messerstich ins Gesicht bedacht worden. Das sind Tatsachen.

Präsident: Wer wünscht über den Schluß das Wort?

Henke (U. S.): Meine Damen und Herren! Was der Vorredner eben gesagt hat, gibt uns die beste Begründung für die Notwendigkeit der Fortsetzung der Debatte. Es fehlt noch an der notwendigen Klarheit, und ich bitte, den Schluß nicht zu beliebig. Es wird von den Herren geredet und geredet und dann Schluß beantragt. Es muß uns die Möglichkeit gegeben werden, Herrn Winkelmann zu antworten, gebührend zu antworten. Wenn Sie den Antrag auf Schluß annehmen, beweisen Sie damit, daß Sie von Ihrer Macht zur Majorisierung der Minderheit Gebrauch machen wollen.

Präsident: Herr Tegtmeyer, ich bedaure, Ihnen das Wort nicht mehr geben zu können.

Der Schlufantrag wird angenommen. (Pfeife links. Einige Herren der äußersten Linken springen auf und drohen mit geballten Fäusten. — Glocke des Präsidenten. Ruf von links: Wo bleibt der Bericht der Feuerwehr, den ich heute morgen erwähnt habe?)

Zweite Anfrage:

Bewahrheitet sich das Gerücht, daß meuternde Soldaten der Regierungstruppe erschossen sind und daß zirka 600 Mann Regierungstruppen in Haft sitzen?

Senatskommissar Winkelmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Gerücht ist eine Lügenmär. (Kleine Pause. Ruf von links: Schießen Sie los!) Ich habe schon geschossen; sperren Sie Ihre Ohren auf! Dieses verbreitete Gerücht ist eine Lügenmär. Es sind keine verhafteten Soldaten erschossen worden. Das kann ich jagen. (Ruf von links: Sind welche verhaftet?) Ebenso sind auch keine Personen erschossen, die bei Major von Engelbrechten vorstellig geworden sein sollen. Bei der Stadtkommandantur sind solche Vorkommnisse nicht bekannt.

Miller (R.): Solche Anträgen wären unnötig, wenn nicht die Regierung in ganz unverständlicher Weise jede Information der Bevölkerung durch das Verbot der Zeitungen inhibiert hätte. Dieser Zustand muß aufhören, und darum muß der Antrag auf Aufhebung der Pressebeschränkungen angenommen werden. Es wird höchste Zeit, daß die Bevölkerung über die Vorkommnisse informiert wird, damit unrichtigen Gerüchten, die kolportiert werden, entgegengetreten werden kann. Die Wahrheit muß an den Tag kommen. Wenn die Bevölkerung aber die Wahrheit erfährt, dann, meine Damen und Herren, hat diese Regierung bald ausgetüschelt. So kann es nicht weitergehen. Die Arbeiterschaft will mit diesen Herren nichts mehr gemein haben.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen.

Dritte Anfrage:

Bewahrheitet sich das Gerücht, daß Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident des deutschen Reiches, Scheidemann, zurückgetreten ist?

Senatskommissar Winkelmann: Meine Damen und Herren! Soweit uns bekannt, amtiert der Minister Scheidemann bis zu dieser Stunde. Aus welcher Quelle diese Lügenmär stammt (Ruf: Weiser Zeitung!), weiß ich nicht. Vielleicht aus derselben unlauteren Quelle, aus der vorhin erwähnte Gerüchte auch entsprungen sind.

Miller (R.): Meine Damen und Herren! Ich glaube, so ganz unmöglich wäre es wohl nicht, wenn Scheidemann plötzlich ein wenig krank geworden wäre. Uns könnte es nur angenehm sein. Wenn Herr Winkelmann . . . Meine Herren und Damen, Sie lachen darüber. Scheidemann hat wahrscheinlich bald ausge-

arbeitet, und es wird ja auch geschrieben, daß er amtsmüde sei. Und infolge der Inhibierung jeder Pressefreiheit sind wir gezwungen, uns auf diese Art und Weise zu informieren. Wenn Herr Winkelmann sagt, daß dieses Gerücht wohl aus derselben unlauteren Quelle stamme wie das andere — gemeint ist der Arbeiter als Vertreter der Arbeiter — diese Quelle soll nicht rein sein? Herr Winkelmann, aus dieser Quelle sprudelt klares Wasser, daran ist kein Zweifel. Ihre Behauptung trifft aber auf Ihre Quellen zu, (Sehr gut!) und was aus diesen Quellen kommt, das ist von der Wahrheit soweit entfernt wie die Erde vom Stern Merkur, Hunderte von Lichttagen, erlogen von Anfang bis Ende. Verehrte Anwesende! Es ist zu bedauern, daß man nur auf diese Weise erfahren kann, was man sonst täglich in den Zeitungen liest, daß durch die Beschränkung der Pressefreiheit ein solcher Zustand geschaffen ist. Daran möchte ich noch eine Bemerkung anknüpfen, die mit der Beschränkung der Pressefreiheit zusammenhängt. Es ist kürzlich in einer Druderei für die Zeitung „Kommunist“ Sabotage verübt, es ist in die Druderei nachts eingebrochen und ein ganzer Saß zerstört worden. (Präsident: Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen!) Excellenz Scheidemann hat sich für die Demokratie auf breiter Grundlage erklärt. Das ist zum . . . (Zurufe.) Sie lachen darüber. Die Demokratie wird vielen das Grab graben, Ihnen allen das Grab graben! Meine Damen und Herren! Das ist ein unwürdiger Zustand, wie er jetzt besteht.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zum ersten Gegenstand der Tagesordnung . . . Soeben wird mir noch folgender genügend unterstützte Antrag des Herrn Faust überreicht:

Gegenüber der unzulänglichen Berichterstattung des Regierungsvertreters beschließt die Nationalversammlung die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, die die Fälle, in denen von der Waffe Gebrauch gemacht wurde, zu untersuchen hat.

Der Antrag kommt auf die nächste Tagesordnung.

Zur Geschäftsordnung

Henke (U. S.): Ich bin der Meinung, daß dieser Antrag zu dem Gegenstand gehört, über den wir vorhin verhandelt haben, zu der ersten Anfrage, und er hätte darum bei dem Gegenstand verhandelt werden müssen. Jedenfalls muß schon heute darüber verhandelt und entschieden werden, ob er angenommen oder abgelehnt wird. (Zuruf.)

Präsident: Es ist ein vollständiger Antrag. Ich konnte den Antrag bei der ersten Anfrage auch gar nicht zur Debatte stellen. Als mir der Antrag überreicht wurde, war die Debatte über die Anfrage bereits geschlossen. Er ist mir während der Debatte über die anderen Anfragen eingereicht; es ist mir aber nicht gesagt

worden, daß sich der Antrag auf die erste Anfrage beziehe. (Auf: Das ist doch selbstverständlich.)

Henne (U. S.): Es kann sich nur um einen Lapsus handeln, wenn Faust nicht darauf hingewiesen hat. Aber aus dem Wortlaut des Antrages ergibt sich doch, daß er unbedingt zur ersten Anfrage gehört. Wenn nun ein Lapsus gemacht ist, so meine ich, sollte man den Antragsteller nicht dafür dadurch strafen, daß der Antrag nicht zur Verhandlung gestellt wird. Die Herren scheinen aber Angst zu haben, daß der Antrag angenommen wird.

Zur Geschäftsordnung

Dr. Böhmert (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin der Ansicht, daß dieser Antrag unzweifelhaft zu dem Punkte der Tagesordnung gehört, über den wir eben gesprochen haben. Meiner Ansicht müßte darüber abgestimmt werden, sonst haben wir nur das Vergnügen, daß wir in der nächsten Sitzung die ganze Sache noch einmal wiederholen müssen. Ich möchte dafür sein, daß dieser Antrag jetzt zugelassen wird.

Präsident: Das Präsidium ist dafür, daß darüber abgestimmt wird. Ich bitte zunächst Herrn Faust, den Antrag zu begründen.

Rhein (M. S.): Ich bin nicht der Meinung, daß eine Begründung des Antrages vorgenommen werden kann.

Faust (U. S.): Nach dem eben gehörten Berichte der Regierungsvertreter wird wohl das ganze Haus damit übereinstimmen, daß die Berichterstattung eine unzulängliche ist. Die Regierung glaubt uns nicht, und wir glauben noch viel weniger den Regierungsberichten. Außerdem haben die beiden Herren, das Dioskurenpaar, sich selbst widersprochen. Herr Winkelmann hat behauptet, daß aus den Fenstern auf die Regierungstruppen geschossen worden sei, Deichmann hat wiederholt, es sei mit Gegenständen aus den Häusern auf die Regierungstruppe geworfen, von Schießen hat er nicht ein Wort gesagt. (Widerspruch.) Er hat seinen Kollegen Winkelmann ohne weiteres widerlegt. Es ist also klar, daß durch diese Unklarheit, die durch die Regierungsberichte entstanden sind, nur eine parlamentarische Untersuchungskommission in der Lage sein wird, Licht zu schaffen. Dieses Ihnen vorzuschlagen, ist der Zweck des Antrages, und ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Wenhold (D.): Wir haben zur Regierung, die aus den Mehrheitsparteien gebildet ist, das Vertrauen, daß sie in dieser Frage alles vorgelegte Material geprüft und uns ihre Ansicht über die Dinge mitgeteilt hat. Wir würden in der Annahme dieses Antrages etwas Aehnliches erblicken, wie ein Mißtrauensvotum für die Regierung und lehnen deshalb den Antrag ab.

Henne (U. S.): Die Logik des Herrn Wenhold hat ein großes Loch. Eine solche Untersuchungskommission

würde, wenn das richtig ist, was Herr Wenhold gesagt hat, nur zu demselben Resultate kommen können, zu dem die Regierung gekommen ist. Sie würde also das Vertrauen zur Regierung nur stärken können. Ich verstehe nicht, wie Herr Wenhold, ein sonst so scharfsinniger Herr, diesen Schluß nicht zieht. Es ist nicht selten, daß in Parlamenten berichtet worden ist von einer Regierung, die zusammengesetzt ist von Vertretern der einzelnen Parteien und gerade in Ländern, wo das ist, wie z. B. in England und Frankreich, ist die Einsetzung parlamentarischer Kommissionen nichts Absonderliches, sondern eine Regel; man geht soweit, daß man diesen Kommissionen das Recht zuteilt, eidliche Vernehmungen vorzunehmen. Das müßte auch hier so sein. Sobald die Pressefreiheit wieder hergestellt ist, werden die Zeitungen, vor allen Dingen die Arbeiterzeitung, auffordern, daß diejenigen sich melden, die davon wissen, daß in Kinder- oder Personenansammlungen hineingeschossen worden ist. Wir werden eine Untersuchung anstellen. Das ist selbstverständlich. Aber die kann nie den Wert haben, den eine Untersuchung haben muß, von einer aus Ihrer Mitte gewählten Kommission. Ich bitte also diese einfache Tatsache nicht aus den Augen zu lassen. Das ist kein Mißtrauen gegen die Regierung, sondern Sie sorgen von Ihrem Standpunkte aus dafür, daß das Vertrauen zur Regierung erst recht gestützt wird. Wir haben eine Menge von Belegen, und ich selbst bin Zeuge gewesen in der Sulingerstraße, daß jeden Abend am Steffensweg, in der Elisabethstraße, Bremerhavenerstraße, Nordstraße, eine große Schießerei angefangen worden ist. Ich könnte eine Menge dazu sagen, wenn nicht der Schluß der Debatte beliebt wäre. Eine solche Kommission könnte darüber Klarheit schaffen. Wenn hier von einem Gesamtwohl gesprochen wird, das die Nationalversammlung wahrnehmen soll, kann doch die Regierung selbst nichts dagegen haben, daß eine Kommission eingesetzt wird. „Wir von der Stadtkommandantur wissen nichts davon“, sagt Winkelmann. Das kann ein Hohn sein, ein Selbstpott, wenn Herrn Winkelmann von denen, die ihm untergeordnet sind, nicht ordentlich berichtet worden ist. Das ist nichts Neues, daß z. B. Polizeiorgane ihren vorgesetzten Behörden nicht ordentlich berichten, daß über Soldatenmißhandlungen, über Ausschreitungen einzelner Polizeisoldaten den oberen Behörden nicht ordentlich berichtet worden ist, daß nachher erst Untersuchungen die Wahrheit ergeben haben, und da kann es sehr leicht gehen, daß Herr Winkelmann wahrheitsgemäß das gesagt hat. Aber es kommt doch gerade darauf an, daß die vollständigen Berichte vorliegen. Sie haben die Pflicht und Schuldigkeit, alles dazu beizutragen, daß Klarheit geschaffen wird. Wenn auf die bremische Bevölkerung geschossen worden ist, haben Sie ein Interesse daran, zu betreiben, daß es notwendig war, und daß da nicht in einem solchen Maße Opfer gefallen sind, wie von der Gegenseite auf Grund der ihr zugegangenen Berichte behauptet wird.

Klawitter (U. S.): Ich erinnere Sie daran, daß ich erst Bezug genommen habe auf ein Protokoll, welches von dem Leiter der Truppe in der Marienburg aufgenommen worden ist. Dieses Protokoll ist mir vorgelesen worden, in welchem ein Vorfall behandelt wird, bei welchem ein Todesfall und zwei Verletzungen vor sich gegangen sind. Dieser Vorfall ist in dem Berichte nicht erwähnt worden. Sie sehen, wie lückenhaft der ist. Dieses Protokoll ist uns nicht mitgeteilt worden. Sie haben ein Interesse daran, daß sie die Wahrheit erhalten und sollten aus diesem Grunde dafür sein. Es erregt doch die ganze Bevölkerung. Es ist doch keine Kleinigkeit! Gestern sind 150 Kinder nach Begeß gebracht worden, heute 200, die ganze Arbeiterschaft ist in Aufregung. Die Ernährung unserer Kinder ist in Frage gestellt worden. Es ist keine Kleinigkeit. Es sind doch keine Kinderleichen. In Oldenburg haben Sie gesehen, daß Ernährungsmittel für uns gesammelt worden sind. Sie sollten doch dafür sein. Dann erfahren wir, was Wahrheit ist, sonst nicht, sonst nehmen Sie Partei für die Soldaten. Wir sollten über diesen Parteien stehen. Nehmen Sie diesen Antrag an.

Dr. Böhmert (D.): Meiner Ansicht steht ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß dieser Art, der einzelne Fälle oder sonstige Fälle untersucht, in vollem Widerspruch mit dem Wesen einer parlamentarischen Körperschaft. Das kann ein Parlament, wie wir, unmöglich neben seinen sonstigen Aufgaben machen und bewältigen. Diese Regierung hat unser Vertrauen und berichtet uns über die Dinge, die sie zu untersuchen hat. Ich meine, das ist die Form, in der wir die Sachen zu erledigen haben. Eine andere Form gibt es nicht. Was Henke über den Parlamentarismus in England angeführt hat, hat hiermit nichts zu tun. Da handelt es sich um große gesetzgeberische Maßnahmen, um große, neue, allgemeine Fragen, die geklärt werden sollen, um Fragen, die von großen, allgemeinen Gesichtspunkten aus behandelt werden müssen. Und darum pflegt man dort derartige Körperschaften zusammenzustellen. In diesem Falle kann das nicht in Frage kommen. Soweit es sich um strafbare Dinge handelt, können wir den Bericht nicht vorgreifen, ebensowenig der Exekutive. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Henke (U. S.): Ich bitte, nochmals zurückkommen zu dürfen auf den Gegenstand und möchte darauf hinweisen: welcher Richter würde einen Angeklagten schuldig sprechen, daß er auf Truppen geschossen hat, wenn in seinem Hause eine Pülse und ein Ladestreifen gefunden worden ist? Der Regierungsvertreter hat das als Beweis erklärt, daß geschossen ist. (Winkelmann: Pulverdampf!) Der Pulverdampf kann von nichts anderem herrühren, als von deinem Dampf, mein Lieber. Das ist ja auch schon hier festgestellt worden als abspritzender Mörkel. Das ist das Blaueste, was gesagt worden ist. Wenn jemand gefunden wäre, der geschossen hat, wäre er nicht mit dem Leben oder der Freiheit davon ge-

kommen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ein solcher Indizienbeweis geführt werden kann, darum muß eine solche Sache untersucht werden. Wenn eine Regierung solche Dinge so oberflächlich untersucht, so oberflächlich darüber berichtet wird und sich damit einverstanden erklärt, dann ist diese Oberflächlichkeit sehr bezeichnend. Ein Parlament darf sich nicht damit zufrieden geben. Was Dr. Böhmert über die Einsetzung von Ausschüssen in England gesagt hat, so will ich mit ihm darüber nicht streiten; das würde ein akademischer Streit werden. Aber er ist im Irrtum. Es sind vielfach in Parlamenten, sowohl in England wie in Frankreich Kommissionen eingesetzt worden, die ganz speziell Fragen, wenn auch nicht dieser Art, sondern ähnlicher Art zu untersuchen hatten, und darum handelt es sich. Es handelt sich darum, daß eine solche Kommission das viel besser kann, als die Regierung, weil sie sich nicht an die Regierungsschutztruppe und Stadtwehr wendet, sondern an die Bevölkerung. Das ist nicht geschehen. Die Regierung hat ihre Meldung entgegengenommen und auf Grund dessen hat uns Winkelmann das erzählt. Und deshalb bitte ich noch einmal, den Ausschuß einzusetzen. Das ist notwendig.

Dr. Runkler (U. S.): Es ist behauptet, daß der Antrag für die Vertreter der Rechten ein Mißtrauen gegen die Regierung sei, und Herr Dr. Böhmert hat ausgeführt, daß es dem Wesen einer parlamentarischen Körperschaft widerspreche. Ich weise darauf hin, daß es nicht notwendig ist, bis nach England zu gehen, um solche parlamentarische Kommissionen zu treffen, daß sowohl das preussische Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus, denen man wahrhaftig nicht nachsagen kann, daß sie der Regierung gegenüber zu weitgehende Rechte in Anspruch nehmen, derartige Untersuchungskommissionen wiederholt in Angriff genommen haben, weil sie sich besonders als brauchbar bewährt haben. Und diese Angelegenheit bewegt in einer Weise die Bevölkerung und sie erschüttert in einer Weise das Vertrauen zur Regierung, daß gerade diejenigen, die die Regierung stützen wollen, diesem Antrage zustimmen sollten.

Beine (M. S.): Ich möchte den Antrag stellen, die Sitzung um eine Viertelstunde zu vertagen. Wir haben eine Rücksprache zu nehmen in dieser Angelegenheit.

Zur Geschäftsordnung

Prof. Dr. Dieß (L. B.): Ich glaube, es wäre das Wichtigste, wenn wir dem Antrage des Präsidenten folgten und diesen neuen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzten. Wir hatten bisher in unserer Geschäftsordnung nichts stehen von kleinen Anfragen und nichts davon, daß die Regierung verpflichtet ist, darauf zu antworten. Das ist eine Neuerung, die heute zum erstenmal eingeführt ist. Es ist geschäftsordnungswidrig, auf die Anfragen überhaupt eine Antwort zu geben. Was der Präsident vorher gesagt hat, daß der

Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden soll, ist der allein richtige Weg. Und ich kann nicht einsehen, daß wir die Sitzung noch einmal vertagen müssen. Wir müssen endlich positiv praktische Arbeit leisten und sollten nicht einen Debattierklub bilden.

Henke (U. S.): Ich möchte Herrn Professor Diez bemerken, daß auch die Revolution geschäftsordnungswidrig ist, daß auch die Diktatur Engelbrechten, daß diese ungeheuerliche Schießerei auf die Menschen geschäftsordnungswidrig ist, und deshalb werde ich mir erlauben, zu jeder Zeit solche Anträge zu stellen, und Pfiu über den Buben, der es wagt, diese Anträge abzulehnen!

Bögeding (U. S.): Sonderbarer Weise, nachdem solange über den Antrag gesprochen ist, und Dr. Böhmert der Ansicht Ausdruck gegeben hat, daß er zugehört wird, ist es sonderbar, daß plötzlich von seiten der Rechten dagegen Einspruch erhoben wird. Es ist auffallend, daß gerade Herr Reine den Antrag auf Vertagung stellt. Es gewinnt dadurch den Anschein, als wenn die Mehrheitsfraktion erst lange beratschlagen muß. Ich bin deshalb der Meinung, daß gar keine Ursache vorhanden ist, dem Antrage zuzustimmen, besonders, nachdem uns vorher durch den Niederknüttelungsantrag das Wort entzogen ist.

Diez (L. V.): Ich möchte Herrn Henke gegenüber feststellen, daß die gesamte Nationalversammlung beschlossen hat, einstweilen nach den Bestimmungen der alten Geschäftsordnung weiter zu verhandeln, und nach diesen Bestimmungen ist der Antrag heute nicht mehr zu verhandeln. Das ist der rechtliche Tatbestand.

Miller (R.): Wenn dem so wäre, was Professor Dr. Diez ausführt, so hätte über diesen Antrag auch nicht debattiert werden dürfen. (Sehr richtig!) Nachdem der Präsident diesen Antrag zur Debatte zugelassen hat und wir kurz vor der Abstimmung stehen, sehe ich nicht ein, daß wir nun abbrechen sollen. Unsere Stellungnahme ist so, daß wir auf diesen Antrag keinen Wert legen. Wir versprechen uns von diesen parlamentarischen Untersuchungskommissionen so gut wie gar nichts. Ich weise hin auf die Untersuchungskommission im Falle Liebknecht und Rosa Luxemburg. Da ist nichts herausgebraten. Wir werden unsererseits alle diese Taten, die jetzt vollbracht sind, rücksichtslos ans Licht ziehen.

Henke (U. S.): Es kann meinen Parteifreunden gleichgültig sein, wie Miller zu solchen Ausschüssen steht. Wenn wir solche Anträge stellen, haben wir es wohl überlegt und brauchen keine Bevormundung. (Lauter!)

Präsident: Es ist nicht zu verstehen, was Sie sagen, Herr Henke.

Henke: Dann hat Herr Professor Diez gemeint, die Geschäftsordnung sei von uns anerkannt worden. Gewiß, das ist richtig. Aber jedes Parlament hat das Recht, weil es souverän ist, weil es als Ganzes über sei-

ner Geschäftsordnung steht, solche besonderen Anträge einzubringen und besonders zu behandeln, und von diesem Rechte machen wir Gebrauch.

Dr. Künzler (U. S.): Ich möchte Herrn Professor Diez erwidern: Es ist mir unklar, warum dieser Antrag heute nicht zur Verhandlung kommen soll! Der Paragraph 45 der Geschäftsordnung ist doch bindend: Anträge, welche mit dem Gegenstande der Beratung in wesentlicher Verbindung stehen, können zu jeder Zeit im Laufe der Diskussion bis zu deren Schlusse gestellt werden. Und aus dem nächsten Absätze geht hervor, daß dieser Antrag sofort verhandelt werden muß, da die Annahme, nicht die Aufhebung eines Beschlusses zur Folge hat. Also Anträge, die mit dem Gegenstande der Verhandlung in wesentlicher Verbindung stehen, können sofort verhandelt werden.

Präsident: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß seitens des Herrn Faust nicht gesagt worden ist, daß dieser Antrag zu den Anträgen gehört, und infolgedessen bin ich derselben Auffassung wie Herr Professor Diez.

Senatskommissar Winkelmann, zur tatsächlichen Mitteilung: Mir ist soeben die Abschrift eines Flugblattes zugegangen, das gegenwärtig verbreitet wird:

Genossen! Bürgerstreik zusammengebrochen! 1000 Regierungstruppen wegen Meuterns in Haft. Zwei erschossen. Scheidemann abgedankt. Deichmann, Winkelmann verduftet. (Große Heiterkeit.) Sieg auf der ganzen Linie sicher, wenn wir durchhalten. Laßt Euch nicht von den Frauenmördern, den heldenmütigen Kindermördern provozieren. Laßt Euch nicht irritieren durch Lügen und Machenschaften des Bürgertums. Die Straßenbahn wird teilweise durch Streikbrecher in Betrieb gesetzt. Laßt nur, wir kennen unser Ziel. Hoch der Generallstreik, der Würger des Kapitalismus.

Ein Kommentar ist überflüssig. Dieses Flugblatt beleuchtet blickartig die Situation und unsere Stellung zu dem vorliegenden Antrage. (Große Unruhe. Erregte Zwischenrufe. Tumult. Unterschrift?! Lindau ruft: Hat die Regierung genau so gefälscht, wie das Geheimprotokoll. Weiterer Zuruf: Was für eine Unterschrift, Herr Winkelmann?)

Lüdeking (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, zu diesem Vorkommnis irgend ein Wort zu sagen, weil man es nicht voraussehen kann, aber ich möchte jetzt doch die Frage stellen, ob das zur Geschäftsordnung gehört? (Zurufe: Nein. Winkelmann ruft: Es war zur Aufklärung des Tatsächlichen!) Auch das muß ich entschieden zurückschicken, daß das zur Aufklärung des Tatsächlichen gehört. Ich meine auch, Herr Winkelmann hätte die Pflicht gehabt, dieses Flugblatt dem Präsidenten bekannt zu geben, damit darüber hätte entschieden werden können, wohin die Sache allenfalls gehört. (Zuruf: Der ist wieder einmal besoffen!)

Präsident: Da hat eben jemand gerufen: Herr Winkelmann ist besoffen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Zuruf: Der ist immer besoffen! Große Unruhe.)

Präsident: Da hat eben wieder einer gerufen, Winkelmann ist besoffen. Ich bitte den Herrn, sich zu melden, wer hat das gesagt? . . . Es läßt sich leider nicht feststellen. (Erregte Zwischenrufe.)

Rufe (M.-S.): Das ist Otto gewesen, das ist ein Lump! (Trampeln. Schreien.)

Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung! (Glode. Unruhe.)

Lüdeling: Was tatsächlich nun den vorliegenden Antrag betrifft, wenn da ein Fehler gemacht worden ist gegen die Geschäftsordnung, so liegt er weiter zurück. Dann hätte Herr Professor Diez vorher Einspruch erheben müssen zu der Zeit, als die Anfrage zur Beratung gestellt wurde oder wenigstens später, als wir in die Aussprache eintraten. Aber jetzt, nachdem die Beratung darüber eine Stunde lang im Gange ist, geht das nicht. Nachdem die Frage anstandslos angeschritten worden ist, die Herren haben darauf geantwortet, steht es jedem frei, nach dem von Herrn Dr. Kuntler angeführten Paragraph 45 irgend einen Antrag zu stellen. Wenn die Beratung über die Frage hier einmal zugelassen worden ist, kann dazu jeder Antrag gestellt werden, der zur Sache gehört. Uebrigens ist das geschehen. Das scheint aber der Präsident — das ist verzeihlich bei der großen Unruhe, die hier herrscht — überhört zu haben. Ich habe den Antrag Faust herübergegeben mit den Worten: Zu den Anfragen. Ich habe dann den Präsidenten, als wir mit der ersten Frage fertig waren, darauf aufmerksam zu machen gesucht. Ich wollte bewirken, daß er da schon zur Beratung gestellt würde, das ist leider vom Präsidenten überhört worden. Es war so unruhig, und er hat mich nicht verstanden.

Präsident: Der Antrag auf Vertagung ist zurückgezogen.

Zur Geschäftsordnung

Dr. Böhmert (D.): Da es sich um eine prinzipielle Frage handelt, wollte ich Herrn Professor Diez erwidern, daß die Frage, ob es zulässig ist, daß bei Anfragen Anträge gestellt werden, im Reichstag eine Rolle gespielt hat. Wir streiten uns jetzt darüber, ob nach dem Paragraph 45 unserer Geschäftsordnung solche Anträge gestellt werden können. Anfragen, wie sie die Geschäftsordnung des Reichstages vorsieht, kennen wir ja eigentlich nicht, jedenfalls müssen aber Anträge, welche die Verbesserung eines in der Verhandlung begriffenen Vorchlages bezwecken oder überhaupt mit dem Gegenstande der Beratung in wesentlicher Verbindung stehen, zugelassen werden.

Zur Geschäftsordnung

Senke (M. S.): Herr Winkelmann hat die Abschrift eines Flugblattes, das keine Unterschrift trägt,

vorgetragen und die Bemerkung daran geknüpft, das Flugblatt beleuchte blickartig die Situation. Nein, meine Herren, es ist das ein Beweis dafür, wohin wir gelangen, wenn wir keine Pressefreiheit haben, daß dann auf diese Weise durch Flugblätter Nachrichten verbreitet werden können, ohne daß man die Möglichkeit hat, die Bevölkerung darüber aufzuklären, ob die in dem Flugblatt verbreiteten Nachrichten wahr sind oder nicht. Das Flugblatt, das der Regierungsvertreter verlesen hat, trägt keine Unterschrift. Ist es überhaupt Original? Womit wird das bewiesen? Werden wir durch das Flugblatt angelogen? Ja, das Flugblatt beleuchtet die Situation, nämlich in der Weise, daß jeder einsehen muß, daß es notwendig ist, eine Untersuchungskommission einzusetzen. Einer Regierung, die auf so etwas hereinfällt, kann man kein Vertrauen entgegenbringen. Kann Herr Winkelmann beweisen, wer das Flugblatt geschrieben hat? Es kann ja von einem Menschen geschehen sein, der in ganz unverantwortlicher Weise gehandelt hat und der keinen Auftrag dazu hatte. Daß der Herr-Mat das Flugblatt oder die Streikleitung das Flugblatt veranlaßt hätte, ist ganz ausgeschlossen. Es ist von ganz unverantwortlichen Personen herausgekommen, von irgend einem Hinz oder Kunz, der sich einen Scherz erlaubt hat. (Zuruf aus der Mitte: Wir kennen Euch zu gut!) Aus diesem Fall Schlußfolgerungen zu ziehen, wie sie Herr Winkelmann gezogen hat, ist doch nicht angängig, die ganze Sache spricht vielmehr für die Notwendigkeit der Einsetzung einer Untersuchungskommission. Ich wundere mich darüber, daß Herr Diez trampelnd daran festhält, daß die Sache geschäftsordnungswidrig sei. Er ist mit seinen Einwendungen nicht eine Malenkänge, sondern eine volle Stunde zu spät gekommen: als der Präsident die Debatte eröffnete, hätte er sich dagegen erklären müssen. Der Einspruch wäre aber sicher vergeblich gewesen, denn der Herr Präsident hat im Einverständnis mit dem Geschäftsvorstande — wenn ich nicht irre — selbst gesagt, daß der Antrag zur Verhandlung kommen solle. Wenn das einigen Herren unangenehm ist, so tut mir das leid. Sie werden noch verschiedene Reden hören müssen, die Ihnen nicht gefallen! Ich bitte Sie, uns zuzustimmen. Wir müssen Klarheit schaffen in einem Fall, der alle Gemüter und die Gemüter der streikenden Arbeiter in ganz besonderer Maße bewegt.

Präsident: Herr Senke. Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung, und ich lasse Ihnen dabei möglichste Freiheit; ich bitte Sie aber, Ihre Ausführungen nicht zu weit auszudehnen.

Senke: Es handelt sich um Sachen, die die Gemüter bewegen, und es muß uns Gelegenheit gegeben werden, volle Klarheit herbeizuführen. Ich bitte Sie, unserem Antrage zuzustimmen.

Müller (M.): Winkelmann hat das Flugblatt verlesen, aber nicht die Unterschrift. Aus seinen Ausführungen scheint aber hervorzugehen, daß eine Unterschrift darunter steht. Den Streitenden steht keine Drucker-

zur Verfügung. Man muß sagen, daß der Streikabwehr-
auschuß Routine hat im Flugblattschreiben und daß an
diesen Lügenflugblättern wirklich kein Mangel ist. Ich
behaupte, daß das Flugblatt von jener Seite dort kommt,
nicht von Seiten der Streikenden.

Zur Geschäftsordnung

Waigand (M.-S.): Meine Damen und Herren!
Die jetzige Situation im Parlament ist geschaffen wor-
den durch die Art, wie unsere Freunde von links hier
vorgehen. Eine parlamentarische Untersuchungskom-
mission wird, wie ich glaube, auch keine Beruhigung der
Bevölkerung schaffen. Wenn ich die Gewißheit hätte,
daß dies doch der Fall sein würde, so könnte ich für den
Antrag stimmen. Es ist aber Prinzip eines guten Tei-
les der äußersten Linken, die Unruhe zu verschärfen,
(Sehr richtig!) neue Beunruhigung hervorgerufen.
(Hente: Das können Sie nicht beweisen!) Wenn
man sieht, wie Sie alles aufwenden, um eine geordnete
parlamentarische Handhabung unmöglich zu machen, was
nützt dann eine parlamentarische Untersuchungskom-
mission? Sollte diese zu einem Resultat kommen, das Ihnen
nicht zusagt, dann würde doch keine Beruhigung der Be-
völkerung geschaffen werden. Wenn Sie wirklich den
Willen haben, Beruhigung zu schaffen, dann liegt das
bei Ihnen. Die Regierung hat Ihr Vertrauen nicht
und wird es auch nicht haben, wenn die Kommission ein-
gesetzt wird. Sie wollen nur Beunruhigung in die Be-
völkerung tragen, weil das Ihr Prinzip ist. Ihre Li-
teratur beweist das. Darum kann ich nicht für den An-
trag sein, weil ich erst abwarten muß, ob wirklich von
der linken Seite der Wille vorhanden ist, mit uns zu-
sammen eine Situation zu schaffen, die ein gemeinsames
Handeln und die Möglichkeit gibt, Unebenheiten und
Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Darum müssen wir den
Antrag ablehnen. Wir sind auch der Ueberzeugung,
daß die Regierung, wenn sie sich orientiert hat, daß sie
falsch berichtet ist, sich korrigieren wird. Darauf können
Sie sich verlassen.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Präsident: Herr Dr. Rüntler, es tut mir leid,
ich kann Ihnen das Wort nicht mehr geben, da Sie be-
reits dreimal gesprochen haben. Auch Herrn Henke
nicht, der auch schon dreimal das Wort gehabt hat.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Präsident: Wünscht jemand über den Schluß
zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte diejeni-
gen, die für Schluß sind, aufzustehen. (Es meldet sich
ein Herr von der Linken zum Wort.) Es tut mir leid,
wir sind in der Abstimmung. Der Schlußantrag ist an-
genommen.

Faust (U. S.) (Schlußwort): Es ist uns unver-
ständlich, wie ein so selbstverständlicher Antrag von der
Mehrheit abgelehnt werden kann. Was Herr Waigand
uns vorwirft, ist nicht stichhaltig. Man sollte uns doch
gerade Gelegenheit geben, praktische Arbeit zu leisten.

Es wird uns aber direkt unmöglich gemacht, positive Ar-
beit in der Kommission zu leisten und Beruhigung in die
Bevölkerung zu tragen. Die Ausführungen besonders
von Herrn Winkelmann beweisen, mit welchen Mitteln
die Regierung arbeitet, so daß wir zu einer solchen Re-
gierung kein Vertrauen haben können. Die Berichter-
stattung war unter aller Kanone. Auch über den Fall,
den Herr Tegtmeyer angeführt hat, daß zwei oder drei
Mann von der Regierungsschutztruppe angegriffen wä-
ren, und daß ein Offizier von hinten in den Rücken ge-
stoßen sei, hat die Regierung nicht berichtet. Das alles
beweist, daß der Bericht der Regierung lüdenhaft und
unwahr ist. Ich möchte an die Regierung die Anfrage
richten, ob sie auch mit den Vorgängen in Lichtenberg
einstimmig ist. Sie wünscht anscheinend, daß alle
Soldaten von ihren Waffen Gebrauch machen, daß auf
Menschen geschossen wird. Wie kann man Vertrauen zu
einer solchen Regierung haben? Mit einer gerichtlichen
Untersuchung würden wir uns einverstanden erklären.
Die Arbeiter, die angeblich geschossen worden, müßten
dort der Regierung bekannt sein. Die Berichterstatter,
die diese Berichte erstattet haben, müßten auch vor das
Gericht gestellt werden. Die Niederlegung der Kom-
mission ist notwendig. Wenn Sie die Einsetzung der
Kommission ablehnen, treiben Sie uns in die aller-
schärfste negative Opposition. Ich bitte Sie, unsern An-
trag anzunehmen und verlange

namentliche Abstimmung.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird an-
genommen.

Präsident: Da wir heute bereits eine nament-
liche Abstimmung gehabt haben, beginnt die Abstim-
mung diesmal mit dem Buchstaben B.

Es stimmten mit Ja: Böse, Herm.; Both, Georg;
Böttger, Carl; Bullwinkel, Wilh.; Chrapkowsky, Max;
Cunis, Clemens; Drettmann, Joh.; Eiben, Hermann;
Fangmann, Joh. Heinrich; Faust, Alfred; Frank, Fried-
rich; Fritsch, Burchard; Göze, Albert; Hagedorn,
August; Hagedorn, Berta; Harms, Joachim; Henke,
Alfred; Herdsen, Wilh.; Herz, Wilhelm; Heuer, Georg;
Kaspar, Erich; Kerl, Alwin; Kesselbeck, Elise; Klawit-
ter, Carl; Klima, Johann; Kuhl, Jürgen; Rüntler, R.,
Dr. jur.; Lindau, Otto; Lüblemann, Heinrich; Lücke,
Carl; Lüdelling, Hans; Ludwig, Johann; Müller, Jo-
sef; Otto, Heinrich; Peine, Friedr.; Rogge, Carl; Rüt-
stahl, Joh.; Schad, Heinrich; Scharke, Hermine; Schnal-
feldt, Heinrich; Schmidt, Wilhelm; Schröder, Wilh.;
Schulze, Hermann; Sommer, Emil; Spindler, Emil;
Stiegler, Anna; Sonnemann, G.; Wögeding, Carl;
Wahnschaffe, Paul; Wünschmann, Bernhard; Amelung,
Friedrich; Wendorf, Hermann.

Es stimmten mit Nein: Bahson, Minna;
Benzmann, Hermann; Blanke, Heinrich; Blome,
Christian; Böhmert, Wilhelm, Dr.; Borchers,
Robert; Borsch, Ludwig; Busse, Max; Busmann,
Joh.; Degenhardt, Ernst; Deplen, Johann; Diekmann,

Ernst; Dieß, Prof. Dr.; Dünnemann, Heinrich; Fanger, Gustav; Fauth, Gottlieb; Frände, Fritz; Garves, Friedrich; Geßten, Heinr.; Gerberding, Eduard; Gildemeister, Alfred, Dr. jur.; Hagemeier, J. F.; Harder, Hanna; Harmening, August; Hedler, Bernhard; Henrici, Ernst; Hüneke, Heinr.; Jensen, Elise; Junge, Joh. Herm.; Jungmittag, Clara; Karfmeyer, Carsten; Karrenberg, Carl; Kirchmeyer, Conrad; Klente, Friedrich; Klocke, Wilhelm Heinrich; Knop, Willy; Koch, Luise; Köhler, Diedrich; Kruse, Johann; Kunothe, Georg; Lauts, Johann; Leymann, Wilhelm; Marburg, Emil; Massolle, Wilhelm; Matthias, Werner; Maus, Karl; Meenzen, Johann; Meinert, Adolf; Meischkat, Hermann; Meiser, Hermann; Meyer, H. S.; Möhring, Penny; Plate, Mathilde; Preußner, Max; Rhein, Hermann; Riele sen., Bernhard; Rösing, Johannes; Sattler, Meta; Schauerte, Heinrich; Schönfeld, Kurt; Schurig, Gottfried; Stallmann, Louis; Steding, Hermann; Steffen, Heinr.; Stüdnath, Carl; Stüzer, Hugo; Tegtmeyer, Wilhelm; Thiele, Minna; Tiedermann, Heinr.; Tjaden, Hermann, Dr. med.; Vinnen, Adolf; Waigand, Ludwig; Walfemann, Carl; Wellmann, Joh.; Wenhold, Hermann; Wiechmann, Hermann; Wulf, Georg; Achilles, Ed.; Adam, Karl.

Der Abstimmung enthielten sich: Behle, Karl; Deichmann, Karl; Donath, Hans; Winkelmann, Carl.

Das Alphabet wird wiederholt. Es melden sich noch: Brasch (Nein); Lunkewig (Ja).

Es fehlten: Allerheiligen, Diedrich; Bardenheuer, Rita; Bedé, Waldeemar; Becker, Wilh.; de Beel, Wilhelm; Blase, Wilh.; Bormann, Friedr.; Brauns, Aug.; Buchholz, Wilhelm; Cordes, Johannes; Dibjild, Friedrich; Dogler, Johann; Dunkel, Richard; Fricke, Joh.; Geiger, Anton; Groll, Bernhard; Hasselbach, Caroline; Heinke, Agnes; Heinzler, Bernhard; Hertel, Carl, Dr. jur.; Heuers, Fritz; Hinners, Heinrich; Hobelmann, Gustav; Hollenberg, Wilhelm; Hormann, Hinrich; Hestamp, Georg; Husmann, Adolf; Husmann, Friedrich; Jahn, Max; Jung, Emil; Klemann, Wilhelm; Knief, Heinrich; Kuse, Otto; Lampe, J.; Madrian, Georg; Mannster, Hinrich; May, Franz; Meyer, Bernhard; Mombert, Bruno; Ohm, Karl; Pieper, Wilhelm; Rietchel, Hermann; Rodewald, Verena, Dr. phil.; Roßmann, Bernhard, Dr.; Scheide, Carl; Schelb, Heinr., Dr. med.; Schelter, Wilh.; Schindelbauer, Wilh.; Schlüter, Ludwig; Schneider, Jakob; Stampe, August; Stodhinger, Alfred; Stören, Friedrich; Thatje, Louis; Wagner, Wilhelm; Wahl, Hugo; Warnde, Heinrich; Wildens, Bernh. Joh., Dr. jur.; Willig, Andr.

Der Antrag ist abgelehnt. Es haben 53 dafür, 82 dagegen gestimmt.

Zur Geschäftsordnung

Miller (R.): Wenn das Flugblatt keine Unterschrift trägt, kann ich nur annehmen, daß Herr Winkelmann Effekthascherei betreibt.

Präsident: Ich will in diesem Falle Herrn Winkelmann überlassen, zu entscheiden.

Senatskommissar Winkelmann: Auf die Anfrage habe ich keine andere Antwort zu geben als die, daß ich das Material dem Herrn Präsidenten übergebe unter dem Vorbehalt, daß ich es zurückerhalte. (Auf: Warum die Geheimnistuererei?)

Präsident: Dieses Flugblatt trägt keine Unterschrift. (Stürmische Zurufe.) Winkelmann hat gelogen! Er hat es selber gemacht! Bitte ums Wort! Ich kann eine Debatte über diesen Gegenstand nicht zulassen; er steht nicht zur Tagesordnung.

Zur Geschäftsordnung

Henke (U. S.): Ich möchte doch sagen: Eigentlich ist doch durch Herrn Winkelmann die Debatte eröffnet worden. Ich will aber konstatieren, daß bei Herrn Winkelmann ein Zeichen der Besserung zu konstatieren ist, weil er das Material dem Herrn Präsidenten übergeben hat.

Klawitter (U. S.): Ich möchte Herrn Winkelmann fragen, ob irgendwie eine Gewißheit dafür vorhanden ist, daß außer diesem Wisch da noch mehrere solcher Abzüge verbreitet worden sind, oder ob dies der einzige Abdruck ist. Wahrscheinlich hat irgend ein Seher sich das zusammengesetzt. Es trägt keine Unterschrift, es ist ein kleines Stück Papier. Ich möchte anfragen, ob Herrn Winkelmann mehrere dieser Wische zugegangen sind, oder ob es sich nur um diesen einen handelt.

Präsident: Ich kann eine derartige Anfrage nicht zulassen. Es würde zu weit führen, wenn hier jeder kommen würde, um solche Anfragen zu stellen.

Senatskommissar Winkelmann (M. S.): Zur tatsächlichen Aufklärung möchte ich das Wort erbitten.

Präsident: Ich bedaure sehr.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 lautet:

Antrag auf Entschädigung der Opfer des 4. Februar.

Zur Geschäftsordnung

Miller (R.): Wir haben heute doch für drei Anträge die Dringlichkeit beschlossen, und diese für dringlich erklärten Anträge müssen vor dem auf der Tagesordnung stehenden Antrage behandelt werden, sonst hätte ja die Dringlichkeit gar nicht beschlossen zu werden brauchen.

Präsident: Sie persönlich haben doch heute morgen dieser Reihenfolge Ihre Zustimmung gegeben. (Sehr richtig.) Ich erlaube mir, mich auf unser Protokoll von heute vormittag zu beziehen.

Miller (R.): Das muß ein Irrtum sein.

Zur Geschäftsordnung

Wünschmann (M. S.): Die Ausführungen des Herrn Miller kennzeichnen ganz einfach das Gebaren,

daß die Herren verfolgen. Heute vormittag hat er diese Reihenfolge der Tagesordnung ausdrücklich beantragt. Wohin soll das führen? Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß auch die U. S. dies Gebaren mitmachen, um die Weiterführung der Verhandlungen unmöglich zu machen. Wir wissen ganz genau, wie die Dinge liegen. Die Dinge liegen so: die Herren wissen, daß sie mit praktischer Arbeit nichts ausrichten können. Deshalb beschränken sie sich auf die Opposition, weil das eine bedeutend leichtere Arbeit ist als praktische Arbeit.

Präsident: Ich glaube, Sie gehen zu weit. Ich bitte, nur über die Geschäftsordnung zu sprechen.

Wünschmann (M.-S.): Ich spreche zur Geschäftsordnung. Das Gebaren der Herren von ganz links macht eine jede Geschäftsordnung unmöglich. Wir als Arbeiter . . . (Dhoruse.) Ach Gott, ich kenne Ihr Gebaren! Ich bin so gut Arbeiter und so gut Arbeitervertreter wie Sie, der die Interessen der Arbeiter in der richtigen Weise wahrnimmt. Das werden wir vielleicht bald sehen. Ich behaupte, daß es nicht lange dauern wird, und Sie werden von Ihren eigenen Klassengenossen die Prügel erhalten, die Sie verdienen. Ich möchte nur feststellen: die Leute mögen die Handhabung der Geschäftsordnung nur so weiter erschweren, sie arbeiten doch nur darauf hin, daß sie nicht mehr ernst genommen werden.

Zur Geschäftsordnung

Miller (R.): Ich darf wohl richtigstellen, daß ich heute morgen, als wir die Tagesordnung festsetzten, von dem Dringlichkeitsantrage kein Wort erwähnt habe. Ich habe es als selbstverständlich angenommen, daß die Dringlichkeitsanträge zuerst erledigt werden.

Präsident: Wir treten in die Tagesordnung ein.

Klawitter (U. S.): Meine Damen und Herren! Die Sache liegt so, wie der Herr Präsident sagt. Ich will Ihnen die betreffende Stelle des Protokolls verlesen.

Beschlossen wird: Die an die Regierung gestellten Fragen werden zuerst verhandelt, darauf Punkt I, XII und XI der Tagesordnung, darauf die angenommenen Dringlichkeitsanträge.

So ist es heute morgen beschlossen worden. Wenn behauptet wird, es sei ein Fehler gemacht worden, so ist das richtig. Es ist das ganz widersinnig. Wir unterhalten uns den ganzen Morgen über Dringlichkeitsanträge, nehmen Dringlichkeitsanträge an, daß die heute zur Debatte gestellt werden sollen, und beschließen dann, sie so weit hinten auf die Tagesordnung zu setzen, daß sie gar nicht mehr zur Debatte kommen werden. Das ist uns dann klar geworden, daß wir einen Fehler gemacht hatten, und man sagte mir: Sie müssen mit dem Geschäftsvorstand Rücksprache nehmen. Dann habe ich mit dem Präsidenten darüber gesprochen, und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, erst die Anträge, dann die

Dringlichkeitsanträge, danach die Punkte I, XII und XI zu behandeln. Ich möchte den Präsidenten darauf aufmerksam machen: ich habe ein Zeichen, eine Klammer, eine Umrandung dabei gemacht, ich habe die Punkte I, XII und XI umklammert und sie so hinter die Dringlichkeitsanträge gestellt. Dann habe ich unserm Fraktionsvorsitzenden Bögebing gesagt: Die Sache ist in Ordnung, es brauchen gar keine Anträge mehr gestellt zu werden. So liegen die Dinge. Ich wundere mich jetzt, daß der Herr Präsident eben den ersten Punkt der Tagesordnung vornimmt. Der Präsident sagt mir, ich möchte machen, was hier festliegt. Es wäre doch widersinnig, wenn wir Dringlichkeitsanträge annehmen und stellen sie an den Schluß der Tagesordnung, die noch in ein paar Wochen nicht erledigt sein kann.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen hiermit die Versicherung geben, daß ich eine derartige Vereinbarung mit Herrn Klawitter nicht getroffen habe. Wenn Herr Klawitter mich so verstanden hat, dann muß ein Irrtum vorliegen. Im übrigen glaube ich auch durch meine Erklärungen den Beweis geführt zu haben, daß ich eine derartige Vereinbarung nicht getroffen haben kann. Außerdem konnte ich mit Herrn Klawitter allein das nicht machen. Im übrigen möchte ich Herrn Klawitter einmal darüber aufklären: wenn ein derartiger Antrag gestellt ist, dann ist durchaus noch nicht gesagt, daß nun der betreffende Antrag auch an die Spitze dieser Tagesordnung kommen muß. Es ist vollständig dem Präsidium überlassen, den Antrag an irgend eine beliebige Stelle der Tagesordnung zu bringen. Ich glaube, wir beschäftigen uns hier wirklich mit Sachen, die weiter keinen Zweck haben, und ich möchte Sie bitten, jetzt in die Tagesordnung einzutreten.

Zur Geschäftsordnung

Punkte (U. S.): Das letzte, was der Herr Präsident gesagt hat, kann ich nur bestätigen. Das wird jeder bestätigen müssen, der die Geschäftsordnung kennt. Aber ich glaube, es ist doch so, daß es sich darum handelt, ob der Antrag, den wir heute morgen gestellt haben auf Einsetzung einer Kommission, die mit dem 21er-Ausschuß in Verbindung treten soll zu Verhandlungen, heute zur Verhandlung kommen soll. Der Zweck unseres Antrages war doch, daß wir den Kampf nach Möglichkeit beilegen wollen. Wenn es möglich ist, mit den Arbeitern eine Verständigung herbeizuführen, dann soll diese Möglichkeit benutzt werden. Die Sache wird noch mehr verfahren werden, wenn wir jetzt nicht zu der Beratung des Antrages kommen, denn alle guten Dinge werden einmal ein Ende haben. Ich fürchte sehr, daß der Antrag, der jetzt zur Verhandlung kommen soll, eine ziemlich lange Zeit in Anspruch nehmen wird, und ich meine, daß man den Stenographen nicht zumuten kann, hier bis in die Puppen zu arbeiten. Es gibt jedenfalls Gründe, die dafür sprechen, daß wir die heutigen Verhandlungen rationieren. Ich würde jedenfalls dafür sein. Wenn wir den Antrag auf Einsetzung einer Kom-

mission nicht sofort verhandeln, glaube ich nicht, daß wir ersprießlich verhandeln können.

Zur Geschäftsordnung

Wenhold (D.): Es geht doch nicht an, daß wir alle Augenblicke unsere Beschlüsse ändern. Die Wünsche des Herrn Henke sind doch heute morgen und heute mittag bereits zur Genüge zum Ausdruck gebracht worden. Darauf hat der Herr Präsident festgestellt, daß die Mehrheit wünscht, so zu verfahren, wie in dem Protokoll festgesetzt worden ist. Ich möchte Herrn Klawitter doch bitten, es bei der Fassung des Protokolls zu belassen und nicht nachher noch Notizen zu machen. Das ist doch überflüssig. (Zuruf: Fälschung!)

Präsident: Es ist indeed der Ausdruck „Fälschung“ gefallen. Ich nehme an, daß Sie nicht Herrn Klawitter den Vorwurf der Fälschung machen wollen. Im übrigen muß ich diesen Ausdruck rügen.

Wenhold (D.): Ich möchte ferner bemerken, daß wir heute den ganzen Vormittag über Anträge gesprochen haben, die nicht auf der Tagesordnung stehen, und daß wir Mehrheitsparteien Ihnen dadurch im weitesten Maße entgegengekommen sind. Ich muß Ihnen aber erklären, daß alle Geduld einmal ein Ende hat. Wir sind zu positiver Arbeit da, und wir sind gern bereit, mit Ihnen in parlamentarischen Formen zusammen zu arbeiten, müssen aber darauf dringen, daß Sie dem in gleichem Maße Rechnung tragen, wie wir es tun. Wenn wir so fortfahren wie heute morgen, dann ist es ein Kompromiß zwischen unsern und Ihren Wünschen. Wenn Sie es nicht wollen, dann können wir auch eine andere Politik einschlagen.

Zur Geschäftsordnung

Miller (R.): Es wird von Herrn Wenhold Klage geführt, daß wir den ganzen Tag über Dringlichkeitsanträge geredet haben. Wenn Sie dem aus dem Wege gehen wollen, dann gestalten Sie die Geschäftsordnung so um, daß noch heute der Antrag der U. S. erledigt werden kann. Die ganze Debatte hat sich hier um die Streitgeschichte gedreht. Ich glaube, die Versammlung hat das größte Interesse an diesem Antrage. Ich ersuche Sie, diesen Antrag jetzt zuerst zu verhandeln. Wenn mir etwas unterstellt wird, ich hätte absichtlich dies so gemacht, so muß ich erklären, daß ich es heute morgen nicht anders aufgefaßt und nicht anders verstanden habe, als daß die Dringlichkeitsanträge zuerst behandelt werden, und daß dann in die Tagesordnung eingetreten wird. Wenn ich das falsch verstanden habe, so kommt das daher, daß der Präsident andauernd nach rechts redet.

Zur Geschäftsordnung

Klawitter (U. S.): Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie man mir den Vorwurf der Fälschung machen kann. (Präsident: Den habe ich zurückgewiesen.) Ich habe doch eben die Tatsachen

Kargelegt. Nach Rücksprache mit dem Herrn Präsidenten habe ich angenommen, daß beabsichtigt sei, in meinem Sinne die Tagesordnung festzusetzen. Das Protokoll liegt so noch vor, wie es wahrheitsgemäß aufgestellt worden ist.

Zur Geschäftsordnung

Lüdeking (U. S.): In diesem Falle handelt es sich wirklich um keine Obstruktion. Wenn Sie sich die Sache ruhig, objektiv überlegen, dann müssen Sie sagen, daß es so ist. (Zuruf: Ansichtssache!) Es ist keine Ansichtssache, Herr Degenhardt. Ich möchte es wenigstens nicht aussprechen, daß es nicht jedes bremischen Staatsbürgers Pflicht wäre, in erster Linie doch zu versuchen, diese unerträglichen Zustände in Bremen zu beenden. (Sehr richtig! Zuruf: Die Schuldigen sind Sie!) Ich garantiere, daß wir gern die Hand zu Verhandlungen bieten wollen. Allerdings, auf dem Wege wird es nicht gehen, daß man den andern einfach niederknüpelt, und daß man von ihm verlangt, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Nein, so wird es nicht gehen, wohl aber auf dem Wege der Verhandlungen. Und darum, meine Damen und Herren, kann es in diesem Augenblick nichts wichtigeres geben, als diesen Antrag anzunehmen. Sonst laden Sie den Verdacht auf sich, daß Sie derartige Verhandlungen nicht wollen.

Zur Geschäftsordnung

Henke (U. S.): Der Antrag würde sehr schnell erledigt werden können, wenn wir die Ueberzeugung haben könnten, daß sämtliche Parteien dafür sind oder doch die Mehrheit. Wenn die Parteien hier rechts von mir die Erklärung abgeben können, daß sie für den Antrag sind, daß sie also eine solche Kommission eingesetzt wissen wollen, dann kann die Sache in zehn Minuten erledigt werden. Der andere Antrag, auf Entschädigung der Opfer, wird zweifellos eine größere Debatte verursachen, und daher muß ich bei meiner Auffassung bleiben.

Zur Geschäftsordnung

Waigand (M.-S.): Meine Damen und Herren! Wenn Herr Lüdeking sagt, daß mit dem 21er-Ausschuß verhandelt werden solle, so trifft er nicht das richtige. Der 21er-Ausschuß hat seinerzeit die Erklärung abgegeben, daß er sich nicht mit politischen, sondern nur mit wirtschaftlichen Forderungen beschäftige. (Präsident: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung.) Ich wollte nur erklären, daß man mit politischen Faktoren nicht verhandeln kann, wenn man selbst der politische Faktor sein will, der doch die Nationalversammlung sein muß. Daher ist es erklärlich, daß wir nicht für den Antrag sein können. Wir können uns als Mehrheit nicht jeden Tag die Tagesordnung anders vorschreiben lassen, und es wäre ein Schauspiel, wenn wir uns unsere Arbeit von der Minderheit immer vorschreiben lassen wollten. Darum sind wir dafür, daß die Tagesordnung weiter

geführt wird, und daß der Antrag dann an die Reihe kommt, wie es in der Tagesordnung vorgesehen ist.

Präsident: Wir treten in die Tagesordnung ein.

1. Punkt der Tagesordnung

Antrag auf Entschädigung der Opfer des 4. Februar.

Präsident: Herr Bögeding, sind Sie damit einverstanden, daß wir Ihrem Antrage folgende Fassung geben:

Die bremische Nationalversammlung beauftragt den Senat, für die Entschädigung der Opfer des 4. Februar (sowohl der Verwundeten wie auch der Hinterbliebenen der Verstorbenen) Sorge zu tragen.

Bögeding (U. S.): Jawohl!

Göze (U. S.): Der Antrag ist nicht nur eine Forderung der U. S., sondern auch der Kommunisten, er ist die Forderung aller streitenden Arbeiter und Beamten. Ich hoffe, daß Sie diesen Antrag nicht behandeln, wie die provisorische Regierung die Hinterbliebenen der Opfer des 4. Februar behandelt hat. Die Leute, die jetzt noch sich als Vertreter der Arbeiter hinstellen, als Arbeiterfreunde, haben diese Hinterbliebenen in höhnischer Weise behandelt. Trotzdem von den U. S. alles versucht worden ist, das ungeheure Blutbad am 4. Februar zu verhindern, hat man diesen Leuten entgegengehalten: Seht hin zu denen, die das Blutbad verschuldet haben, nämlich zu dem Genossen Henke. Nicht bloß meine Partei und die Partei der Kommunisten, sondern auch Herr Waigand und seine Freunde, die damals Beauftragte waren, haben damals Richtlinien für eine Vereinbarung getroffen, die folgendermaßen lauteten:

1. Rücktritt der jetzigen Regierung und Bildung einer neuen Regierung, die zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Wahl des A- und S-Rats.

2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren. Die Kommandostelle der Sicherungstruppen unterstellt sich voll und ganz der paritätisch zusammengesetzten Bremer Regierung.

3. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in den jetzigen Stellungen zu verbleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu behindern. Nach dem Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.

Dieser Resolution hat auch Herr Waigand zugestimmt hier in der Börse, wo Lindau den Vorsitz führte. Es wurde beschlossen, mit der jetzigen provisorischen Regierung, den damaligen fünf Mitgliedern der provisorischen Regierung, eine Vereinbarung mit der bremi-

schen Arbeiterschaft zustande zu bringen, und bei einigermaßen gutem Willen dieser fünf Leute wäre es auch gelungen, das Blutbad zu verhindern. Aber, meine Herren, was nützte alles Telephonieren: Deichmann war in Verden und wollte unter keinen Umständen, daß die U. S. und Kommunisten in die Regierung eintraten, sondern daß die Kommunisten und die U. S. vollständig unterliegen sollen. Ich stelle die Anfrage an Deichmann und Winkelmann, was sie im Quartier Gerstenbergs zu tun hatten. Sie können es nicht von der Hand weisen, wenn Ihnen von den Arbeitern gesagt wird, daß jene fünf Männer die Mörder der 30 Arbeiter sind. Wir verlangen Auskunft darüber, was diese fünf Leute von der provisorischen Regierung in Verden getan haben. Es ist bedauerlich, daß nach allem Material, das uns vorliegt, festgestellt worden ist, daß diese Leute das Blutbad verschuldet haben. Sie haben auch die Arbeiterfrauen mit höhnischen Redensarten abgefertigt. Durch alle diese Sachen ist ein Zusammenarbeiten der U. S. und der M.-S. ungeheuer erschwert. Eine solche Erschwerung ist auch bei den Arbeiten des Hilfsausschusses zu verzeichnen. Das hat sich auch bei der Beerdigung der Opfer gezeigt. Es wurde den Leuten verweigert, die Leichen gemeinschaftlich beerdigen zu lassen. Dieser Wunsch bestand, weil doch die Gefallenen für ihre Ueberzeugung gekämpft hatten. Diese gemeinschaftliche Beerdigung wurde von der provisorischen Regierung verboten, sie setzte sich mit der Friedhofsdeputation in Verbindung und gab Befehl, wenn Leute kämen und die Genehmigung zur gemeinschaftlichen Beerdigung haben wollten, sie das einfach ablehnen solle. Erst nach Eingreifen des Hilfsausschusses änderte die provisorische Regierung ihren Standpunkt und — Gerstenberger erlaubte die gemeinschaftliche Beerdigung. Meine Herren und Damen! Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht umhin, an einem Beispiel Ihnen zu zeigen, wie reaktionär die fünf Männer damals regiert haben. Es handelt sich um einen Marinesoldaten namens Wessels. Nachdem durch einen Arzt festgestellt worden war, daß der Mann vier Schüsse erhalten hatte und tot war, fand die Beerdigung des Soldaten statt. Aber am andern Morgen ordnete die Friedhofsinspektion unter Zustimmung der Regierung an, daß seine Leiche wieder aus der Erde herausgenommen wurde. Dagegen wäre ja nichts einzuwenden gewesen, wenn es sich etwa darum gehandelt hätte, festzustellen, ob der Soldat erschlagen oder auf andere Weise getötet sei. Es sollte aber nur festgestellt werden, ob dies die Leiche eines Soldaten oder eines Arbeiters wäre. Die Frau des Soldaten ist an mich herangetreten und hat mir gesagt: „Nun sehen Sie, mein Mann ist schon sechs Tage außerhalb der Erde.“ Da habe ich mich mit der Friedhofsinspektion in Verbindung gesetzt. Die Friedhofsinspektion teilte mir mit, daß ihr diese Situation peinlich wäre, und fragte mich, ob ich nichts tun könnte. Ich habe die Herren gefragt, um was es sich denn handelt, warum der Tote noch über der Erde sei. Es wurde mir dann

gesagt, es sollte festgestellt werden, ob es ein Soldat oder ein Spartakist sei. Meine Damen und Herren! Ich habe dann die Friedhofsinpektion gefragt: Was stellen Sie sich denn unter einem Spartakisten vor? Vielleicht einen Mörder oder Plünderer? Dann lenkte man ein und sagte, es sollte festgestellt werden, ob es sich um einen Arbeiter oder um einen Soldaten handle. Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß es noch etwas reaktionärer gibt. Man sollte es nicht für möglich halten, daß so etwas im 20. Jahrhundert unter einer sozialistischen Regierung noch möglich ist.

Die Hinterbliebenen der Toten, die gefallen sind, wurden selbstverständlich ebenso wie die Inhaftierten und die Verwundeten mit höhnischen Redensarten abgefertigt, ihre Anträge abgelehnt. Schlimmer noch, viel schlimmer wie die Kosaken in Ostpreußen hat man die Gefangenen behandelt. Ich erinnere an den Fall Bohlmann (?). Als der gefangen war, mußte er stundenlang dastehen mit erhobenen Händen, und wenn er ermüdet die Hände fallen ließ, wurde er gezwungen, sie wieder hochzuheben, und als er sie doch wieder sinken ließ, hinterrücks erschossen. Wir fordern die Regierung auf, die Einzelheiten dieses Mordes an dem Arbeiter Bohlmann festzustellen. Der Mörder war von der Marinebrigade II, erstes Bataillon unter dem Major von Wrangel. Wir fordern von der jetzigen Regierung, daß sie so schnell wie möglich eingreift. Das ist aber nicht der einzige Fall. Soldaten haben Arbeitern, die auf Seite der Arbeiter gekämpft hatten, als sie festgenommen wurden, alles vom Leibe abgenommen. Das ganze Material wird nächstens der Regierung eingesandt werden, woraus sie ersehen wird, wie man die Arbeiter ausgeplündert hat. Einem Arbeiter ist alles genommen, das Unterhemd, die Mütze, ein Spiegel, Zigaretten, die Brieftasche usw. (Zuruf.) Ja, das ist festgestellt und kann durch Zeugen erhärtet werden! (Zuruf: Welche Zeugen?) Die es gesehen haben und bereit sind, ihr Zeugnis beizubringen. Meine Damen und Herren! Ich bin in Rumänien gewesen und habe gesehen, wie die ersten Gefangenen aus Rußland angebracht wurden. Ich habe mit diesen Leuten Rücksprache genommen über ihre Behandlung. Ich habe auch Rücksprache genommen mit Leuten, die in englischer Gefangenschaft gewesen sind. Alle diese Leute sind aber nicht so behandelt, wie hier Deutsche ihre eigenen Landeskindern behandelt haben. Sie haben die erste Zeit auch nicht einmal Lebensmittel erhalten. Es handelt sich bei diesen Gefangenen doch nicht um Verbrecher, sondern um rein politische Gefangene. Diesen politischen Gefangenen mußten unbedingt die Rechte zukommen, die sonst politischen Gefangenen zustehen. Diese Gefangenen durften z. B. nicht rauchen, sie durften täglich nur eine halbe Stunde mit den Händen auf den Rücken herumlaufen, sie wurden wie die schwersten Verbrecher behandelt. Und was die Kost dieser Leute, die hinter Gittern sitzen, anlangt, so erhielten sie eben so viel, um nicht zu verhungern. Die Kost bestand meistens

aus Steckrüben in Wasser gekocht. Eine solche Kost haben unsere Gefangenen weder in England noch in Rußland gehabt. Ich kann nicht umhin, noch einen Fall zu schildern, wie die Soldaten am 4. Februar gehaust haben. Es handelt sich um einen Arbeiter, der auf unserer Seite gekämpft hatte. Seine Frau ist nachts 12 Uhr . . .

Präsident: Herr Göze, wäre es nicht möglich, daß Sie sich etwas mehr an das Thema halten.

Göze: Ich meine, das gehört zu dem Thema.

Präsident: Ich möchte Sie aber bitten, sich etwas zu beschränken.

Göze: Ich möchte Ihnen auch diesen Fall noch vor Augen führen. Er zeigt, wie notwendig es ist, daß diese Frau und diese Leute, die man eingesperrt hat, entschädigt werden müssen. Ein Offizier erschien nachts in einer Wohnung und klingelte. Als die Frau öffnete, setzte er ihr den Revolver auf die Brust und sagte: Wo ist Ihr Mann? Die Frau erwiderte: Ich weiß nicht. Da sagte dieser Herr Offizier: Du Sau, Du Biest, Du lügst noch? Meine Damen und Herren! Sie können das nicht abstreiten. Diese Frau wurde nachts um 12 Uhr von ihren vier Kindern weggenommen und 15 Stunden eingesperrt. Mit besonderer Abscheulichkeit sind alle die Gefangenen behandelt worden, die am Ostertor gefessen haben. Am Ostertor haben speziell die Marinesoldaten gefessen. Ich sollte meinen, daß mancher unter uns gerade ihnen sein Leben zu verdanken hat. Wenn diese nicht gewesen wären und hätten die Revolution in Gang gebracht, so hätte manche Frau ihren Mann und manche Mutter ihren Sohn noch verloren. Diese Soldaten hat man am abscheulichsten behandelt. Es war uns als Hilfsausschuß überhaupt nicht möglich, Liebesgaben heranzubringen. Genau so wie die Gefangenen behandelt worden sind, sind selbstverständlich auch die Verwundeten behandelt worden. Eine Eingabe an das Medizinalamt — Professor Tjaden ist ja noch da, er kann es ja bestätigen —, daß die Verwundeten Liebesgaben erhalten sollten in Form von Schokolade, Keks, Bonbons usw., ist glatt abgelehnt worden. Dafür sind die Regierungstruppen mit derartigen Liebesgaben weiblich überfüttert worden. Sie sind derartig bedacht worden, daß Herr Winkelmann ihnen sogar Sparlaffenbücher überreicht hat. Wir verlangen Auskunft, woher diese Gelder stammen.

Winkelmann (M.S.): Das ist erlogen; ich habe keine Sparlaffenbücher verteilt.

Vizepräsident Klenke: Herr Senator Winkelmann, Sie haben das Wort „gelogen“ gebraucht; ich muß diesen Ausdruck rügen.

Göze, fortfahrend: Wenn Herr Winkelmann sagt, daß es gelogen sei, dann nehme ich es ihm nicht übel, denn er hat immer gelogen. Die Kranken sind genau so behandelt worden wie die Gefangenen. Es ist festgestellt worden, daß Leute aus dem Lazarett entlassen

worden sind, die absolut noch nicht geheilt waren. Ein Soldat aus Begeßack wurde entlassen mit der Begründung, er sei gesund; in Begeßack ist er wieder ins Lazarett eingeliefert worden. So hat man die Arbeiter damals behandelt. Diese Opfer des 4. Februar müssen unbedingt entschädigt werden. Ebenso gut wie die Angehörigen der Regierungstruppen vom Staate unterstützt werden, ist es auch Pflicht, daß die Angehörigen der gefallenen Arbeiter vom Staate unterstützt werden. Wir fordern, daß sämtliche Kosten, die daraus entstanden sind, dem Staat zur Last fallen. Es sind heute noch 16 Frauen mit 26 Kindern zu unterstützen. Es kommt hinzu, daß 10 Verwundete dem Erwerbsleben nicht mehr zugeführt werden können. Auch diese müssen in Zukunft unterstützt werden. Hinzu kommen die Opfer, die jetzt von den Regierungstruppen verursacht werden, auch diese müssen vom Staate unterstützt werden. Die Arbeiterschaft, die während dieser Zeit große Opferbereitschaft gezeigt hat, wird in Zukunft auch noch ferner Opfer aufzubringen haben. Aber wir stehen auf dem Standpunkt, daß es Sache des Staates ist, die Opfer des 4. Februar zu entschädigen. Ich möchte Sie also ersuchen: nehmen Sie den Antrag an, behandeln Sie die Opfer des 4. Februar nicht so, wie es die provisorische Regierung getan hat, sondern entschädigen Sie sie. (Beifall links.)

Richter Henrici (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der zur Verhandlung stehende Antrag fordert die Entschädigung der Opfer des 4. Februar und zwar auf Kosten des bremischen Staates. Ich weiß nicht, ob den Herren Antragstellern bekannt ist — ich nehme an, daß es nicht der Fall ist —, daß auch die Reichsregierung sich bereits mit dem Ausgleich der Revolutionschäden befaßt und die Angelegenheit so weit gefördert hat, daß dem Staatenaußschuß der Entwurf eines Gesetzes über die durch die inneren Unruhen verursachten Schäden vorgelegt ist zwecks Weitergabe an die deutsche Nationalversammlung. Meine Damen und Herren! Dieser Entwurf liegt mir im Druck vor, er ist mir zugänglich geworden, weil ich Mitglied der bremischen staatlichen Kommission zur Feststellung der Aufrührerschäden bin. Aus diesem Entwurf kann ich Ihnen mitteilen, daß er zunächst Bestimmungen enthält über die Verteilung der Haftung, und zwar gehen die Bestimmungen dahin, daß er ein Drittel der Haftung dem Reich überträgt, ein Drittel dem Staate und ein Drittel der Gemeinde. Hier würden also Bremen zwei Drittel treffen, weil hier Staat und Gemeinde zusammenfallen. Außerdem enthält dieser Entwurf Bestimmungen über den Umfang der Haftung. Hier geht mir der Entwurf in einer Beziehung nicht weit genug, wenn er sagt: Die Beihilfen werden gewährt, wenn und insoweit durch die Schäden das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet wird. Das würde also bedeuten: nur diejenigen, die im höchsten Maße bedürftig sind, können eine Entschädigung erhalten. Das scheint mir weder ausreichend noch

gerecht zu sein. Ferner enthält der Entwurf eine Unklarheit. Er sagt nämlich bezüglich der Höhe der Entschädigung: Er gibt sich bei der Ermittlung der Schäden, daß bei der Entstehung ein Verschulden des Betroffenen mitgewirkt hat, so unterbleibt die Entschädigung. Ich weiß nicht, was der Entwurf damit sagen will. Wenn er sagen will, daß jede Beteiligung am Kampfe ein Verschulden ist — was ich anzunehmen habe — dann würde sich das ja auch gegen diejenigen Kämpfer richten, die auf Seiten der Regierung gekämpft haben. Ich meine, diese Unklarheit muß beseitigt werden, und dazu haben die Parteigenossen der Herren Antragsteller eine gute Gelegenheit in der deutschen Nationalversammlung. Vielleicht nimmt sich Herr Henke selbst der Sache an. Es ist doch eine sehr dankenswerte rednerische Aufgabe für ihn, für den Antrag seiner Partei in der deutschen Nationalversammlung einzutreten. Wenn ihm kein Erfolg beschieden sein sollte, steht ja nichts im Wege, daß wir nachher ein bremisches Zusatzgesetz machen, welches die Haftung über das Reichsgesetz hinaus erweitert. Ich meine aber: heute bei dieser Sachlage, wo dieser Entwurf den Reichsinstanzen bereits vorliegt, können wir hier nicht Stellung nehmen, sondern wir müssen erst das Schicksal des reichsgesetzlichen Entwurfs abwarten. Ebensovienig wie wir eine bremische Verfassung erlassen können, bevor die Reichsverfassung hergestellt ist, ebensovienig dürfen wir ein bremisches Entschädigungsgesetz verabschieden, bevor nicht das Reichsgesetz erlassen ist. Schon finanzpolitisch können wir gar nicht verantworten, daß wir in demselben Moment, in dem das Reich sich anschickt, einen Teil der Haftung zu übernehmen, diese ganze Haftung dem bremischen Staate aufbürden wollen. Weil ich annehme, daß der Herr Antragsteller diese Rechtslage nicht übersehen hat, möchte ich an ihn die Bitte richten, seinen Antrag zunächst zurückzustellen. Damit wird gar keine Zeit verloren. Denn man könnte ja — und diese Anregung möchte ich hiermit geben — der Kommission zur Feststellung der Aufrührerschäden den Auftrag geben, das notwendige Material zu sammeln und zu sichten, welches wir haben müssen, bevor wir das Gesetz erlassen können. Diese Kommission hat im übrigen ihre Arbeiten abgeschlossen, und es scheint mir unmittelbar zur Sache zu gehören, wenn ich hier ein paar abschließende Zahlen über die Tätigkeit der Kommission mitteile. Danach sind bei der Kommission im ganzen 741 Schadenanmeldungen eingetroffen. Darunter sind 617 Sachschäden, die infolge der Beschädigung entstanden sind, und zwar mit einer Gesamtschadenssumme von 1 173 072,87 M. Meine Damen und Herren! Die Zahlen haben einer vorläufigen Prüfung standgehalten, sie werden sich also nur wenig nach unten verschieben. Dann kommen 35 Fälle von Plünderungen mit einem Gesamtschaden von 230 202,60 M. Weiter kommen 47 Fälle von sogenannten Requisitionen, die nachher nicht gedeckt worden sind, mit einer Gesamtsumme von 22 251,15 M. Insgesamt belaufen sich also die angemeldeten Sach-

Schaden auf etwa 1½ Millionen Mark. Weiter kommen hinzu die Personenschäden. Ich betone hier ausdrücklich, daß sich bei uns die Personen, die an den Kämpfen beteiligt waren, nicht gemeldet haben mit Ausnahme eines einzelnen Falles. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Beteiligten selbst das Gefühl hatten, daß sie nach dem bestehenden Gesetz keinen Entschädigungsanspruch geltend machen können. Deswegen ist ja auch vollkommen richtig von den U. S. der Antrag gestellt, ein besonderes Entschädigungsgesetz zu schaffen. Unbeteiligte Personen, die geschädigt sind, haben sich 42 gemeldet. Dazu zählen bedauerlicherweise 16 Todesfälle; die übrigen sind Verwundete. Die Höhe der Schadensbeträge läßt sich hier noch nicht feststellen, weil die Betroffenen selbst noch nicht angeben konnten, welche Summen von ihnen beansprucht werden. Immerhin liegt für jeden einzelnen Fall das Material vor. Es liegt aber nicht vor für die Fälle, die Sie entschädigt zu sehen wünschen, und deswegen ist es unbedingt erforderlich, ehe wir das Gesetz erlassen, daß auch dieses Material beschafft wird. Damit können Sie die Kommission beauftragen. Wir müssen erst die Unterlagen haben, bevor wir das Entschädigungsgesetz erlassen, weil wir wissen müssen, welche Mittel erforderlich sind. Wir können nicht blindlings beschließen, entschädigen zu wollen, wenn wir nicht gleichzeitig die Mittel bereitstellen. Ich bitte Sie also: lassen Sie uns hier einmal praktische Arbeit leisten und die Redeschlacht abbrechen. Ich spreche nicht gegen Ihren Antrag. Ich bin überzeugt: die Verständigung ist möglich. Ich sagte vorher, daß in einem einzigen Falle eine Schadensanmeldung von einem Beteiligten erfolgt sei. Das war die Witwe eines gefallenen Kämpfers auf Seiten der Truppen des Rates der Volksbeauftragten. Diese Frau schrieb uns: „Ich habe meinem Manne immer gesagt: geh' nicht dazwischen. Er hat es doch getan. Jetzt sitze ich mit meinen Kindern in meinem Elend. Sie werden mich nicht trösten lassen, was ein anderer zu beantworten hat.“ Ich glaube, diese einfache Frau hat die Brücke geschlagen, über die schreitend wir uns sehr wohl verständigen können. Es ist noch eines zu bedenken: wir dürfen doch nicht die auf der Straße Gefallenen bevorzugen vor denjenigen, die im Felde gefallen sind; wir müssen auch eine Gleichstellung vornehmen mit den Kriegern, die ihre Ansprüche nur auf Grund der Kriegsverordnungsgeetze stellen können. Das gehört auch in das Gesetz hinein, genau so, wie der Reichsentwurf vor schreibt, wie entschädigt werden soll. Es würde schließlich in der Bevölkerung nicht verstanden werden, wenn wir die Entschädigung der an den Kämpfen Beteiligten vorwegnehmen vor der Entschädigung der unbeteiligten Leute. Das würde sehr viel böses Blut machen. Ich bitte Sie also: lassen Sie erst durch die Kommission die Grundlage für das Gesetz schaffen. Bevor die Ermittlungen abgeschlossen sind, wird, davon bin ich überzeugt, der Bau des Gesetzes durch die deutsche Nationalversammlung bereits erfolgt sein. Wenn er

uns nicht genügt, so können wir ja noch einen bremischen Anbau machen. Finde ich keine Gegenliebe mit meiner Anregung, dann stelle ich hiermit zugleich namens meiner Freunde den folgenden Antrag:

Die bremische Nationalversammlung vermag die Beschlußfassung über den Antrag auf Entschädigung der Opfer des 4. Februar bis zur Verabschiedung des Reichsgesetzes über die Revolutionsschäden. Sie beauftragt die Kommission zur Feststellung von Aufbruchschäden, inzwischen die Schäden der an den Kämpfen beteiligten Personen oder deren Hinterbliebenen festzustellen.

Vizepräsident Klenke: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, mache ich bekannt, daß uns die Stadtwehr eine Bekanntmachung zur Verfügung gestellt hat, die hier im Saale angebracht ist. Ich beschränke die Debatte auf den Antrag Henrici.

Peine (M.-S.): Meine Damen und Herren! Der Begründer des Antrages der U. S. auf Unterstützung der Opfer des 4. Februar hat sich nicht darauf beschränkt, die Notwendigkeit einer solchen Unterstützung zu betonen, sondern er hat gleichzeitig die Schuldfrage aufgeworfen. Ich hatte die Absicht, durch eine kurze Erklärung zu dieser Materie und diesem Antrage Stellung zu nehmen; nachdem aber die Materie durch Aufwerfung der Schuldfrage erweitert worden ist, kann ich nicht umhin, mit einigen Ausführungen darauf einzugehen.

Wie alle Dinge, so hat auch der 4. Februar eine Vorgeschichte, und das Studium und die Kenntnis dieser Vorgeschichte bilden die Grundlage mit zur Feststellung der Schuldfrage. Kennt man die Vorgeschichte, untersucht man sie, zieht man die Folgerungen daraus, dann erhält man erst den Hebel, mit dem man der Schuldfrage beizukommen vermag.

Als die Revolution sich durchgesetzt hatte und im allgemeinen die Tatsache festgestellt worden war, daß das Alte nicht mehr bestand und das Neue seinen Einzug halten sollte (Miller: Wieder das Alte!), hatten die fortschrittlich Denkenden und namentlich die Sozialisten die Pflicht und Schuldigkeit, sich zu überlegen, was an Stelle des Alten nunmehr erstehen sollte. Es waren ordnende Hände notwendig. Das Alte war gefallen überall, wohin wir blicken. Im alten Staat standen die Arbeiter im öffentlichen Leben unter Zwang. Die Revolution hatte diesen Zustand beseitigt. An Stelle des Zwanges muß etwas anderes treten, und zwar das Pflichtgefühl und die freiwillige Disziplin. (Sehr gut!) Das Pflichtgefühl schon aus dem Grunde, weil jetzt der einzelne Mann seine Tätigkeit aus eigenem Antrieb heraus leisten mußte und leisten sollte. Zu gleicher Zeit waren höhere Leistungen notwendig, weil eine höhere Kultur von dem neuen Zustande erwartet wurde. Prä-

fen wir einmal nach, ob diese ordnenden Hände vorhanden gewesen sind. An der Schwelle der neuen Zeit ist nicht das Banner der Einigkeit aufgepflanzt, sondern an der Schwelle stand das Banner der Zwietracht bei denen, die die Revolution in die Lebenslinie bringen sollten. Dieses Banner der Zwietracht ist nicht von uns aufgerichtet worden, sondern es ist aufgerichtet von den Parteien, die in dieser Nationalversammlung und auch in anderen in Opposition sind. In der vorrevolutionären Zeit war eine Grundforderung aller Sozialisten: Veränderung der Verhältnisse auf demokratischer Grundlage zum Sozialismus. (Sehr richtig!) An die Schwelle der Revolution wurde aber die Streitfrage gestellt: Demokratie oder Räterepublik? Wenn man eine höhere Kultur will, muß man sie aus den Seelen der vorhandenen Menschen herausarbeiten, aber nicht das wecken, was die Kultur unterdrückt, das Tier im Menschen, die Bestie. Man soll die Kultur im Menschen heben, nicht in dem Sinne auf ihn einwirken, daß die niedrigen Instinkte zum Durchbruch kommen. (Zuruf von links: Ein Vortrag über Moral!) Einer hat dem andern bösen Willen vorgeworfen. Acht Tage, nein zwei Tage nach der Revolution schieden sich schon die Meinungen. Die Linksparteien haben uns Verrat vorgeworfen. Das war Ihre Meinung, das haben Sie ausgesprochen, es aber zu beweisen, hatten Sie keine Möglichkeit. (Zuruf von Hente(?): Das habe ich nie gewollt!) Aber es ist Tatsache: Sie haben wie anderswo auch in Bremen die Zwietracht großgezogen. (Sehr richtig!) Sie haben denen, die gemeinsam mit ihnen für die Demokratie jahrzehntelang gewirkt haben, Ihren früheren Genossen, die schärfsten Vorwürfe gemacht, sie mit allen Mitteln bekämpft, und das gerade in dem Augenblick, wo es das Neue zu verantern galt. (Zuruf von links: Der 4. Februar!) Das ist die Vorgeschichte des 4. Februar. Alle das haben wir hier erlebt, und alle diese Dinge können Sie nicht bestreiten. In dem Augenblick, als die deutsche Nationalversammlung gewählt war, als das Volk gesprochen hatte, war für jeden Sozialdemokraten die Frage des Rechts- und des Machtzustandes im deutschen Reiche entschieden. War sie auch für Sie entschieden, meine Herren? Nein, Sie haben die Entscheidung mit dreister Stirn verleugnet, mit Worten, die unsere Parteigenossen zu Verbrechern stempeln sollen. Wo sind die Verbrecher? Sind es die, die mit der Waffengewalt Verbrechen, Eingriffe in die Lebensbedingungen der Gesamtheit zurückweisen? Oder sind es nicht vielmehr diejenigen, die den Aufstieg zu höherer Kultur verhindern? Schon seit alter Zeit, schon zur Zeit eines Plato bis in unsere Zeit hinein hat man als Verbrecher diejenigen angesehen, die gegen die Lebensbedingungen eines Volkes verstoßen. (Miller: Haben Sie nie etwas vom Klassenkampf gehört?) Sind das Verbrecher, die die Rechtsgrundlage und die Lebensbedingungen, die durch die Entscheidung des Volkes geschaffen sind, schützen, oder diejenigen, die in diese Lebensbedingungen störend eingreifen, die mit den verwerflichsten Mitteln diese Lebens-

bedingungen vernichten wollen? (Sehr gut!) Wir wollen uns klar sein, meine Damen und Herren, wie wir zueinander stehen. Wäre ich der Ueberzeugung, daß die Männer, die Sie als Verbrecher bezeichnen, Verbrecher wären, ich stände nicht hier in diesen Reihen. Ich stehe hier, weil ich der Ueberzeugung nicht bin. Ich werde beweisen, warum ich Ihnen nicht folgen kann. Wie war es vor dem 4. Februar? Ich will nicht auf alle Dinge eingehen, sondern nur auf einige Tatsachen hinweisen, die uns bewiesen haben, daß bei Ihnen, (nach links) meine Herren, wohl der Geist und die Kraft der Kritik besteht, aber nicht die geringste schöpferische Kraft. Während der 82 Tage Ihrer Regierung und Ihres Wirkens in Bremen haben Sie nur zerstört und nichts aufgebaut. (Zuruf von links: Wer hat den die Revolution gemacht?) Der sozialistischen Regierung treten Sie überall entgegen! Genügt es denn, irgend etwas vernichtet zu haben? Ist das schöpferische Kraft? Ueber die Leute, die in Bremen damals ans Ruder gebracht sind, hat man sich in Delmenhorst fast totgelacht. In Bremen wurde die Räterepublik ausgerufen. Das war ein Unfug, und Sie, Herr Hente, haben selbst geschrieben, daß das ein Unsinn gewesen sei. Es geht nicht, daß wir mit Bremen wie ein Tier auf dürrer Heide alleinstehen, wir sind angewiesen auf unsere Umgebung. (Garves: Sie werden ja so kleinlaut, meine Herren! — Tumult links. Präsidant: Ich bitte um Ruhe!) Die Dinge liegen so: wenn man eine derartige Einrichtung in einem Staatswesen wie dem unsrigen trifft, im Gegensatz zur Reichsregierung, wenn man etwas derartiges vornimmt, und selbst weiß, daß einem dazu die staatsmännische Weisheit fehlt, so ist das eine äußerst bedenkliche Handlung. Der ganze Rätesputz ist die Folge eines völlig schematischen Denkens. Von Rußland aus wurde den Arbeitermassen die Idee einer Räterepublik suggeriert, und den Arbeitern wurde die Ueberzeugung beigebracht, daß sie die Pflicht hätten, die Räterepublik in Bremen zu schützen, auch gegen die Reichsregierung. Die Reichsregierung, die die Aufgabe hat, für das Wohl und Wehe des gesamten Reiches zu sorgen, konnte einer Bewegung, die der Gesamtheit schadet, selbstverständlich nicht gleichgültig zusehen, sie durfte nicht untätig zusehen, daß in Bremen solche staatsmännischen Experimente gemacht wurden, daß ein Eingriff vorgenommen wird in die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches, in die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches deshalb, weil von dem Augenblick der Proklamierung der Räterepublik in Bremen gewissermaßen der Anstoß gegeben werden sollte, gemeinsam mit Braunschweig eine nordwestdeutsche Räterepublik im Gegensatz zur Reichsregierung zu schaffen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: hätte die Reichsregierung nicht ihre Pflicht verletzt, wenn sie sich dieser Gefahr gegenüber nicht zur Wehr gesetzt hätte? (Zuruf: Selbsterhaltungstrieb!) Werte Anwesende! Ich höre den Zwischenruf: Selbsterhaltungstrieb. Der Zwischenrufer meint wohl damit den Selbsterhaltungstrieb der Reichs-

regierung und der in ihr sitzenden Personen. Wer solche Zwischenrufe macht, Herr Sommer, muß damit rechnen, daß der, der sie hört, annehmen darf, daß der Zwischenrufer, wenn er da säße, sich von solchen Motiven leiten ließe. (Heiterkeit.) Dann weiter. Jetzt wurde natürlich auch bald die Finanzfrage akut. Und als die Räte ratlos wurden, (Heiterkeit) wollten sie zur Wahl einer bremischen Nationalversammlung übergehen. Einer Nationalversammlung, meine Damen und Herren! Wir wollen uns darüber klar sein: die Herren haben sich dadurch zu salvieren gesucht, indem sie gesagt haben: wir haben ja doch die Absicht gehabt, eine Nationalversammlung einzuberufen, ihr habt durch euren Angriff das doch nur selbst unterbunden, wir waren doch auf dem besten Wege, von unserm Standpunkt abzugehen. Meine Damen und Herren! Glauben Sie, daß die Herren auf dem Boden der Nationalversammlung, auf dem Boden der praktischen Sozialisierungsarbeit stehen? (Zurufe: Nein, nein! — Miller ruft: Daraus machen wir kein Hehl! Zuruf: So ein Unsinn!) Weiter: die Regierungstruppen kamen. Es wurde dicke Luft. Meine Damen und Herren! Auf einmal erinnerte man sich, daß noch Mehrheitssozialisten da waren. Auf einmal fürchte man bei den Mehrheitssozialisten wieder Anschluß, trommelte sie zu einer Sitzung zusammen, und nun sollte ein Abwehrmanöver gegen die Regierungstruppen inszeniert werden. Dieses Abwehrmanöver hat zu Verhandlungen geführt. Die Arbeiter, die nun in den Glauben versett worden waren, ihre Räterepublik sei in Gefahr, waren natürlich aufs höchste aufgebracht. Die Leute, die zur Verhandlung drüben in Verden gewesen sind, haben sich informieren können, daß dort eine gut organisierte, starke Truppe stand. Sie waren davon unterrichtet, daß die bremischen Streitkräfte einer solchen Truppenmacht keinen nennenswerten Widerstand entgegensetzen könnten, daß sie also ohne weiteres dabei den kürzeren ziehen mußten. Es gibt für die politischen Strategen in Bremen keinen andern Ausweg, als sich auf die Unzuverlässigkeit ihrer militärischen Ratgeber von damals zurückzuführen. Schlecht ausgerüstet, schlecht verproviantiert, frierend und zum Teil hungernd, haben die irregeleiteten Arbeiter, vor denen ich Respekt habe deshalb, weil sie tapfer und im guten Glauben gehandelt haben, in dem Glauben, einer guten Sache zu dienen, da draußen gestanden gegenüber einer gut organisierten Truppe. Wer will das verantworten? Wer hat das zu verantworten? (Zurufe: Deichmann!) Deichmann? Ja, meine Damen und Herren! Da hat die Logik der Linken wieder ein Loch. Ich habe mich in Bremerhaven bemüht bei den dortigen Vertrauensleuten der Matrosen, um ihnen auseinanderzusetzen: es gibt keinen Anmarsch der Regierungstruppen, wenn der Zustand, der dort in Bremen besteht, beseitigt wird. Ich glaubte damit Eindruck gemacht zu haben, glaubte, daß die Bremerhavener sich bemühen würden, in dem Sinne weitere Verhandlungen zu pflegen. Werte Anwesende! Ich habe vernommen, daß solches nicht geschehen ist. Man hat den Bremer Arbeitern die Meinung

beigebracht, sie erhielten von Hamburg, sie erhielten von Bremerhaven Unterstützung, und deswegen waren sie nicht dazu zu bewegen, von ihrem Vorhaben, sich den Regierungstruppen entgegenzustellen, abzugehen. Ich weiß nicht, ob es wahr ist; aber wenn es wahr ist, daß in Verden von einem der Volksbeauftragten erklärt worden ist: Wir sind nicht in der Lage mehr, den Arbeitern die Waffen abzunehmen, sie würden uns an die Wand stellen! wenn das wahr ist, (Zuruf: Bäumer hat das gesagt!) und ich nehme an, es ist wahr, ja, meine Damen und Herren, dann sage ich Ihnen: dieser Zustand beweist nichts anderes, als daß da schon die Anarchie in Bremen bestand, (Sehr gut!) daß diejenigen, die sich Volksbeauftragte nannten, so dastanden, daß keiner mehr wußte, wer Koch und wer Kellner war. (Zuruf: Und jetzt?) Man redet über die Schuldfrage. Ich habe sie nicht angeschnitten. Hätten Sie sich darauf beschränkt, hier lediglich Ihren Antrag zu unterbreiten, den Antrag auf Unterstützung der Geschädigten, dann wären meine Ausführungen sehr kurz gewesen. Aber, die Dinge liegen hier so, daß das Verbrechen nicht darin zu suchen ist, was Deichmann und seine Kollegen getan haben, sondern darin, daß die Voraussetzungen für ein derartiges Eingreifen geschaffen wurden von denen, die sich hier als Ankläger aufspielen. Jedenfalls liegen die Dinge so, daß wir aus Ueberzeugung an dieser Stelle stehen, daß ich mich aber ohne weiteres in bezug auf die Verurteilung der Maßnahmen der provisorischen Regierung auf Ihre Seite stellen würde, wenn das, was Sie sagen, hieb- und stichfest wäre. Sie machen es jetzt ja genau wieder so: Sie bringen den Kessel unter Druck, und wenn er dann explodiert ist, dann sagen Sie: wir wissen nichts davon! und diejenigen, die jetzt sich bemühen, alle Löcher zuzuhalten, die sind die Schuldigen. Und was da alles hier heute morgen während der ganzen Zeit der Verhandlungen zu allen möglichen Dingen von Ihnen gesagt worden ist, will ich zusammenfassen in dem einen Wort: Politische Fälschmünzerei! Alles heruntergezogen in die schmutzige Atmosphäre politischer Demagogie! (Sehr gut! Lärm.) Ich meine, so liegen die Dinge und nicht anders. Ich weiß, daß das, was ich hier sage, mich meine Lebensstellung kostet. (Sehr richtig!) Aber trotzdem sage ich es, weil ich kein Gesinnungslump bin. (Bravo! Stürmischer Beifall.) Zu der Sache selbst muß ich erklären, daß wir uns zu der Forderung so verhalten werden, wie es seinerzeit zum Ausdruck gekommen ist. Wir stimmen einer Unterstützung der Opfer vom 4. Februar grundsätzlich zu und sind für eine Kommissionsberatung zur Feststellung der Schäden und der Regelung der Unterstützungsforderungen überhaupt. (Bravo! Stürmischer Beifall.)

F a u t h (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den vorzüglichen Ausführungen meines Vorredners bleibt mir nicht mehr viel zu sagen übrig. Doch ist es notwendig, noch auf einiges hinzuweisen in Hinblick darauf, daß der Redner der U. S. hier Behauptungen aufgestellt hat, wozu er die Beweise

zu erbringen hat, wozu er sie aber nicht erbringen kann, wozu von der Gegenseite schon die Widerlegung erbracht worden ist. Trotzdem werden immer und immer wieder solche Behauptungen aufgestellt. Er hat ausgeführt, daß am 4. Februar bzw. an den Tagen vorher alles versucht worden sei, um zu einer Verständigung zu kommen. (Sehr richtig!) Er hat dabei aber unterlassen, hinzuzufügen, daß es ganz namhafte Führer von Ihrer Seite gewesen sind, die die Massen aufgehetzt haben, die Gewehre nicht abzugeben, entgegen den Versprechungen der damaligen Volksbeauftragten. Und damit haben die U. S. und die Kommunisten bewiesen, daß die Führer die Massen nicht in der Hand haben. Wenn also gesagt worden ist, es wäre alles versucht worden, um zu einer Verständigung zu gelangen, so hätten Sie damals die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gehabt, solche Führer oder Verführer unschädlich zu machen. Sie haben es unterlassen, und darum haben Sie nicht alles versucht, um eine solche Verständigung herbeizuführen. Man hat damals sogar versucht, uns gewissermaßen als den Prügelknaben zu benutzen, nachdem man uns in zwölfter Stunde noch gerufen hatte, um mit unserer Hilfe eine Vermittlung zu erreichen. Wir unsererseits haben alles Mögliche getan. Von der Gegenseite ist nicht das geschehen, was von unserer Seite geschehen ist, obgleich wir hierzu nicht die geringste Veranlassung hatten auf Grund der Vergewaltigungen, die uns zuteil geworden sind. Ich brauche gar nicht auf alle diese Vergewaltigungen einzugehen, um zu beweisen, daß am 4. Februar und an den Tagen vorher vieles faul war im Staate Dänemark. Man hat damals von Hamburg einige Kommunisten kommen lassen. Es ist vorhin der Zurschlag gemacht worden: „Es waren Mehrheitssozialdemokraten!“ Es waren Mehrheitssozialdemokraten. Und einer von denselben, namens Pool, hat in seinem Größenwahn geglaubt, nun behilflich sein zu können. Der Mann hat seine Macht kolossal überschätzt. Aber ich will Ihnen auch sagen, daß Ruch aus Hamburg dabei war, der über Sie ganz anders geurteilt hat als Pool. Dieses Soldatenratsmitglied Ruch aus Hamburg, der hier nach Bremen kam mit der besten Absicht, die Sache zu einem guten Ende zu führen, hat hier erklärt, daß in Hamburg eine ganz falsche Meinung über die Bremer Verhältnisse vorherrsche. Als er hier nur wenige Tage gewelt hatte, hat er feststellen müssen, daß die Verhältnisse hier total verfahren waren, daß sie nicht mehr anzuerkennen waren. Den Beweis hat er dadurch erbracht, daß er in Hamburg in einer Sitzung des Soldatenrats, in der er Bericht erstattet hat, die Verhältnisse ausführlich geschildert hat. Jeder, der diese Schilderung im Hamburger Echo gelesen hat, der die Verhältnisse hier miterlebt hat, der hat anerkannt, daß Ruch die volle Wahrheit gesagt hat. (Lärm.) Meine Herren, das paßt Ihnen nicht. Aber Sie sind nicht imstande, dies zu erschüttern. Ruch hat dort erklärt, daß in Bremen eine solche Anarchie herrsche, wie sie noch nirgends anders zu ver-

zeichnen gewesen sei, daß man hier keinen Kommandeur hatte, welcher auch nur annähernd die Masse der bewaffneten Arbeiter in der Hand hatte. Es war hier sogar soweit, daß man einem Kommandeur noch in der letzten Stunde das Kommando übertrug, der also die bewaffneten Arbeiter führen sollte, der nicht einmal Bescheid wußte, wo die Dichtum liegt. Als er Soldaten zur Verstärkung nach der Dichtum hinschicken wollte, da hat er nicht nach der Karte sich orientiert, sondern er hat im Rathause ratlos gefragt: Ja, wo ist denn die Dichtum? Solche Zustände haben hier geherrscht, und das ist der beste Beweis, daß Sie den Kampf mit ganz ungleichen Waffen aufgenommen haben. Die Ausführungen Ruchs wurden auch von dem Soldatenratsmitglied Broeger aus Oldenburg bestätigt. Wenn noch ein Zweifel darüber bestünde, daß ein solches Durcheinander in Bremen vor dem 4. Februar geherrscht hat, dann brauchen Sie nur einmal die Zeitschrift „Die Tat“ in die Hand zu nehmen. Da schildert der Kommunist Uphoff, welcher ein ständiger Begleiter unserer Freunde von links war, die Zustände. Der hatte die ganzen Tage im Bremer Rathause gewelt. Er schildert nun in dieser Zeitschrift das Durcheinander, wie es im Rathause geherrscht hat, eine Ratlosigkeit in höchster Potenz. Er schildert dort die Revolutionspuppen, wie sie auf der Revolutionsbühne erschienen sind und nicht ein noch aus wußten, die nicht imstande waren, ein Staatswesen, das im Entstehen begriffen war, auch wirklich entstehen zu lassen. Er schilderte auch, wie man von seiten der Volksbeauftragten das Standrecht verhängte, weil man hinter jedem Pfeiler einen Antirevolutionär sah. In Wirklichkeit war nichts von einer Gegenrevolution vorhanden. (Lachen links.) Aber man hat vom Rat der Volksbeauftragten die Befürchtung einer Gegenrevolution zum Anlaß genommen, die Arbeiter bewaffnen zu können. Und diejenigen, die diesen Vorwand dazu benutzt haben, daß sind die wahren Schuldigen vom 4. Februar. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Dr. Hertel (Chr. Bp.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus den Verhandlungen ergibt sich, daß die Mehrheit dieses Hauses prinzipiell dafür ist, daß die bedauerlichen Opfer des 4. Februar entschädigt werden sollen. Dies entspricht nicht nur der Billigkeit, sondern auch der Gerechtigkeit. Es ist dann namens der Demokraten von Herrn Richter Henrici der Antrag gestellt, die Beratung über den Antrag zu vertagen. Prinzipiell könnte man gegen diesen Vertagungsantrag nichts einwenden, wenn man nicht die Befürchtung hätte, daß die Materie durch die Vertagung über Gebühr verzögert werden könnte. Deshalb sollten wir, da derjenige doppelt gibt, der schnell gibt, die Regierung ermächtigen, je nach Lage des Falles den bedauerlichsten Opfern *a conto* von der künftigen Entschädigung vorab etwas zu geben. Sehr viele Leute sind gerade jetzt in der bedauerlichen Lage, vor allem diejenigen Hinterbliebenen, die ihren Ernährer verloren haben und nicht wissen, wie sie ihr Leben fristen sollen. Sie dürfen meines Erach-

tens nicht darauf warten, daß sie vielleicht nach einem halben Jahre oder Dreivierteljahre eine Entschädigung erhalten, sondern können mit Zug und Recht schon jetzt eine Beihilfe erwarten. Da die Regierung der Sache wohlwollend gegenübersteht, wird sie wohl einem solchen Antrage zustimmen. Ich möchte deshalb den Antrag stellen:

Die bremische Regierung wird ermächtigt, von Fall zu Fall, je nach Aufklärung des einzelnen Falles, à conto schon gewisse Vorschüsse zu geben.

Vizepräsident Klenke: Ich bitte, den Antrag schriftlich zu formulieren und einzureichen.

Miller (R.): Meine Damen und Herren! Herr Garves, der vorhin einen Zwischenruf machte, kann zufrieden sein. Die Mehrheitssozialisten haben ihr bestes Geschütz gegen uns aufgeföhren. Ich glaube, Herr Garves wird ihnen dafür dankbar sein. Herr Peine hat lange, breite Ausführungen über die Vorgeschichte des Kampfes am 4. Februar gegeben. Verehrte Anwesende! Es wird mir gestattet werden, kurz darauf einzugehen. Es ist richtig, daß grundsätzlich verschiedene politische Auffassungen bestehen. Herr Peine hätte sagen können: wir sind für eine demokratische Republik auf breiter Grundlage. Wir glauben aber nicht, daß die Sozialdemokratie im Verein mit dem Kapitalismus ihre Ziele zur Durchführung bringen kann. Scheidemann war früher auch dieser Auffassung. Als er von der Friedenskonferenz in Stockholm zurückgekommen ist, hat er in einer Rede im Reichstage erklärt: Das deutsche Volk sehnt sich durchaus nicht nach der von der Entente so hoch gepriesenen Demokratie. Die Demokratie hat sich im Laufe der Zeit zur Plutokratie entwickelt. Zwischen dem Kapitalismus und der Sozialdemokratie bestehen unüberbrückbare Gegensätze. Die Befreiung des Arbeiters kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Daher verlangen wir die Bewaffnung des Proletariats. Der Einmarsch der Gerstenbergertruppen in Bremen hat in Bremen die Reaktion wieder aufgerichtet. Aber ich glaube, das wünschen auch von den Mehrheitssozialisten nicht viele. Sie wissen, daß das, was jetzt vorgeht, die schwärzeste Reaktion ist. Was war die Ursache, daß die Truppen nach Bremen dirigiert wurden? Man sagte, die Ordnung sei in Gefahr. Jetzt ist in Bremen die „Ordnung“ wieder hergestellt. Für diese Ordnung bedanken wir uns bestens! Deichmann hat einen Blankowechsel von Noske erhalten, Truppen hierher zu holen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, die angeblich gefährdet war. Ich war selbst am letzten Abend in Berden. Dort habe ich Rhein und Dammer vor der Tür des Zimmers, wo verhandelt wurde, getroffen. Ich wußte damals noch nicht, daß Rhein und Deichmann Regierungstruppen nach Bremen holen wollten, um die Arbeiter niederzuknallen. Ich gab Rhein die Hand. Aber er mußte sich doch wohl schämen, denn er wurde blutrot im Gesicht. Er gab mir auf meine Fragen auch

keine Antwort, trotzdem schon am Abend vorher beschlossen war, daß die Mehrheitssozialisten, wenn die Waffen an die Hamburger abgegeben waren, gewillt seien, mit den übrigen sozialistischen Parteien eine Regierung zu bilden. Es war aber schon klar, daß dies auf keinen Fall geschehen würde, sondern daß die Arbeiter restlos niedergeknüppelt werden mußten. Fauth sagte, daß Ruch aus Hamburg die Wahrheit geschrieben habe. Ach, Ruch, der Mehrheitssozialist, hat dabei eine sehr traurige Rolle gespielt. Hier hat er geseßen und hat klar und deutlich erklärt, daß, wenn die Entschließung angenommen würde, er mit aller Macht dafür eintreten würde, daß die Regierungstruppen nicht einmarschieren würden, widrigenfalls er Truppen aus Hamburg absenden werde. Nun bitte ich Sie, was Ruch in Hamburg getan hat: er inhibierte die ganze Geschichte, während er hier nachdrücklich dafür eingetreten war. Das ist Verrat im wahrsten Sinne des Wortes!

Peine hat ferner gesagt und besonders betont, daß wir die Lebensbedingungen des Volkes vernichten wollten. Das ist keinem eingefallen, die Lebensbedingungen des Volkes zu vernichten. Die Kommunisten wollen einzig und allein die Produktionsweise ändern auf Grund der Tatsache, daß durch die kapitalistische Produktion die Arbeiter andauernd in der unerhörtesten Weise ausgebeutet werden. Und wir sagen: Jetzt ist die Zeit gekommen, den Kapitalismus zu erledigen, das Wirtschaftssystem auf kommunistischer Grundlage aufzubauen. Das Ziel wird auch erreicht werden, und Sie werden alle froh sein, wenn das ungeheure Kapital, das so viel Verderb und Elend gebracht hat, endgültig beseitigt sein wird. (Dr. Böhmert: Und zwei Drittel unserer Bevölkerung verhungert sind!) Es ist klar, daß das Kapital sich dagegen sträubt und daß wir deshalb die Arbeitermassen bewaffnen müssen. Darum ist die Bewaffnung der Arbeitermassen durchaus berechtigt. Und wenn man sagt, daß die bremische Republik an der Unfähigkeit der Räteregierung, wie sie Uphoff geschildert hat, zugrunde gegangen sei, da sage ich: Nein, sondern das lag an den politischen Machtverhältnissen im Reiche. Die Regierung Ebert—Scheidemann preist die Demokratie auf breiter Grundlage, sie ist daher ein Vertreter des Kapitalismus. Ich betone ausdrücklich, daß diese Demokratie in Wirklichkeit keine Demokratie ist. Auf Grund des Machtverhältnisses, auf Grund der Sammlung aller reaktionären Elemente durch Ebert—Scheidemann gegen die Revolution ist die bremische Republik zusammengebrochen. Aber die Errichtung der bremischen Republik war eine Notwendigkeit, weil in Berlin harte Kämpfe gegen die Reaktion stattfanden, und wir waren verpflichtet, für die Berliner Arbeiter einzutreten und ihnen zu nützen. Und wenn Noskes Garde die Arbeiter nicht niedergeknüppelt hätte, so hätten wir gesiegt. Wenn gesagt wird, daß die Räteregierung nicht imstande, nicht befähigt gewesen sei, die Geschäfte des Staates und die Geschicke des Staates zu leiten, so glaube ich, daß sie dazu wohl befähigt war. Wenn

Peine sagt, wir wollten die Lebensbedingungen allgemein vernichten, so ist das nicht richtig. Wir wollen die kapitalistische Produktion aus der Welt schaffen, die die Menschheit in unerhörter Weise ausbeutet. Alle Klassen ohne Unterschied müssen sich auf dieser Grundlage zusammenfinden, das ist die Aufgabe eines jeden Sozialisten. (Peine: Das ist nicht wahr: man vernichtet nicht, man wandelt um!) Unsere Schuld ist es nicht, daß die ganze Erde ein Trümmerhaufen ist. Da können Sie sich bei denen bedanken, die in der Vaterlandspartei mitgearbeitet haben. Und Sie, Herr Peine, helfen diesen Leuten. Herr Peine, verlassen Sie sich darauf: wenn Ihr politischer Wille zur Durchführung gelangt, dann wird es nicht lange dauern, und wir haben denselben Kladderadatsch wieder, wir haben noch ein größeres Völkermorden, als es jetzt stattgefunden hat. Und das zu verhindern, ist unsere heiligste Aufgabe. Uns liegt nicht nur das Wohl des deutschen Volkes am Herzen, sondern das Wohl der gesamten Menschheit. Wie die Gefangenen behandelt werden, das spotet jeder Beschreibung. Wir wundern uns aber nicht darüber. Wir sind überzeugt, daß, wenn die Arbeiter nicht in den Generalstreik eingetreten wären, die Gefangenen noch heute säßen. Sie hätten sie nicht herausgeholt, trotzdem Sie scheinheilig sagen: die bedauerlichen Opfer; trotzdem Sie sagen: es sind Helden gewesen. Gewiß waren es Helden, es waren sogar größere Helden als diejenigen, die mit Angst und Bangen in den Schützengraben gegangen sind und mit einem Fluch auf den Lippen zurück kamen. Meine Damen und Herren! Darf man da einmal fragen: was ist denn eigentlich ein Held? Ein Held ist nach allgemeiner Meinung derjenige, der für seine Ueberzeugung oder für irgend eine Sache das äußerste einsetzt, und wenn es das äußerste, sein Leben, wäre, der, wenn er sein Leben einbüßt, noch im Tode ausruft: ich würde auch noch ein zweites Leben opfern! Aber sind das Helden, die mit schlotternden Knien, mit Angst und Bangen im Kontor oder an der Hobelbank auf den roten Schein gewartet haben? Das sind keine Helden, das sind Knechte des Kapitalismus, die man hinaus gezwungen hat ins Feld, die man mit Kanonen und Maschinengewehren hinaus gezwungen hat, und die nun mit denselben Mitteln der Sklaverei getötet werden. Vergessen Sie es nicht, meine Herren von den Mehrheitssozialisten, daß Sie diese Politik im weitesten Maße unterstützt haben. Wenn es sich darum handelt, die Revolutionsopfer zu unterstützen, dann haben Sie kein Interesse. Aber wenn es sich darum handelt, den Kapitalismus zu stützen, wenn es sich um Senatorenposten handelt, dann machen Sie in vier Minuten 18, dann sind Sie bei der Sache. Ich sage: Sie selbst erkennen durchweg an, daß die Opfer des 4. Februar zu unterstützen sind. Sie selbst haben erklärt, daß sie für ihre Ueberzeugung, daß sie als Helden gestorben sind. Ich bitte Sie deshalb, nehmen Sie den Antrag der U. S. an und unterstützen Sie die Opfer, die Sie auf dem Gewissen haben. (Beifall links.)

Präsident: Es ist Schluß beantragt.

Der Antrag wird genügend unterstützt

Zur Geschäftsordnung:

Sagemeyer (L.-B.): Es liegen verschiedene Anträge vor; der eine von Herrn Richter Henrici, der andere von Herrn Dr. Hertel. Die Herren verständigen sich eben über eine Einigung. Ich glaube, ehe wir uns über den Schluß unterhalten, müßte der so formulierte Antrag erst verlesen werden. Es wäre möglich, daß sich daraus wieder eine Debatte ergäbe.

Präsident: Der Antrag lautet:

Die Nationalversammlung stimmt grundsätzlich der Entschädigung der Opfer des 4. Februar 1919 zu. Sie vertagt die Beratung der Einzelheiten bis zur Verabschiedung des Reichsgesetzes und beauftragt die „Kommission zur Feststellung von Aufrührerschäden“, inzwischendie Schäden der an den Kämpfen beteiligten Personen und deren Hinterbliebenen festzustellen. Sie ermächtigt die Kommission und die Kriegsdeputation, Vorschüsse zu leisten.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Präsident: Auf Grund unserer Geschäftsordnung kommt dieser Antrag vor dem Antrag Bögebing zur Abstimmung. Wird er angenommen, so ist der Antrag Bögebing damit erledigt.

Garves (D.): Ich beantrage, daß über den letzten Absatz, der von den Vorschüssen redet, getrennt abgestimmt wird.

Präsident: Dann werde ich den Antrag in zwei Teilen zur Abstimmung bringen.

Der Antrag Henrici-Hertel wird in seinem ersten Teil angenommen.

Der letzte Satz des Antrages wird angenommen.

Präsident: Damit ist der Antrag Bögebing erledigt.

Antrag, betreffend Befundung des Mißtrauens gegen die vorläufige Regierung:

Die Nationalversammlung spricht der vorläufigen Regierung auf Grund der jüngsten Regierungsmaßnahmen das Mißtrauen aus.

Spnle (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben ja heute den ganzen Tag Debatten gehabt, die eigentlich eine Begründung dieses Antrages darstellen. Was heute hier vorgetragen worden ist, belastet die Regierung schwer, besonders die Maßnahmen aus jüngster Zeit, die selbstverständlich durchaus dazu angetan sind, der Regierung das bisherige Vertrauen, das sie etwa noch besitzt, zu nehmen. Wir begreifen ja, daß Sie, die Sie diese Regierung gebildet haben, sich unserm Antrage nicht anschließen werden. Aber das kann uns natürlich nicht hindern, dennoch auf diesem unserm Antrage zu bestehen und ihn zu begrün-

den. Was insbesondere in jüngster Zeit geschehen ist, hat uns zu diesem Antrage gezwungen. In der jüngsten Zeit ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden, neuerdings sogar durch die Reichsregierung. Dieser verschärfte Belagerungszustand hat uns bekanntlich die Pressefreiheit genommen. Die Regierung in Bremen hat damit das äußerste auf dem Gebiet geleistet, was überhaupt während der ganzen Kriegszeit in Bezug auf den Belagerungszustand bekannt geworden ist, ja, sie hat damit weit mehr geleistet, als während der Kriegszeit selbst von den schärfsten Militärdiktatoren in Deutschland durchgeführt worden ist. Insbesondere mußte diese Verschärfung des Belagerungszustandes die Erregung der Bevölkerung ins Unendliche steigern. Und wenn infolgedessen die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit mit der größten Hartnäckigkeit am Streik festhalten, dann ist das in erster Linie auf diese Maßnahmen der Regierung zurückzuführen. Druck, meine Damen und Herren, erzeugt Gegendruck. Und solange die Arbeiter ihre Kraft für die Fortführung dieses Streiks noch verspüren, werden Sie mit solchen Gewaltmaßnahmen niemals erreichen, daß der Streik beigelegt wird, daß die Arbeiter zu Kreuze kriechen werden, daß sie bedingungslos, wie es ihnen zugemutet wird, die Arbeit wieder aufnehmen werden. Die Regierung hat aber — das muß offen ausgesprochen werden, es ist unsere feste Überzeugung — überhaupt mit diesen Voraussetzungen, die sie in ihrem Namen hat bekannt geben lassen, die Macht aus den Händen gegeben. Sie hat damit die ganze Regierungsgewalt in die Hände eines einzelnen Mannes gelegt, in die Hände des Majors v. Engelbrechten. Und wenn hier so und so oft von der Diktatur der Minderheit gesprochen wird, so sind wir der Meinung: diese Diktatur haben wir, solange der verschärfte Belagerungszustand besteht, und zwar die Diktatur des Herrn v. Engelbrechten. Daß diese Diktatur zu einer großen Menge von Ausschreitungen zugunsten der Arbeiter geführt hat, ist heute von meinen Freunden sowohl wie von den Rednern links von uns bewiesen worden, und die Darlegungen der Regierung darüber haben sehr wenig oder gar keine Beweiskraft gehabt. Es sind eine ganze Menge Opfer gefallen. Es ist auf einen Mann geschossen worden — wenn ich aus dem Gedächtnis erzähle — der auf dem Lande bei seiner Arbeit war, in der Nähe der Sulingerkraße. Es ist auf eine Frau geschossen worden, die vor den Regierungstruppen über eine Böschung aus Land flüchtete; sie ist schwer verwundet worden. Es sind Kinder verwundet worden, es sind ihnen die Beine zerschossen worden, sie kommen als Krüppel aus dieser Zeit heraus. Ein anderes Kind ist gestorben. Ein Mann ist dabei ertappt worden, daß er sich von seinem Hungergefühl verleitet ließ, ein Brot aus einem Väterladen zu entnehmen. Eine ganze Reihe anderer Personen war vorauf gegangen, er kam hinterher und wurde ertappt. Man hat ihn dann nicht so ohne weiteres abführen können, wie man die Absicht hatte; der Mann

zeigte sich widerspenstig, und das hatte zur Folge, daß die jungen Leute von den Regierungstruppen sagten, das sei ein Blünderer, und sie haben ihn beim Siechenhause erschossen. Das ist ein Verbrechen, das ist ein Verfahren, das wohl kaum irgend einer hier verantworten möchte. Wenn die Regierung das verantwortet, dann kann ich mir das nur so erklären, daß sie von allen diesen Dingen nichts weiß. Wir haben heute von Herrn Winkelmann gehört, daß er von diesen Dingen nichts wußte, uns nichts hat berichten können, weil ihm nichts berichtet worden ist. Es ist eine Tatsache, daß solche Dinge passieren. Es sind eine ganze Menge von Verwundungen leichtfertiger Weise herbeigeführt worden. Und wenn der Schnaps dabei eine Rolle gespielt haben soll, dann ist das nicht so humoristisch, wie Sie das heute morgen aufgenommen haben. Auch in den Kämpfen von 1848 hat der Schnaps eine große Rolle gespielt, auch in den damaligen Kämpfen der Nationalgarde gegen die Arbeiterschaft in Paris wurden 18- bis 19jährige Burschen gleichfalls mit Branntwein betrunken gemacht und gerade so verheßt wie heute junge Leute gegen Spartakisten und Bolschewisten. Der Schnaps spielt dabei immer eine Rolle, auch in den Maitkämpfen in Paris war das der Fall. Darum bestehen wir auf eine Untersuchung auch dieser Fälle. Was wir von Herrn Peine gehört haben — ich kenne Herrn Peine seit langen Jahren und weiß, daß er ein gutes Herz hat — er ist ein guter Musiker, aber ein schlechter Proletarier. (Weiterkeit.) Das sage ich vom Standpunkt des Klassenbewußten Proletariats. Herr Peine betreibt keine gute Politik. Was er ausführte, ist ja ethisch ganz nett, aber wie er sich die revolutionären geschichtlichen Vorgänge zu erklären versucht —, na ich danke. Herr Peine mag vielleicht über dieses oder jenes angenehm plaudern können, zehn Minuten oder eine Viertelstunde, aber für die geschichtlichen Verhältnisse hat er nicht das nötige Verständnis. Für die Arbeiter handelt es sich in erster Linie bei diesen Kämpfen um positive Ziele, in denen sie selbst Akteure, Klassenkämpfer sind. In diesen Kämpfen sind Fehler gemacht von einzelnen Personen, auch von der Masse, das ist wahr, das wird auch jeder Proletarier zugestehen müssen. Aber man darf darum doch nicht den ganzen Klassenkampf verurteilen und verhöhnern, über Mißerfolge nicht frohlocken und Witze machen. Ich könnte mit mehreren Beispielen aufwarten, wie in früheren Zeiten solche Fehler gemacht sind. Aber schließlich haben wir doch Recht bekommen. Auch die Leute vom Schläge des Herrn Peine, die so schön über Ethik und Revolution zu reden verstehen, werden, davon sind wir, meine Freunde, und auch die Kommunisten, überzeugt, vor der Geschichte nicht bestehen. Ich gebe Herrn Peine zu — und darüber ist ja unter uns Sozialdemokraten kein Streit —, daß wir der Meinung sind, daß es ohne einen rücksichtslosen Klassenkampf nicht geht. Wir werden uns auch noch einmal mit den Arbeitern hinter ihm und seinen Freunden in diesem Klassenkampf wieder zusammenfinden. Wenn jetzt Herr

Peine sich die Gunst der Herren von der Rechten erworben hat — nun, ich bin der Ueberzeugung, das wird nicht lange dauern. Die Geschichte hat bisher klar bewiesen, daß die Auffassung des Herrn Peine unrichtig ist, und Herr Peine und seine Freunde werden bald davon überzeugt werden, daß sie sehr auf dem Holzwege sind, wenn sie meinen, mit ihrer Politik die Massen hinter sich behalten zu können. Bebel hat einmal an Engels geschrieben, daß die Massen allemal besser seien als ihre Führer, und er hat dazu ausgeführt, die Massen würden eines Tages über die Führer hinwegschreiten. Das hat er mehrfach ausgesprochen. Er hat damit aussprechen wollen, daß das Vertrauen der Masse in ihre Vertreter Grenzen haben müsse. Wenn Herr Peine jetzt einen Trennungsstrich zwischen sich und uns gezogen hat, dann hat er vielleicht nicht darauf geachtet: wir haben das Vertrauen zur Masse, Peine nicht. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Arbeiterschaft wie in den Kämpfen gegen die Bourgeoisie in der französischen Revolution und in den revolutionären Kämpfen in England, auch jetzt den Klassenkampf will und daß sie daher mit Entschlossenheit die Politik der Reichsregierung und der bremischen Regierung bekämpfen will. Das tut sie — wenn nicht anders, so — mit einem gewissen Instinkt. Natürlich will ich dabei nicht auf mein eigenes Urteil verzichten, will nicht schmeicheln, um die Massen zu gewinnen. (Zuruf: Wir kennen Sie sehr gut!) Es macht mir eine Freude, daß Sie das sagen. Ich weiß genau, Ihnen damit eine Freude zu bereiten. Aber, meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Selbstverständlich will ich nicht, wenn ich auch den Massen Gutes nachsage, auf mein eigenes Urteil verzichten. Wenn Sie das dennoch meinen, dann beweisen Sie es, bitte! Heraus damit! Ich habe oft im Gegensatz zu der Masse gestanden. (Ruf: Bis es Ihnen brenzlich wurde!) Ich habe auch die Erfahrung gemacht, daß man mir die Pistole auf die Brust gesetzt hat. Ich nehme das der Masse nicht übel und will auch nicht bestreiten, daß die Masse manchmal Recht hat. Aber achten Sie bitte auf folgendes: unsere Regierungsleute sind im Begriff, sich von der Masse abzutrennen, klipp und klar ziehen sie den Trennungsstrich zwischen sich und den Leuten da draußen. (Ruf: Wer sind die Leute?) Darum wenden sich diese Massen von Ihnen ab. Nicht weil Sie Deichmann, Winkelmann, Peine heißen, natürlich auch nicht aus dem Grunde, weil die Massen verhetzt werden. Ach, wie oft ist dieses Märchen uns Sozialdemokraten aufgetischt! Früher hat Peine mit uns Seite an Seite, Schulter an Schulter in der Abwehr solcher Märchen gestanden, jetzt sehen wir ihn und die anderen Mehrheitssozialisten auf der Rechten. Wir haben es auch erlebt, daß Baigand früher seine Mahnworte nach rechts gerichtet hat, jetzt richtet er sie an uns. Das ist eine Verfehlung der Dinge, die wir nicht mitmachen. Wenn wir aber die Masse befragen, nachdem dieser Trennungsstrich gezogen ist: Wer ist Schuld daran? so wissen wir, wem die Massen ihr Vertrauen schenken wer-

den. Wir haben der Masse vertraut während des ganzen Krieges. Was Deichmann, Winkelmann, Peine und Baigand, was alle diese Führer der Mehrheitssozialdemokraten tun und taten, war und ist Verrat am Sozialismus. Ich muß erwähnen, daß sie sich früher nicht genug daran tun konnten, mit uns den Staat als den Kommiss der herrschenden Klassen zu bezeichnen. Sie waren mit uns der Ueberzeugung, daß es geht, einen neuen Staat zu schaffen. Während des Krieges aber hat sich Ihr Standpunkt geändert. Sie haben sich auf den Boden des kapitalistischen Gegenwartsstaates gestellt.

Dann sagte Herr Peine, wir wollten allgemein alles ruinieren und keine positive Arbeit leisten. Er sagte auch und machte uns zum Vorwurf, daß wir für Bremen allein eine Räterepublik hätten errichten wollen. So etwas ist aber doch möglich, das kann angehen. Wir wissen doch aus der Geschichte, daß einzelne Städte in revolutionären Bewegungen vorangegangen sind, besonders in Frankreich; daß sich dort die Revolution erhob und daß sie sich dann von dort aus über das ganze Land ausgebreitet hat. Nun ist gewiß Paris nicht Bremen und Bremen nicht Paris, das ist bekannt und bedarf nicht der Aufklärung. Es ist auch nicht gesagt, daß das ein und dasselbe sein soll. Ich will nur sagen: es kann der Umstand eintreten, daß ein Teil eines Landes Fortschritte macht und andere Teile dann mit sich fortzieht. So konnte es hinsichtlich der Räterepublik in Bremen sein. Viele von uns waren damals fest davon überzeugt, daß wir eine solche Entwicklung der Revolution erhoffen könnten, daß auch andere Städte solche Fortschritte gemacht, daß auch dort Räterepubliken ausgerufen werden würden. Das war die Ueberzeugung mancher von uns. Hätten sie diese Ueberzeugung nicht gehabt, so wäre man nicht auf den Gedanken gekommen. Es mag sein, daß wir skeptischer hätten denken sollen. Ich habe es auch mit kritischen Augen angesehen. Aber gerade das, was Herr Peine sagt, daß wir die Absicht gehabt hätten, eine nordwestdeutsche Räterepublik zu schaffen, beweist, daß wir mit unserem Ziel nicht auf Bremen beschränkt bleiben, sondern den Rahmen weiter ziehen wollten. Nun hat sich Herr Peine hingestellt zum Gaudium anderer, und hat dargetan, daß sich diese Hoffnung als ein Irrtum dargestellt habe. Als ob wir von allen diesen Dingen nichts wußten, nichts von Politik verstanden und darum den Mißerfolg gehabt hätten! Es ist immer ausgerechnet die alte Geschichte. Aber, Herr Peine, Sie sind selbst früher für Gewaltmaßnahmen gewesen, gehörten zu den Leuten, die zu der vorigen Regierung in Opposition gestanden haben. Jetzt erst haben Sie begonnen, sich zurückzuziehen. Früher wußten Sie auch, daß, wenn eine Partei im Kampf eine Niederlage erlitten hat, das noch lange keine Niederlage für alle Zeiten zu sein braucht. Meinen Sie, daß das, was uns jetzt widerfährt, eine Niederlage für alle Zeiten sei? Nein, ich bin der Ueberzeugung, daß ich in den Kämpfen, die wir ge-

führt haben, mein Bestes gegeben habe (Ruf: Weimar!) und daß wir auch in den künftigen Kämpfen lebensfähig bleiben und die Niederlage, die wir erlitten, wettmachen werden, trotz der Maschinengewehre und Kanonen, trotz des Belagerungszustandes, den jetzt auch die Reichsregierung über Bremen verhängt hat.

Der Kapitalismus, Herr Peine, ist eine Gefahr für die Welt, und wenn ein Vertreter der Arbeiterschaft nicht gegen das Kapital auftritt, so hat die Masse kein Vertrauen zu ihm. Wenn heute wieder Wahlen stattfänden in Bremen, ich würde sie mit Freuden begrüßen, sie würden den Beweis liefern, daß eine große Wandlung eingetreten ist und daß die große Masse nicht mehr hinter Ihnen steht, sondern hinter uns. Wenn Sie in Ihren Reden von einem Zusammenarbeiten, von einer Harmonie mit dem Bürgertum reden, so reden Sie um die Dinge herum. Sagen Sie doch offen, daß Sie auf dem Boden des bürgerlichen Staates stehen und den Klassenkampf verschwinden lassen möchten.

Werte Versammlung! Die revolutionäre Partei, die Sozialdemokratie, war sich seit Jahrzehnten darüber vollkommen klar: kam sie aus Ruder, dann konnte sie mit dem Staat, den sie übernahm, nichts werden. In dem kommunistischen Manifest von 1848 haben Engels und Marx der Anschauung Ausdruck gegeben, daß man den kapitalistischen Staat einfach übernehmen könne. Später, nach 1871 haben sie eingesehen, daß das nicht möglich sei. Da haben sie ausgesprochen: die fertige Staatsmaschinerie kann nicht vom Proletariat übernommen werden, sondern, wenn die Proletarier in den Besitz der politischen Macht kommen, dann muß dieser kapitalistische Staat völlig geändert werden, dann muß dieser kapitalistische Staat vernichtet werden. Der Staat, den Sie da halten wollen, das ist der Staat der Frohn, der Staat der Ausbeutung, der Staat der Reichen, der Staat der ausgebeuteten und unterdrückten Armen. Sie (nach rechts) wollen Ihre Klassenherrschaft erhalten, Sie als Vertreter Ihrer Klasse, wollen diesen Klassenstaat erhalten. Wir aber wollen, daß endlich diesem Zustande der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende bereitet wird, denn wir haben nicht umsonst einen Krieg von $4\frac{1}{2}$ Jahren erlebt, der aus dem herrschenden System heraus entstanden ist. Alle diese Morde, die wir in diesen furchtbaren $4\frac{1}{2}$ Jahren erlebt, gesehen haben, sind ein Resultat dieser kapitalistischen Produktionsweise. Damit wollen wir endlich Schluß machen, damit will die Masse Schluß machen. Nichts ist verständlicher, als daß die Masse, die da draußen gestanden hat in den Schützengräben, draußen auf dem Schlachtfelde ihre Opfer gebracht hat — jeder von uns weiß, daß in seiner Familie ein Opfer oder mehrere Opfer zu beklagen sind —, jetzt Morgenluft wittert, daß die Masse gefühlt hat: jetzt ist die Zeit, wo wir die politische Macht erobern können, wo wir dem kapitalistischen Staate, wo wir dem Kapitalismus zu Leibe gehen können. Und da kommen Sozialdemokraten und wollen die Masse darüber belehren, daß diese Zeit noch nicht ge-

kommen sei. Wir müssen langsam aufbauen! Was dann? Soll es denn immer wieder nach altem Rezept heißen: Um Gottes willen nicht so stürmisch? Der Herr Präsident lächelt auch!

Präsident: Herr Hente, ich habe gar nicht über Ihre Worte gelächelt, das konstatiere ich.

Hente (U. S.) fortsetzend: Herr Präsident, ich nehme das also zurück. — Sie, meine Damen und Herren, haben erreichen wollen, den Kapitalismus wieder aufzurichten. Aber das Proletariat, das aufgewacht ist, das Jahre hindurch in diesen entsetzlichen Krieg getrieben worden ist, das darin fast verblutet ist, verblutet zugunsten des Kapitalismus, dieses Proletariat will das nicht mehr. Das ist der Sinn des großen Kampfes, der sich vor unsern Augen, der sich in diesen Tagen abspielt, und in den wir, wir alle ohne Ausnahme hinein gerissen werden, ob wir nun wollen oder nicht. Da, meine Damen und Herren, gibt es keinen Kompromiß mit den Bürgerlichen, die in Staat und Gesellschaftsordnung, die sie bisher beherrscht haben, diese kapitalistische Produktionsweise aufrecht erhalten wollen. Dieser Kampf des Proletariats mit dem Bürgertum, mit dem Kapital, mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geht auf Leben und Tod. (Tegtmeier ruft: Weimar!) Sparen Sie sich Ihre Zurufe, Herr Tegtmeier! (Präsident: Ich bitte hierher zu reden, Herr Hente!) Ich halte die Herren Tegtmeier usw. für ganz gescheite Männer, und ich glaube wirklich nicht, sie wären so dumm gewesen, in einem Falle wie dem vom 4. Februar, sich denen, die sich nach ihnen sehnten, in die Hände zu geben. Diese Dummheit traue ich ihnen jedenfalls nicht zu. Lassen Sie es meine Sorge sein, für die Sache, für die ich mein ganzes Leben lang gekämpft habe, zu sterben, wo und wie ich es am richtigsten halte. (Stürmisches Gelächter. Zwischenrufe.) Herr Garbes, ich könnte ja, wenn wir beide satisfaktionsfähig wären, dazu kommen, Sie herauszufordern. Aber ich werde das nicht tun. Man darf in einem solchen Falle ruhig aussprechen, was ich eben ausgesprochen habe. Ob Sie es mir glauben oder nicht, ist mir egal. Wenn man von Mangel an Mut spricht, dann soll man den Mangel beweisen. Und ich habe einigermaßen Mut bewiesen in meinem Leben, auch Ihnen gegenüber, und ich werde ihn Ihnen gegenüber weiter beweisen, darauf können Sie sich verlassen. Im übrigen, was wollen Sie denn eigentlich von mir? Sie reden davon, daß ich nach Weimar gereist bin am 4. Februar. Aber Sie reden merkwürdigerweise nicht davon, daß, als wir vor dem 4. Februar uns bemühten, die Herren Deichmann, Winkelmann, Rhein usw. aufzusuchen, zu gewinnen für die Verständigung mit der Regierung, diese Herren nicht aufzufinden waren. Wo sind sie damals gewesen? Sie sind natürlich nur aus übertriebenem Mut zu den Gerstenbergern gefahren. Meine Damen und Herren! Im übrigen lassen Sie sich das eine gesagt sein. . . . (Präsident: Ich bitte hierher zu reden, Herr Hente!) Jawohl, Herr Präsi-

dent, ich werde zu Ihnen reden. Also, Herr Präsident, lassen Sie sich gesagt sein, daß ich genügend in der Geschichte bewandert bin, um zu wissen, sehr genau zu wissen, daß Leute sich unter Umständen ihren Gegnern, ihren Häschern nicht ausgeliefert haben. Das war schon zurzeit des seligen Brutus so, und so wird es immer sein. Den Moment, wo ich für die Revolution sterbe, den möchte ich mir selbst aussuchen. Dann aber möchte ich diesen Moment nicht so ohne weiteres nur mit meinem Leben beschließen, sondern auch mit der Opferung einiger anderer von meinen Gegnern, wenn es geht. Am allerwenigsten aber rühren mich die Anwürfe auch jetzt von seiten einer Klasse, die ich einigermaßen genau kenne, und die es nirgends auf der Welt feiger und niederträchtiger gibt als in Deutschland. (Große Unruhe.) Wo hat sie sich feiger benommen als in Deutschland im Jahre 1848 und später? Wann hätte sie sich feiger benommen als Anfang November? Wo sind die Herren Dornmann und Garbes damals gewesen? Ein paar Soldaten haben damals die Revolution gemacht, und die hätten leicht über den Haufen geschossen werden können. Aber wo war da der Mut der Herren? Wo war Herr Dornmann, wo war damals Herr Garbes mit der roten Nase statt des roten Banners? (Stürmisches Gelächter.)

Präsident: Herr Henke, ich muß es mir verbitten, daß Sie irgend wie Bezug nehmen auf die körperliche Beschaffenheit der Mitglieder. (Garbes ruft: Darin offenbart sich die Gemeinheit der Herren!)

Henke: Ich nehme also die rote Nase des Herrn Garbes zurück. Im übrigen: die Mehrheit der Herren von der Regierung gehört zur Gewerkschafts- und Parteibureaucratie, und sie zeigt auch ganz den Mut, der jeder Bureaucratie nachgesagt wird. Wenn man uns heute sagt, daß ich während der Zeit, wo der Rat der Volksbeauftragten bestand, mit Handgranaten und Maschinengewehren mich umgeben und damit hantiert hätte — ach, ich bin solchen Dingen immer sehr fern geblieben, meine Herren, hatte damit gar nichts zu tun. Und wenn wirklich ein paar Handgranaten da gewesen sind: bitte, bringen Sie mir einen einzigen Menschen, dem damit ein Leid zugefügt worden wäre. (Zurufe.) Ach, Herr Baigand, der sitzt zu meiner Freude noch immer hier. Auch er hat damals nicht gesagt, wie er es nach Ihrem Rezept wahrscheinlich hätte tun müssen: Hier sterbe ich, hier falle ich, aber meinen Geldschrank gebe ich nicht her!, sondern er hat hübsch den Kassenschlüssel hergegeben, und das war sehr vernünftig von ihm. Er wußte ja auch ganz genau, daß der Geldschrankinhalt gestohlenes Geld, daß es das Eigentum der Bremer Arbeiter war. (Stürmische Zurufe.) Nun, werte Versammlung, es sind also die Regierungsmitglieder, die zehn parlamentarischen Senatoren, Leute aus der Gewerkschafts- und Parteibureaucratie, Führer von der Art, von der Bebel meinte, daß sie eventuell nicht so gut sind wie die Masse, daß die Masse sich besser erweist als sie. Das sind Führer von der Art, wie Bebel weiter sagt, daß

sie einst das Vertrauen der Menge verlieren und dann allein dastehen. Und das werden sie, das ist unsere feste Ueberzeugung. Was ist denn mit der Sozialdemokratie geschehen, an deren Spitze diese Führer noch stehen? Diese Sozialdemokratie ist verwässert worden, wie sie nur verwässert werden konnte durch Zuzug von Elementen, die früher durchaus Gelegenheit gehabt hätten, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, aber durch eine Ueberfülle von Mut dazu nicht gekommen sind. (Zurufe: Dr. Kuntler! Dr. Feldmann!) Wenn eine Partei wie die sozialdemokratische Partei einen solchen Zulauf bekommt, wie bei der letzten Nationalversammlungswahl die sozialdemokratische Partei ihn hier bekommen hat, dann ist es um diese Partei geschehen, dann hat sie ihren Kern verloren, wenn sie ihn nicht schon vorher eingebüßt hatte. Ich sehe nur immer deutlicher, wie das zum Ausdruck kommt in Ihren Beschlüssen, in Ihrer ganzen Politik, immer deutlicher sehe ich es in Ihrer Art des Auftretens, darin, daß Sie nicht den Mut haben, grundsätzliche Politik zu treiben, eine Politik der „Vernichtung“ und der „Zerstörung“, wie Sie sagen, die jedoch in Wirklichkeit eine Politik des Aufbaues ist, weil sie mit allem Bisherigen, das unbrauchbar geworden ist, mit allem Ueberlebten aufräumt. Wir sollen Sturmseelen und -menschen sein, weil wir die proletarische Diktatur wollen. (Stürmische Zurufe.) Gewiß wollen wir sie, es geht nicht anders, daß ein geschichtlicher Umschwung sich ereignet, daß eine neue Gesellschaftsordnung ins Leben tritt. Wir werden die Diktatur des Proletariats so lange ausüben, so lange der Staat noch ohne eine solche Diktatur seine Macht ausnützen kann. Wir werden das tun, bis wir die völlige Ueberwindung des Gegners erreicht haben. Ich spreche das offen aus. Ihre Tätigkeit — nichts ist natürlicher — ist darauf gerichtet, die Diktatur des Proletariats zu hindern. Sie verfügen über die Waffen, Sie haben heute Truppen zur Verfügung. Das ist heute für Sie ein günstiger Zustand. Aber es kommen andere Truppen, anstatt des Söldnerheeres erhalten wir vielleicht ein Volksheer, dann wird die Entwicklung der Dinge mit der Zeit einen ganz anderen Verlauf nehmen. Wozu dient denn Ihre Prätorianergarde? Es sind Mietlinge, die vielfach schon zu Räubern und Plünderern geworden sind.

Präsident: Herr Henke, Sie haben die Stadtwehr Mietlinge zum Plündern und Räubern genannt.

Henke: Ich habe im allgemeinen die Freiwilligen in Deutschland und nicht besonders die bremische Stadtwehr gemeint. Ich habe die Truppen gemeint, die Freiwilligentruppen, die in Deutschland sind, diese Freiwilligentruppen, von denen wir genügend wissen, was wir auch in Bremen wissen durch ihre Tätigkeit, daß sie auf Menschen schießen, daß sie morden. Aber auch diese Truppen werden eines Tages versagen. Dann kommt die Zeit der Bewaffnung der Arbeiter. Und diese Zeit wird sich nicht aufhalten lassen, so wenig man die Sonne verhängen kann. Das können Sie auch nicht mit Kanonen

und Maschinengewehren verhindern. Eine Regierung von zehn parlamentarischen Senatoren, von hervorragenden Sozialdemokraten hätte in erster Linie die Pflicht gehabt, mit den Arbeitern zu verhandeln. Eine solche Regierung aber, die es ablehnt, mit den Arbeitern zu verhandeln, ist eine Regierung von Verrätern an der Arbeiterschaft.

Präsident: Herr Henke, Sie haben soeben unfere Regierung als eine Regierung von Verrätern bezeichnet. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Zuruf: Verräter an der Arbeiterschaft!)

Henke: Einer solchen Regierung kann die Arbeiterschaft nie wieder vertrauen. Und selbst wenn die Regierung anders werden sollte, das Vertrauen wird sie sich doch nicht wieder erwerben. Die Arbeiter wissen genau, was sie in ihrem Klassenkampf von diesen Herren zu halten haben. Alle die Herren in der Regierung haben jetzt ihre Freude, der Herr Bürgermeister und der Wehrminister; nun, wir wollen ihnen die Freude jetzt nicht nehmen. Aber sie können uns auch nicht imponieren. Wenn Sie die Politik des Klassenkampfes fortführen wollen mit Hilfe des Kapitals, dann sind Sie nichts weiter als des Kapitals Söldlinge, Verräter an der Arbeiterschaft. Darum wissen die Herren von der Rechten auch sehr genau, was sie von diesen Herren zu halten haben. Sie werden ihnen ein Vertrauensvotum ausstellen. Das ist zu verstehen. Denn was wären Sie, Herr Hornmann und Herr Garves, wenn Sie nicht die Mehrheitssozialisten hätten!

Präsident: Herr Henke, ich bitte Sie, Ihre Rede nach hier zu richten.

Henke: Was wären Sie ohne diese Leute! Sie können sehr wohl mit dieser Regierung zufrieden sein, mit dieser Regierung, die aus acht früheren Senatoren und zehn anderen zusammengesetzt ist. Diese zehn anderen sind aber jetzt gerade die Vertreter Ihrer Klasseninteressen, sie gehen mit Ihnen, und Sie gehen mit ihnen durchs Feuer, während die alten Senatoren, wie Herr Hilbebrand und Dr. Donandt als alte Füchse viel zu erfahren im Regieren und Ihnen nicht so genehm sind wie diese 10 Senatoren. Darum sind Sie sehr zufrieden mit dem Herrn Bürgermeister Deichmann, und er sonnt sich in Ihrer Gunst. Man wird aber noch manchen belächeln, den man jetzt nur als einen Tropf betrachtet. (Zuruf.) Ja, Tropf habe ich gesagt. (Zuruf: Ihr seid bloß neidisch, weil Ihr nicht Senator seid! Aufgeblasener Frosch!)

Präsident: Herr Henke, Sie haben Herrn Bürgermeister Deichmann als einen Tropf bezeichnet. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Henke: Herr Präsident, Sie haben nicht recht gehört. Ich will aber nicht streiten, Sie haben mich falsch verstanden und werden das aus dem Stenogramm ersehen. Ich habe gesagt, daß die Herren, die jetzt in der Regierung sitzen, in der Arbeiterschaft als ein Teil der

Bureaucratie tätig waren. Das muß ja sein, das ist eine Notwendigkeit, und ich will keineswegs die Verdienste dieser Herren dadurch verkleinern. Gewiß, viel von dem, was sie früher getan haben, ist anzuerkennen. Aber die Politik, die sie jetzt verfolgen, ist keine proletarische Klassenkampfpolitik. Diese Herren genießen deshalb mit Recht nicht mehr das Vertrauen der Arbeiter.

Sie haben auch Herrn Fauth gehört. Mit 800 Stimmen ist ihm das Vertrauen seiner Kollegen entzogen. (Zuruf: Ist geheim abgestimmt? Verhehlung!) So wird es auch anderen gehen. Herr Peine hat sein Schwanenlied heute schon gesungen. Ob es Eindruck gemacht hat? Vielleicht wird er mal Bürgermeister, wenn der andere es nicht mehr ist. Er machte keinen Eindruck auf uns, aber sicher auf Sie. Charakteristisch ist, wie Herr Bürgermeister Deichmann immer nach der rechten Seite hin sprach.

Präsident: Herr Henke, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie beständig nach rechts reden. Ich möchte Sie bitten, nach dem Präsidium hin zu reden.

Henke: Ich habe dafür kein besseres Beispiel als Sie, Herr Präsident, Sie haben auch immer nach rechts geredet. (Weiterkeit.) Ich glaube aber, Herr Präsident, es entgeht Ihnen kein Wort von dem, was ich sage.

Ich bin der Ueberzeugung, Sie werden der Regierung das Mißtrauensvotum nicht aussprechen nach alledem, was sie in der jüngsten Zeit getan hat, nach dem, was die Gerstenberger, die Stadtwehr, die Soldateska angerichtet haben, nach der Aufhebung des Briefgeheimnisses, nach den Drangsalierungen der eigenen Bürger mit dem Hunger. Nein, Sie werden das Mißtrauensvotum nicht beschließen. Mit Recht ist aber auf die „englische Hungerblockade“ hingewiesen, die man als sehr unangenehm empfunden hat. Und insbesondere Sie von der Rechten konnten sich nicht genug tun in der Begeisterung der Feinde. Auch meine Freunde stehen auf dem Standpunkt, daß diese Tat der Entente hart war und ist. Nur sagen wir, Sie hätten unter den gleichen Verhältnissen daselbe gemacht. Aber was geschieht in Bremen? Die Entente hat uns doch die Nahrungsmittel in unserem Lande belassen müssen, aber unsere eigenen Parteigenossen von gestern entziehen Kranken, Greisen und Kindern die letzten Nahrungsmittel hier im Lande! Und warum? Um die Arbeiter durch Aushungerung in schlimmster Weise zu zwingen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, durch das laudinische Joch hindurchzugehen! Das ist unmenschlich und schimpflich! Freilich, wer sich auf den Kapitalismus versteht, weiß, daß die unmenschliche Behandlung der Arbeiter zu erwarten war. Es gibt unter den Herren ja Ausnahmen. Ich weiß, daß z. B. Herr Hagemeyer anders fühlt, ich weiß, es gibt Ausnahmen. Aber wir machen ja sonst auch nicht einzelne Menschen, wir machen das ganze System verantwortlich. Und dieses System läuft darauf hinaus, die Arbeiter auszubeuten. Dieses System wird befolgt bei der Kohlen- und Eisenproduktion, in Fabri-

ten, auf Seeschiffen, überall wird es rücksichtslos zur Anwendung gebracht. Diese Produktionsweise hassen die Arbeiter, und sie bieten alles auf, selbst ihr Leben, um zu einem Ausweg aus dieser Drangsal zu gelangen. Und da kommt die Regierung, die überwiegend zusammengesetzt ist aus Leuten, die früher der Arbeiterschaft angehört haben, die Vertreter der Arbeiterschaft, die das Vertrauen der Arbeiterschaft gehabt haben, zu denen die Arbeiterschaft früher freudig emporgeschaut hat, da kommen diese Leute und hungern die Arbeiterschaft aus zu Gunsten des Kapitals. Wir wollen diese Regierung beseitigen, denn wir haben kein Vertrauen zu ihr. Wir werden alles aufbieten, das Vertrauen zu ihr in allen Kreisen der Bevölkerung zu untergraben. Wir werden der Arbeiterschaft nachweisen, worin diese Regierung gesündigt hat, was sie insbesondere jetzt mit dem verschärften Belagerungszustand gesündigt hat. Ich habe von dem, was ich gesagt habe, nichts zurückzunehmen. Was die Arbeiter im einzelnen noch zu sagen haben, werden meine Freunde noch sagen. (Zurufe.) Ich glaube, meine Parteifreunde werden, wenn es sein muß, auch noch bis morgen früh, bis Sonntag tagen. Also darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die große Masse der Arbeiter dem Sozialismus treu geblieben ist. Nachdem wir viereinhalb Jahre Krieg gehabt haben, ist es selbstverständlich, daß erst recht alle Hoffnungen sich auf den Sozialismus richten, da ist es selbstverständlich, daß die Arbeiter ihr Ziel, das große Ziel des Sozialismus, nicht allein mit wirtschaftlichen Kämpfen zu erreichen streben, sondern mit politischen Streiks, dadurch, daß sie ihre Unentbehrlichkeit im ökonomischen Prozeß politisch in die Waagschale werfen. Sie lassen sich nicht mehr bedingungslos unterwerfen, sie lassen sich nicht mehr unter das laudinische Joch beugen. Was sind das für merkwürdige Politiker, die heute verlangen, die Arbeiter sollten zu Kreuze kriechen! Nach über fünf Jahrzehnten Arbeiterbewegung, nach der Schule während des Krieges und während der Revolution, da sollten die Arbeiter nicht wissen, wie unentbehrlich sie sind in der heutigen Gesellschaftsordnung?! Das wissen sie ganz genau: sie sind die Grundlage dieses ganzen gesellschaftlichen Baues. Aber, wenn es da unten anfängt zu schwanken und zu zittern, dann zittert es oben im Bau noch mehr! Und wenn Sie nicht die Kanonen und Maschinengewehre läuten, dann wäre Ihre Klassenherrschaft längst zu Ende. Meine Damen und Herren! Was hat denn die Menge gemacht? fragt Herr Peine. Nun, ich lasse jedem die Freude, sich über die Arbeiter zu verlustieren. Wenn sie im Gebrauch der politischen Macht und der politischen Machtmittel noch nicht so gut sich bewandert gezeigt haben, wie es zu wünschen ist, wenn sie Fehler gemacht haben, wenn sie mit der ungewohnten Waffe des politischen Massenstreiks sich noch gelegentlich selbst verletzen, dann ist es für den, der geschichtlich denkt, ganz selbstverständlich, daß das vorkommen kann und muß, weil die Arbeiter doch so etwas auch erst lernen müssen. Aber anders kommen wir niemals aus der Drangsal heraus,

die wir viereinhalb Jahre so recht kennen gelernt haben, als daß wir wollen, daß die Arbeiterschaft die politische Macht erobert und den rechten Gebrauch davon macht; und das ist die proletarische Diktatur. Sie haben von Ihrem Standpunkt aus vollkommen Recht, wenn Sie sagen: dabei müssen wir die Kosten tragen; diese Lehrszeit geht auf unsere Kosten! Jawohl, meine Herren, genau so, wie lange Jahrhunderte lang Ihre Herrschaft auf Kosten der arbeitenden Klasse ging. Das ist ganz selbstverständlich, das wissen wir ganz genau, das weiß besonders die Bourgeoisie ganz genau. Alle herrschenden Klassen wissen sehr genau, wie wertvoll es ist, sich in der Herrschaft zu erhalten; dafür bieten sie alles auf. Deshalb haben wir denn auch immer wieder wahrnehmen können, daß, wenn die Bourgeoisie einmal in ihrer Herrschaft bedroht wurde und sie nachher wieder ebenauf kam, sie höchst reaktionär und grausam wurde, wie es sich vielleicht auch diesmal wiederholen wird. Aber eines Tages wird es sich nicht wiederholen, dann wird das Proletariat die Bourgeoisie überwinden haben. Die Arbeiterschaft wird auch dann selbstverständlich noch Fehler machen, aber sie wird sehr bald lernen, sie zu verbessern. Wir werden bald lernen, den Sozialismus zu verwirklichen. Die Arbeiterschaft muß also erst lernen, ihre politischen Machtmittel zu gebrauchen. Und in der Periode dieses Lernens befinden wir uns in Deutschland, in der Periode, in der sich die russischen Arbeiter befanden im Jahre 1905. Damals lernten sie den politischen Massenstreik zu gebrauchen, den Achtstundentag zu erobern. Den politischen Massenstreik zu gebrauchen, müssen die deutschen Arbeiter erst noch lernen. Aber ist das nicht auch eine Lehrszeit, wie man sie sich nicht besser wünschen kann, als in diesen letzten acht Tagen? Wenn ein Arbeiter noch so dumm war, nicht einzusehen, daß er den Klassenkampf bis zur Rücksichtslosigkeit zu kämpfen hatte, daß er insbesondere für die Forderung der Bewaffnung der Arbeiter eintreten mußte, dann haben Sie ihm die rechte Erkenntnis jetzt beigebracht, Sie haben sie ihm in verstärktem Maße beigebracht. Was in zwölf Jahren Sozialistengesetz den deutschen Arbeitern nur mangelhaft beigebracht worden ist, das bringen Sie jetzt den bremischen Arbeitern gründlich bei. Druck erzielt Gegendruck. Verschärfter Belagerungszustand bedeutet verschärften Klassenkampf gegen das Unternehmertum. Sie aber auf der Rechten werden die Leidtragenden sein. Und die anderen Herren vom Mittelstand in erster Linie gleichfalls. Sie vom Mittelstand werden sich auch einmal überlegen müssen, wer denn Sie hineingezwungen hat in diesen Abwehrstreik. So liegen die Dinge, sie liegen sehr einfach. Und weil die Dinge so einfach liegen, deshalb weiß die Arbeiterschaft ganz genau, warum sie hungert, warum sie leidet. Sie weiß aber auch, warum die Kanonen stehen in der Nordstraße, in der Bremerhavenerstraße, warum da Soldaten mit einer Pfeife oder Zigarette im Munde abends durch die verödeten Straßen ziehen und in die Fenster schießen, einerlei, ob Menschen dabei zugrunde gehen oder nicht. Ich

habe die Soldaten selbst dabei beobachtet. Und, meine Damen und Herren, da hat der Arbeiter einen Haß in sich gezogen, den schwemmen Sie nicht mehr hinweg, den beseitigen Sie niemals mehr. Und weil die Regierung das alles verursacht hat, könnten wir ihr eigentlich sehr dankbar dafür sein, wenn sie so unsere Geschäfte betreibt. Aber so sehr wir revolutionär sind, so sehr wir danach streben, daß die Arbeiter in den Besitz der politischen Macht kommen, so sehr sind wir doch immer gegen den Gebrauch von Mitteln, die unmenschlich sind. Aus dem Grunde sind wir gegen den Krieg gewesen. Sonst müßten wir auch sagen: der Krieg ist ein großer Förderer der Revolution, her mit ihm! Wir haben vorausgesagt: wenn ein Weltkrieg kommt, dann wird die soziale Revolution die Folge sein. Und wir haben Recht bekommen. Aber deshalb haben wir den Krieg doch nicht gewollt, und deshalb wollen wir den verschärften Belagerungszustand nicht. Wir wollen den Klassenkampf führen, täglich, soweit er in den Formen der Menschlichkeit bestehen kann. Es gibt viele ängstliche Gemüter, die sagen, wir wollten den Bürgerkrieg. Ach, meine Damen und Herren, vom ersten Tage an, wo es Klassengegensätze gab in der Geschichte, da gab es auch den Bürgerkrieg, da gab es den Kampf zwischen Unterdrückten und Unterdrückten. Früher haben wir den Klassenkampf in Form von großen Streiks gehabt, und heute haben wir ihn in Gestalt des Bürgerkriegs mit Kanonen und Maschinengewehren. Die Formen sind andere geworden, die Leidenschaften sind größer, umfangreicher, tiefer. Aber Bürgerkrieg ist Bürgerkrieg. In die Sache selbst ist nichts neues hineingetragen worden. So liegen die Dinge. Und darum wollen wir uns darüber nichts vormachen: wir wissen ganz genau, was das alles zur Folge hat. Und darum sagen wir: wir begrüßen es nicht, so sehr es unseren Zwecken dienlich ist, daß die Regierung ihre Unterschrift leistet, um eine solche Handlungsweise, wie sie Ihnen hier zur Genüge gekennzeichnet worden ist, zu decken. Wir wollen die Aufhebung des Belagerungszustandes, wir wollen nicht, daß die Soldaten herrschen, wir wollen nicht ein solches Auf-die-Spize-treiben des Kampfes. Und darum wollen wir, daß dieser Regierung ein Mißtrauensvotum ausgestellt wird. Sie werden es nicht tun, das wissen wir. Aber indem Sie der Regierung das Vertrauen aussprechen, Sie in Ihrer famosen Verbrüderung, wissen wir und wissen die Arbeiter draußen, woran wir sind. Uns ist damit der Weg, den wir zu beschreiten haben, klar vorgezeichnet. Bei uns, bei der Arbeiterschaft, ist die Zuversicht zu unserem endlichen Siege größer und immer größer geworden, wie auf diesem Wege die Gefolgschaft der Arbeiter hinter uns immer größer geworden ist! (Stürmischer Beifall links.)

Wenhold (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der U. S. B. läuft darauf hinaus, der jetzigen Regierung das Mißtrauen auszusprechen. Ich hätte erwartet, daß der Herr Vorredner, der den Antrag begründete, uns eine Fülle von Tat-

sachenmaterial vorgelegt hätte, aus der die Herren Antragsteller dieses Mißtrauen herleiten wollen. Statt dessen hat uns Herr Hente zunächst ein Privatissimum gehalten über seinen persönlichen Mut. Ich kann nur sagen, daß ich bei diesen Ausführungen an das Wort von Heinrich Heine gedacht habe: „Für das Vaterland zu sterben, doch zu leben auch ist süß.“ Und ich muß auch weiterhin sagen, daß die sonstigen Ausführungen des Herrn Hente im wesentlichen eigentlich Lese Früchte gewesen sind aus den zahlreichen Büchern, die er ja zweifellos mit großem Eifer, und, wie ich habe feststellen können, auch mit großem Geschick gelesen und einzelnes aus ihnen wiedergegeben hat. Ich glaube aber nicht, daß in diesen Ausführungen über die Geschichte des Sozialismus irgend etwas enthalten ist, was mit der Tagesordnung auch nur irgendwie in Zusammenhang steht, und, Herr Präsident, Sie werden mir gestatten, daß ich ganz kurz darauf eingehe, damit wir uns wieder auf dem realen Boden der Tatsachen zusammensinden, der doch letzten Endes nur zum Vertrauen oder Mißtrauen zur Regierung führen kann.

Die Sache war so, daß durch den Ausgang der Wahlen zur bremischen Nationalversammlung es klar erwiesen worden ist, daß die Vertreter der U. S. und der Kommunisten innerhalb der bremischen Bevölkerung eine hoffnungslose Minderheit darstellen. Damit war für die beiden Parteien die Unmöglichkeit gegeben, durch ihre parlamentarische Mitarbeit auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse einzuwirken, da sie nicht für irgend eine Mehrheitsbildung sich verantwortlich fühlen konnten. Sie mußten daher, wenn sie ihrer Anhängerschaft sich weiterhin sicher bleiben wollten, zu andern Mitteln greifen. Diese Mittel haben wir in den letzten Tagen erlebt. Ich möchte darauf hinweisen, daß von den Herren immer das in den Vordergrund geschoben wird, was seitens der Regierung und seitens der Bürgerlichen, die in die Streikabwehr eingetreten waren, veranlaßt worden ist, daß sie aber unterlassen, auf alles das hinzuweisen, was die Ursache dieser Maßnahmen gewesen ist. Und da möchte ich feststellen, daß der 21er-Ausschuß, der laut Bericht in der Arbeiter-Zeitung sich zunächst geschlossen zu wirtschaftlichen Zielen zusammengefunden hatte, schließlich der Stoßtrupp geworden ist für die politischen Forderungen, die hier seitens der U. S. durchgesetzt werden sollten. Wie haben sich nun im einzelnen die Verhältnisse entwickelt, die zu der Streikabwehr geführt haben? Als der amerikanische Lebensmitteldampfer hier im Freihafen entladen werden sollte, bestanden seitens der Hafenarbeiter gewisse Lohnschwierigkeiten. Diese haben dann am Sonnabend, dem 12. April, zu Verhandlungen mit der Lebensmittellkommission geführt, in denen sämtliche wirtschaftliche Forderungen der Hafenarbeiter hinsichtlich der Tagschicht und der Nachtschicht erfüllt worden sind, und die Arbeiter haben bei diesen Verhandlungen das Versprechen abgegeben, daß sie unter allen Umständen für die Entladung dieses und der später ankommenden Lebensmittelschiffe Sorge tragen wollten, und zwar dar-

um, weil sie wußten, daß die Lebensmittelkommission in der Lage war, für jedes Schiff, das in bremischen Häfen ankommt, an die Bevölkerung für vier Wochen und zwar in jeder Woche $\frac{1}{2}$ Pfund Mehl, 50 g Fett und $\frac{1}{4}$ Pfund Speck zu verteilen und damit zweifellos die Versorgung der bremischen Bevölkerung aufzubessern. Zwei Tage später, am Montag, haben die Arbeiter ihr Versprechen glatt gebrochen. Sie haben einfach die Ausladung der Lebensmittelschiffe verweigert. Sie haben allerdings die Entladung dieses Schiffes nicht verhindern können, denn es haben sich aus den Kreisen der Ordnungsparteien genügend Arbeitskräfte gefunden. Sie haben aber der bremischen Bevölkerung und dem bremischen Wirtschaftsleben einen schweren Schlag versetzt, denn das zweite Schiff, das in Nordenham lag, und das ebenfalls nach Bremen kommen sollte, ist in Bremerhaven gelöscht worden, und es ist außerordentlich zweifelhaft, ob weiterhin amerikanische Schiffe nach Bremen gesandt werden können. Es fällt damit einmal die Arbeitsmöglichkeit für eine große Anzahl von Arbeitern im Hafen fort, und weiterhin fallen auch weg die Zulagen, die dann für die Gesamtbevölkerung hätten gegeben werden können. Wenn also hier von einem Abwehrstreik gesprochen worden ist, so muß ich zunächst feststellen, daß die ersten Anstöße von der andern Seite ausgegangen sind, nach einem Wortbruch, der besonders schwer ins Gewicht fiel.

Dann möchte ich noch ein Wort sagen zur Frage der Mühlenarbeiter. Sie hatten Differenzen mit den Arbeitgebern wegen des Roggenschrots, das bereits der Lebensmittelkommission gehörte und bezahlt war. Durch die Beschlagnahme wurden also die Arbeitgeber nicht geschädigt. Es wurde die Auslieferung des Roggenschrots verhindert und dadurch unmöglich gemacht, das Roggenschrot an die Bevölkerung abzugeben. Das war ein schwerer Eingriff, der nicht die Arbeitgeber schädigte, sondern auf eine Schädigung der gesamten bremischen Bevölkerung hinauslief.

Das letzte, was dem Faß den Boden ausgeschlagen hat, war das Verhalten der Gasarbeiter. Man kann nicht davon sprechen, daß die Gasarbeiter nicht gewußt hätten, welche Folgen ihre Handlungsweise für die bremische Bevölkerung heraufbeschwören mußte. In Verhandlungen mit den Ärzten ist den Gasarbeitern verschiedentlich klar gemacht worden, daß durch ein Aufhören der Gasabgabe die Tätigkeit der Ärzte unmöglich sei. Noch am Mittwoch vor Ostern ist ihnen das klar vor Augen geführt, damals haben die Ärzte bei ihren Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß mit dem Augenblick, wo die Gaslieferung eingestellt werde, die Ärzte ebenfalls ihre Tätigkeit einzustellen gezwungen seien. Sonnabend mittag 12 Uhr ist dann gegen eine erhebliche Minderheit in nicht geheimer Abstimmung die Einstellung der Arbeit auf dem Gaswerk beschlossen.

Sie sehen, diese drei Sachen brachten uns dazu, die Frage zu stellen, ob wir es noch länger ansehen könnten, daß gewisse Kreise die Arbeiterschaft dazu zwingen, mit Hilfe der Arbeitsverweigerung ihre politischen Kämpfe

auszuführen. Es haben sich dann aus allen Teilen des Bürgertums Leute zusammengefunden und haben gesagt: Jetzt treten wir in eine Streitabwehr; nachdem von der andern Seite eine Politik der Gewalt proklamiert ist, machen auch wir eine Politik der Gewalt, unsere Geduld ist zu Ende. Dieser Abwehrstreik war wohl vorbereitet. Aus allen Kreisen der Bevölkerung traten Vertreter zusammen, und sie beschloßen übereinstimmend, (Zuruf: In geheimer Abstimmung?) sich dem Gegenstreik anzuschließen. Die Regierung hat das Vorgehen gebilligt. (Zurufe.) Die Sache lag so, daß die weitaus größte Zahl sämtlicher Geschäfte, einschließlich der Lebensmittelgeschäfte und der Wirtschaften, bereit war, sich der Streitabwehr anzuschließen. (Zurufe. Unruhe.) Ich kann den Beweis dafür antreten. Da aber die Lage insofern nicht ohne Bedenken war, als nach den Nachrichten aus Dresden und Leipzig und Städten des Rheingebiets eine nur teilweise Schließung der Geschäfte den Anlaß zu Andrang und Plünderung geben konnte, so wurde im Interesse der öffentlichen Sicherheit die Schließung sämtlicher Läden von der Regierung in Bremen angeordnet. Mit vollem Recht. Die Regierung mußte so handeln, denn sie wußte, daß es sich um eine Kraftprobe handeln würde, die, weil sie große Härten mit sich brachte, so schnell wie möglich durchgeführt werden mußte. Namentlich von Ihrer Seite (zu den M.-S. gewandt) wurde die Meinung vertreten, daß es die Pflicht der Regierung sei, die Maßnahme allgemein durchzuführen, um in Bremen Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Ich weiß, daß Ausschreitungen vorgekommen sind. In dem Stadtteile, den ich öfter passiere, sind mir solche Schwierigkeiten nicht bekannt geworden. Merkwürdig, daß sie in Stadtteilen vorgekommen sind, die mein Weg nicht berührt! Das zeigt deutlich, daß die Provokationen zu diesen Unruhen auf der anderen Seite gelegen haben.

Ich weise ferner darauf hin, daß das Verhalten der Regierungsschutztruppe seit dem 4. Februar und auch der Stadtwehr musterhaft gewesen ist, daß Klagen gegen die Truppen nicht vorgebracht sind. Das, Herr Präsident, meine Damen und Herren, ist um so höher anzuerkennen, als die Regierungstruppen keine leichte Arbeit haben und dabei schweren Beschimpfungen ausgesetzt sind. Regierungstruppen sind sogar bespuckt worden. Trotz dieser ständigen Provokationen ist das Verhalten musterhaft gewesen, wie schon der Herr Senatskommissar ausgeführt hat. Wir sind der Regierungsschutztruppe und der Stadtwehr außerordentlich zu Dank verpflichtet, und ich habe von meiner Fraktion den Auftrag, zu erklären, daß die Regierungsschutztruppe und die Stadtwehr einwandfrei und musterhaft tätig sind und daß wir ihnen den wärmsten Dank zum Ausdruck bringen. (Lebhafter Beifall. Ruf von links: Einwandfrei?) Wenn heute vormittag Herr Henke es nicht hat unterlassen können, einzelne Fälle vorzutragen, die sich bei den jetzigen Ereignissen zugetragen haben, so möchte ich kurz darauf ver-

weisen, daß es mit der Freiheit und mit der Ruhe und Ordnung in Bremen derzeit besser, weit besser bestellt ist, als zu der Zeit, als der Rat der Volksbeauftragten das Regiment führte. (Wiederholte Zurufe des Herrn Henke.)

Präsident: Ich halte es nicht für recht, daß Herr Henke die Redner von der Rechten immer stört, während die Rechte Herrn Henke ungestört hat reden lassen.

Wenholt: Ich will von dem Verhalten der äußersten Linken gegenüber den Mehrheitssozialisten nicht sprechen, weil das wohl von einem Redner der Mehrheitssozialisten zum Ausdruck kommen wird. Ich will nur darauf hinweisen, wie meine Partei seitens des Rats der Volksbeauftragten behandelt worden ist. Ich erinnere daran, daß unser Parteibureau zweimal von bewaffneten Arbeitern — ob mit oder ohne Auftrag weiß ich nicht — gestürmt worden ist. (Zuruf.) Nein, es waren nicht Arbeitslose! Ich bin genau unterrichtet. Das erste Mal waren es allerdings Arbeitslose, nachher wurde aber zweimal durch bewaffnete Proletarier das Bureau unserer Partei gestürmt, die Flugblätter konfisziert und alles durcheinander geworfen. Ich bin persönlich von Pontius zu Pilatus gelaufen und habe mich beschwert, man schob die Schuld von einer Seite auf die andere. Endlich wurde mir gesagt, es solle nicht wieder vorkommen. Ich kam zum Rathaus. Da wurde gerade gemeldet, daß ein Wagen mit Flugblättern am Bahnhof von bewaffneten Leuten angehalten, der Kutscher vom Bod gerissen und die Flugblätter zerrissen worden wären. Es handelte sich um Stimmzettel für Dr. Böhmert, und es war unmöglich, diese Stimmzettel nach Stade zu senden, obwohl dem Rat der Volksbeauftragten ausdrücklich bekannt war, daß allen Parteien die ungestörte Verteilung der Stimmzettel gewährleistet war. Ferner möchte ich noch darauf hinweisen, daß ich nach dieser Belästigung der Partei schließlich Gelegenheit fand, Herrn Eds zu treffen. Er sagte mir, es werde eine Verfügung erlassen, die solche Sachen untersage. Ob die Verfügung aber befolgt werden würde, könne er nicht sagen. Das sind die Erfahrungen, die wir mit der Regierung damals gemacht haben. Das ist die Freiheit, die uns Ihre Vertreter immer rühmen!

Herr Henke hat sich dann des längeren verbreitet über die von uns vertretene Politik bezüglich der Maschinengewehre und Kanonen. Er hat die Sache so vorgetragen, als ob es ein Novum sei, daß in den Straßen Bremens Maschinengewehre usw. aufgestellt seien. Es ist aber allen Anwesenden bekannt, daß auch damals stark bewaffnete Arbeiter nach dem Marktplatz gezogen und dort Kanonen aufgestellt haben, obgleich nichts los war. Sie wissen auch, daß Leute an den Kanonen hantierten, die nicht damit umzugehen wußten (Lachen. Sehr richtig!), wobei es passiert ist, daß auf der Börsetreppe ein Maschinengewehr losging und einen unschuldigen Knaben zu Tode brachte. Auf diese Maßnahmen ist

Herr Henke nicht eingegangen. Dagegen hat ihm als Fundgrube eine reichhaltige Lektüre gedient, und er hat versucht, uns aufzuklären über den Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus. Meine Damen und Herren! Ich glaube mindestens ebensoviel von diesen Dingen zu verstehen wie Herr Henke, glaube ihm aber sagen zu müssen: wenn man je eine Sache für verloren geben muß, so ist dieser Generalstreik für Sie verloren! (Heiterkeit. Sehr richtig! Abwarten!) Sie versuchen darum, die Sache auf ein anderes Brett zu schieben, auf das wirtschaftliche Gebiet, Sie wollen es so darstellen, als handle es sich um einen Kampf der Arbeitermassen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das werden Sie nicht erreichen. Es scheint, als ob Sie die Umwandlung in Deutschland noch nicht begriffen hätten. Es steht an der Spitze des Reiches ein Präsident, der aus der sozialdemokratischen Partei hervorgegangen ist. — das möchte ich hier gerade hervorheben, — ein Präsident, der hier in diesem Hause gewirkt hat und der allezeit für die Interessen der Arbeiterschaft gearbeitet hat. (Lebhafter Beifall.) Und das Ministerium in Berlin ist so zusammengesetzt, daß in ihm Sozialdemokraten sitzen, die jahrelang an der Spitze der Arbeiterbewegung gestanden haben und die als überzeugungstreue Sozialdemokraten sich bereits bekannt haben, als noch großer Opfermut und Selbstverleugnung dazu gehörten. Aber Sie, (zu den U. S.) haben jetzt Leute in Ihrem Lager, die sich als Modestache zum Sozialismus bekennen, die alles mitmachen, die von den Arbeiterinteressen aber gar keine Ahnung haben. Diese intellektuellen Sozialisten schenke ich Ihnen, und auf sie pfeift jeder Arbeiter. In dem Augenblick, wo die Mehrheitssozialdemokraten in die Regierung gekommen sind, da wird draußen damit agitiert, daß die Arbeiter den Klassenkampf weiter zu führen haben gegen den Kapitalismus. Wer die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse verfolgt hat, der weiß, daß der Kapitalismus in Deutschland nicht mehr zu halten ist. Der Kapitalismus in Deutschland ist auf dem Abmarsch, und das, was jetzt erreicht werden soll, das ist, daß wir an die Stelle dieser alten Wirtschaftsform eine andere bringen. Auf dem Wege, wie er von Ihnen vorgeschlagen wird, kann diese Entwicklung zu neuen, besseren Verhältnissen für die Arbeiterschaft unmöglich liegen. Bei den Dingen, die sich in Bremen ereignet haben und noch ereignen, handelt es sich nicht um einen Klassenkampf, wie Herr Henke meint, sondern um einen Kampf aller derer, die für einen friedlichen Wiederaufbau der Wirtschaft sind, gegen die, die die Unordnung wollen. Ich bin überzeugt, daß, wenn einmal die ruhigen Elemente sich durchgesetzt haben, die Arbeiter auch einsehen werden, wie sehr die Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit auf unserer Seite steht und denjenigen Recht gibt, die der Arbeiterschaft ihr Recht im Staate auf dem Wege der friedlichen Entwicklung bringen wollen. Alles das, was jetzt von Ihnen angezettelt wird, kann letzten Endes nicht zu der Entwicklung führen, die Herr Henke angezeigt hat. Er hat angeführt, daß er den

Sieg und die Befreiung der Arbeiterschaft wolle. Ich weiß nicht, ob er persönlich meint und glaubt, daß durch die wilden Streiks, die jetzt in ganz Deutschland überall ausbrechen, irgend etwas erreicht werden kann. Es ist wohl möglich, daß Sie manches von dem, was Ihnen nicht gefällt, zu Boden schlagen. Wenn Sie aber das Schlachtfeld überschauen werden, so werden Sie den völligen Niedergang unserer Wirtschaft und Millionen von Arbeitslosen sehen, die kein Einkommen und kein Brot haben werden, trotz Ihrer Theorien. Darum sind wir der Meinung, daß in erster Linie heute es notwendig ist, daß den Arbeitern auch Arbeit gegeben wird, daß wir neben dem äußeren Frieden, den wir hoffentlich in diesen Tagen bekommen werden, auch den inneren Frieden bekommen, und daß nach den 4½ Kriegsjahren nun nicht im Lande der Bürgerkrieg entfesselt wird. Es muß aber gesagt werden, daß die von Ihnen vertretenen Anschauungen es sind, die die Arbeiterschaft in diesen Bruderkampf hineingetrieben haben, und daß aus diesem Kampfe niemals ein Segen für die Arbeiterschaft erblühen kann. Ein Segen kann nur erblühen auf dem Wege, der jetzt von der Regierung eingeschlagen ist, und der auf friedlichem Wege von den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen aus dasjenige durchführen kann, worauf die Arbeiterschaft letzten Endes ein Anrecht hat. Herr Henke hat dann gesprochen vom Vertrauen zur Masse und hat geglaubt, dieses Vertrauen zur Masse für sich und seine Partei in Anspruch nehmen zu dürfen. Meine Damen und Herren! Wir von der demokratischen Partei, wir haben ein warmes und tiefes Vertrauen zur Masse, und die ganze politische Arbeit, die wir jetzt leisten, wäre nicht möglich, wenn wir nicht dieses Vertrauen zur Masse hätten. Ich würde nicht einen Finger mehr in politischen Dingen rühren, wenn ich nicht glaubte, daß nach all den schweren Kämpfen, die jetzt das deutsche Vaterland durchtoben, einmal ein Zeitpunkt herannahen wird, in dem alle diese Kämpfe begraben sind und alle werttätigen Kreise der Bevölkerung sich zusammenfinden zu der gemeinsamen großen und schweren Arbeit des Wiederaufbaues der Wirtschaft. Wir haben ein starkes Vertrauen zum deutschen Volke, wir wissen, daß die Erscheinungen, die jetzt in Deutschland lebendig sind, Krankheitsercheinungen sind, verursacht durch Unterernährung, durch Nervenerschütterungen usw. Wir kennen aber auch die Geschichte des deutschen Volkes und die Geschichte aller andern Völker, und wir wissen, daß letzten Endes sich der gesunde Sinn eines Volkes durchsetzt. Aus dem Vertrauen zur Masse schöpfen wir die feste Zuversicht, daß dieser gesunde Sinn sich auch im deutschen Volke durchsetzen wird. Deswegen: wenn wir heute über die Kämpfe dieser Tage hinwegblicken dürfen, so sehen wir eine schönere Zukunft vor uns und glauben, daß es möglich sein wird, sie durchzusetzen, nie aber auf dem Wege, der von Ihnen betreten wird, sondern auf dem Wege, den wir folgerichtig weitergehen werden. Und in diesem Zusammengehen halten wir die Politik der Regierung für richtig und werden aus diesem Empfin-

den heraus der jetzigen Regierung unser Vertrauen zum Ausdruck bringen. (Lebhafter Beifall.)

Bögeding (H. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in längeren Ausführungen hier von den verschiedenen Parteien dargelegt worden, wie sie zur Regierung stehen. Ich hätte aber nicht erwartet, daß sie in dieser Form der Regierung das Vertrauen aussprechen würden, die gerade in diesen Tagen alles getan hat, sich in einen Gegensatz nicht nur zur Arbeiterschaft, sondern zu der gesamten Bevölkerung zu setzen. Ohne Zweifel ist durch das Vorgehen der Regierung, d. h. durch die Verhängung des Belagerungszustandes die Regierung in einen Gegensatz getreten zur Gesamtbevölkerung, besonders zu den Gewerbetreibenden. Nun wird von den Herren von rechts und von den Mehrheitssozialisten behauptet, daß wir mit dem Terror gearbeitet hätten. Herr Vorsch insbesondere hat darauf hingewiesen, daß wir die Arbeiter nicht gefragt hätten. Demgegenüber stelle ich fest, daß in allen Betrieben Abstimmungen stattgefunden haben. (Gelächter. Widerspruch. Zuruf: Schwindel!) Wenn keine geheime Abstimmung stattgefunden hat, so einfach aus der Erkenntnis heraus, da die Arbeiterschaft im ganzen, in ihrer großen Mehrzahl keine Abstimmung mehr haben wollte. So waren es immer nur kleine Minderheiten, die an dem Resultat nichts mehr ändern konnten. Aber Sie, meine Herren von rechts, haben Sie denn die Kaufleute, die Gewerbetreibenden gefragt, ob sie gewillt waren, ihre Läden zu schließen? Sie haben einfach von oben herab dekretiert. Sie wagen, das Wort Demokratie zu gebrauchen, und richten eine Diktatur auf, spielen Schindluder mit der Freiheit. Wenn Sie, meine Herren, noch heute von Demokratie reden, so ist das Spiegelfechtere, weiter nichts. Ich zweifle nicht, daß Herr Benhold seine Ueberzeugung ausgesprochen hat. Aber Sie werden sich die Tatsache zur Lehre dienen müssen, daß heute der größte Teil der Kleingewerbetreibenden in den Schaufenstern Plakate hat: „Gegen meinen Willen dies Geschäft geschlossen.“ Auf einem Schild steht sogar die Aufschrift: „Das Geschäft ist geöffnet.“ Gehen Sie nur einmal durch die Straßen und überzeugen Sie sich davon. Da sehen Sie, wie sich die Kleingewerbetreibenden, das Wirtsgewerbe sich an Ihre Verordnungen gehalten haben. Herrn Hollenberg möchte ich fragen, ob in Wirklichkeit das Wirtsgewerbe gefragt worden ist. Es sind in Bremen etwa 1400 Wirtschaften. Hat das Wirtsgewerbe Stellung genommen? Die Kleingewerbetreibenden erheben schärfsten Protest. Wenn Herr Benhold besonders betont, daß seine Freunde eine friedliche Entwicklung wollen, dann muß man das doch sehr bezweifeln angesichts dessen, was in Bremen vorgeht. Herr Winkelmann führt die kleinlichsten Vorfälle an. Er sprach von Barrikaden in der westlichen Vorstadt. Herr Senator Winkelmann, ich habe diese Barrikade gesehen. Wenn da Kinder sich aus zusammengetragenen Konservenbüchsen, zerbrochenen Eimern usw. aus Spielerei

etwas aufbauen, so war das in den Augen der Regierung eine Barrikade. Und dabei war jeder in der Lage, und er brauchte die Beine noch nicht einmal sehr hoch zu heben, darüber hinweg zu steigen; es war nicht einmal 30 Zentimeter hoch. Einer Regierung wie der jetzigen, meine Damen und Herren, kann ich von vornherein das Vertrauen nicht schenken. Ich kann nicht umhin, an dieser Stelle auszusprechen, daß ich meinen politischen Gegnern jederzeit Achtung entgegen bringe. Aber einen Mann in dieser provisorischen Regierung, den Herrn Deichmann, den hasse ich wie den Teufel. (Bravo, Unruhe. Gelächter.) Den hasse ich aus ehrlicher Ueberzeugung. Herr Deichmann ist gerade derjenige, der damals dieses Blutbad angerichtet hat. Und ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich behaupte, daß es auf das Konto des Herrn Deichmann gehört, wenn er als Bürgermeister vom Stadtkommandanten derartige Sachen noch duldet. Ich habe gerade damals, wie wir in Verdien gewesen sind, die Ausführungen des Herrn Deichmann gehört, wie er damals nicht zu bewegen war, in die Friedenshand einzuschlagen. Es ist eine Unwahrheit, wenn Herr Rhein behauptet, die Hand, die ihm geboten sei, sei niemals von Herrn Deichmann zurückgewiesen worden. Herr Rhein, mit Ihnen wären wir fertig geworden, Sie fielen um, aber Herr Deichmann sprang auf und sagte: Ich bin von der Regierung mit Vollmachten versehen! Das können Sie niemals abstreiten. Nun, einer Regierung, die die Bremer Arbeiterbevölkerung und nicht nur die Arbeiterbevölkerung, glaubt, durch Maschinengewehre niederhalten zu können, die die Handlungsweise der Regierungsschutztruppe noch verteidigt, dieser Regierung kann man niemals ein Vertrauen entgegenbringen. Nun ist es höchste Zeit, daß sie entfernt wird. Verehrte Anwesende! Gerade Ihr Vorgehen und die Mittel, die von Ihrer Seite in der letzten Zeit angewandt worden und von der Regierung angeordnet worden sind, die haben dann allem die Krone aufgesetzt. Indem man den Säuglingen die Milch entzogen hat, hat man nicht danach gefragt, ob sich die jungen Knospen zur Blüte entfalten können. Sie haben Menschenleben zugrunde gerichtet. Von Herrn Wenhold wurde behauptet, daß Sie zu einem solchen Vorgehen gezwungen worden seien. Herr Wenhold, Sie werden nicht bestreiten können, daß die Arbeiter in den Hafenschiffen usw. lediglich wirtschaftliche Forderungen gestellt haben. (Zuruf: Die sind erfüllt!) Diese wirtschaftlichen Forderungen haben durchaus nichts mit dem heutigen politischen Streik zu tun. Herr Wenhold, ich will daran erinnern, daß wir die Möglichkeit hatten, auch die Milchzentrale abzuschneiden, indem die Dörfer nicht mehr lieferten, denn die sämtlichen Schweizer sind bei uns. Aber wir haben solche Kampfmittel nicht beliebt. Auch andere unmenschliche Mittel haben wir nicht angewandt. (Zuruf: Gas!) Das blieb Ihnen vorbehalten. Winkelmann ruft: „Gas!“ Ach, Winkelmann, nach Ihrem heutigen Bericht können Sie reden, was Sie wollen, wenn Sie eine derartig tendenziöse Berichterstattung machen,

glaubt man. Ihnen kein Wort mehr. Wenn Sie das morgen nachlesen, was Sie heute hier geredet haben, werden Sie sich selbst sagen: Zum Donnerwetter, was habe ich da für Dummheiten gemacht. Ich bin der festen Ueberzeugung, meine Parteifreunde werden in den Parteiverfassungen den Arbeitern etwas ganz anderes aufstischen und schon die Wahrheit sagen, daß sie sich von jenen Leuten, die in ihrer Ueberzahl reaktionär sind, haben mißbrauchen lassen. Dieser Bericht ist zugefälscht. Und einem solchen Bericht sollten wir Glauben schenken? Einer von der Schutzmannschaft hat mir gesagt: Wir haben keine Ursache, in das Lob einzustimmen. Und Tatsache ist, daß die Schutzmannschaft sich wenigstens gegen diese Gewalt offen auflehnen will. Und die Regierung scheint der Schutzmannschaft auch nicht über den Weg zu trauen, denn besonders die neuen Leute von der Schutzmannschaft sind aus anderer Holz geschnitten. Ich weiß nicht, ob es absichtlich geschieht, aber ich nehme an, daß die Schutzleute einen Aufruf bekommen haben durch die Regierungssoldaten.

Dann möchte ich insbesondere hinweisen auf die Vorgänge an der Nordstraße. Ich wohne dort und sehe dort oft, wie Regierungsschutztruppen dort durchkommen. Ich habe mir gesagt, bei einem solchen Verhalten der Leute muß es zu einem Blutbad kommen. Es ist nicht begreiflich, wie das möglich ist, daß Regierungsschutztruppen ihre Aufgabe darin sehen können, fliehenden Leuten ohne jedwede Veranlassung einfach nachzuschießen und sich dann lustig zu machen darüber, wie die Personen davonlaufen. Ich habe den Versuch gemacht, den Namen eines der Soldaten festzustellen, aber der Offizier, an den ich mich wandte, lehnte es ab, mir den Namen zu nennen — das wäre wohl gewissen Personen nicht angenehm gewesen. Besonders Frauen wurde nachgeschossen. (Zuruf.) Ja, ich weiß wohl, daß es Plazpatronen sind — wer vier Jahre draußen gewesen ist, weiß das zu unterscheiden. Was aber sollen solche Mädchen? So etwas sollten die Offiziere nicht dulden. Damit treibt man ohne Zweifel die Arbeiterschaft zu einer Katastrophe. Ich habe die Auffassung, daß tatsächlich das, was die Regierungsschutztruppe und die Behörden getan haben, geschehen ist, um ein großes Blutbad herbeizuführen. Wenn wir nicht eine so gut disziplinierte Arbeiterschaft hätten, wäre es auch dazu gekommen. Wir haben sie aufgefordert, sich nicht durch solche Sachen reizen zu lassen. Es wird behauptet, wir hätten die Arbeiterschaft aufgepuscht. Das ist nicht richtig, im Gegenteil, wir haben alles getan, um die Arbeiter zurückzuhalten. Es wird auch behauptet, unser Ziel sei der Sturz des kapitalistischen Staatswesens. Das ist richtig, und wir haben ohne Unterschied der Parteirichtung erklärt, daß wir dazu jedes politische Machtmittel anwenden wollen. Dazu gehört auch der politische Massenstreik. Der wurde bisher auch als ein berechtigtes Mittel anerkannt. Wenn Sie von den M.-S. jetzt den politischen Massenstreik nicht mehr als berechtigt anerkennen wollen, so bedeutet das nur, daß Sie Ihre alten

Grundsätze aufgegeben haben. Wir werden der Arbeiterschaft auch dieses sagen, wir werden das insbesondere unterstreichen. Und wir täuschen uns nicht: die zehn Senatoren, die die Vertretung der sozialistischen Mehrheitsfraktion darstellen, sind nicht mehr Vertreter der bremischen Arbeiterschaft. Die Herren sind ja auch meist schon Gewerkschaftsführer a. D., die Gewerkschaften haben sie entfernt. (Ruf: Durch geheime Abstimmung?) Man wünscht jetzt, daß eine Urabstimmung vorgenommen werde; die würde aber ähnlich ausfallen. Wenn Herr Peine sagte, daß ihm seine heutigen Ausführungen seine Stellung kosten würden — nein, Herr Peine, deswegen wird das nicht geschehen, aber es steht bei der Arbeiterschaft schon längst fest, daß sie alle diejenigen, die gegen die Interessen der Arbeiterschaft wirken, nicht mehr anerkennen als ihre Führer und sie daher beseitigen wird. Peine würde ohne Zweifel gegangen worden sein. Nun, der Aufsichtsrat hat darüber zu entscheiden. (Zuruf: Sie kennen keine Scham!) Sie werden beseitigt werden von der Arbeiterschaft. Dazu hat insbesondere Ihr Verhalten im Parlament gegenüber der Arbeiterschaft beigetragen, Ihr Verhalten beim Bürgerstreik, wodurch der Hunger in die Familien hineingetragen ist. Auch der Konsumverein „Vorwärts“ hat seine Läden schließen müssen. Der Konsumverein hat sehr viele Verkaufsstellen, 30. Diese 30 Verkaufsstellen in Bremen wurden nicht gefragt, ob sie mit der Schließung einverstanden seien. Herdson wurde gefragt, und er hat zugestimmt. Verehrte Anwesende! Ich bin der Meinung, wenn der Belagerungszustand in der alten Form oder in der verschärften Form aufrecht erhalten werden sollte, dann werden viele Arbeiter aus den Kreisen der Mehrheitssozialisten hinüberschwenken zu den Kommunisten. Sie haben die Spießbürger durch die Hungerblockade in große Erregung gebracht. Ohne Zweifel ist das ein großer Verdienst von Ihnen, um das ich Sie aber nicht beneide.

Verehrte Anwesende! Ich bin der Meinung, daß wir heute abend die Abstimmung vornehmen müssen, ob wir uns noch weiter gefallen lassen wollen, daß diese Truppen auf den Straßen sind. Wer Sozialdemokrat ist, ist verpflichtet, dagegen zu stimmen. Wird unser Antrag abgelehnt, dann werden wir von allen Mitteln Gebrauch machen, um unser Ziel zu erreichen. Sie haben während des Krieges durch Ihre Kriegspolitik dem internationalen Proletariat den Todesstoß versetzt, aber was Sie jetzt treiben, daß sie die Revolution mit den Bürgerlichen zusammen bekämpfen, das hat Ihnen vollständig jeden Kredit abgeschnitten bei einem großen Teile der Arbeiterschaft.

Meine Damen und Herren! Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß unter der bremischen Arbeiterschaft gerade jetzt eine große Kampfstimmung herrscht. Täuschen Sie sich nicht: die bremische Arbeiterschaft wird sich an die Spitze der deutschen Arbeiterschaft stellen und das Werk vollbringen, das sie sich zur Aufgabe gestellt hat: Sturz des Kapitalismus. Die Revolution wird die

gesamte Bevölkerung dahin führen, daß wirklich ein freies sozialistisches Gemeinleben entstehen kann. (Lebhafter Beifall links.)

Stähler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch die sinnlose Opposition der U. S. und Kommunisten kommen wir zu keiner praktischen Arbeit. Und schon beginnt ein neuer Sturm von dieser Seite: das Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Nun, wir kommen ganz von der Tatsache ab. Gewiss ist der verschärfte Belagerungszustand bedauerlich, und er ist für alle Bevölkerungsschichten etwas sehr Unangenehmes. (Zuruf: Etwas?) Wie ist es denn dazu gekommen? Die U. S. und die Kommunisten haben durch den Generalstreik, durch ihr ganzes Verhalten bekundet, daß sie nur den einen Wunsch hegen: den Sturz der Regierung. Wenn man einen derartig scharfen Punkt auf sein Programm setzt, so hat man damit die Regierung durchaus herausgefordert. Kame der Besitz der Macht reißlos auf die U. S. und die Kommunisten, und die Bürgerlichen würden dagegen Stellung nehmen, so wäre die erste Folge die Verhängung des Belagerungszustandes. Würden wir soweit gehen wie diese U. S. und Kommunisten und die Regierung zu stürzen versuchen, so würde der schärfste Belagerungszustand von dieser Seite verhängt werden. Wo gehobelt wird, da fliegen Späne. Da wären die Folgen mindestens dreimal so schlimm wie jetzt, davon bin ich überzeugt.

Senator Rhein (M.-S.) zur tatsächlichen Aufklärung: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bögeding hat auf die Verdener Verhandlungen exemplifiziert und behauptet, besonders mit Bezug auf Herrn Deichmann, er sei in keiner Weise zu Friedensverhandlungen geneigt gewesen. Ich habe zu konstatieren, daß solche Verhandlungen in Verden nicht mit Herrn Deichmann geführt wurden und auch nicht mit uns. Die Verhandlungen hatten nicht wir zu führen. Unsere Aufgabe war nicht, Verhandlungen zu führen, sondern unsere Aufgabe war lediglich die Regierungsbildung. Herr Bögeding hat aber die Behauptung aufgestellt, Herr Deichmann habe in seinen Auseinandersetzungen sich dem Frieden nicht geneigt gezeigt. Er hat schon damals die Behauptung aufgestellt, Herr Deichmann habe gesagt: Es bleibt dabei, es wird einmarschiert! Ich muß erklären, daß das eine glatte Unwahrheit ist. In den längeren Auseinandersetzungen, die Herr Deichmann und Herr Bögeding hatten, und denen ich beiwohnte, war der Kern der Ausführungen des Herrn Deichmann: „Sagt den bremischen Arbeitern, daß sie die Waffen abgeben, und die Truppe wird nicht in Bremen einmarschieren.“ Daraus können Sie den wirklichen Verlauf erkennen.

Waigand (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man hier so die Reden des Herrn Henke und des Herrn Bögeding hört, so hört man aus ihnen heraus, daß sie sich allein für die Berufenen halten, die Arbeiterschaft zu führen. Aber die

Kommunisten haben in ihrer ganzen Literatur und in ihren Versammlungen immer wieder betont, daß die U. S. keinen Deut besser seien als wir. Wenn also die U. S. heute die Regierung bilden würden, so würde eine Anzahl der bremischen Arbeiterschaft, die heute kommunistisch denkt, Herrn Henke genau so ein Mißtrauensvotum ausstellen wollen, wie Sie heute unserer Regierung ausstellen. Die Kommunisten sagen ganz richtig, daß die U. S. im Anschluß an uns eine demokratische Regierung bilden würden, um dadurch den Sozialismus zu erreichen. Ein gut Teil der unabhängigen Führer wie Haase, Kautsky und Barth stehen mit uns auf demselben Standpunkt. Wenn heute nun die Bremer U. S. unter Führung Henkes zwischen Räterepublik und Demokratie hin und her pendeln wie eine alte Schwarzwälder Uhr, dann muß ja die bremische Arbeiterschaft zu der Meinung kommen, daß die unabhängigen Führer selbst nicht wissen, was sie tun wollen. Aus dieser Pendelpolitik der Führer der bremischen Unabhängigen ist es herzuwachsen, daß die bremische Arbeiterschaft wiederholt in solch unsinnige politische Kämpfe sich einließ, wie dies auch jetzt wieder geschehen ist. Herr Henke gehört zu den Dogmengläubigen; genau so, wie die alten Kirchenväter es gewesen sind. Für ihn gilt noch immer, wie es im Jahre 1848 gewesen ist. Für ihn gelten noch alle die Voraussetzungen, die dazumal vorlagen. Daß sich inzwischen ganz gewaltige Veränderungen vollzogen haben, daß insbesondere die Revolution in Deutschland eine politische Situation geschaffen hat, die gar nicht mehr zu vergleichen ist mit den Kämpfen, die wir früher geführt haben, daß inzwischen unsere hauptsächlichste Programmforderung, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter, erreicht worden ist und infolgedessen die Arbeiterschaft in die Lage versetzt ist, die politische Macht zu erreichen, das gilt auf einmal gar nichts mehr. Heute sind wir die Kapitalknechte, weil wir auf Grund dieser sozialistischen Forderung nun unsere politische Macht befestigen wollen. Wer aber erweist den Kapitalisten einen größeren Dienst als der, der den Arbeitern Illusionen vorgaukelt, die nicht zu erreichen sind, und dadurch den Kapitalisten die Möglichkeit gibt, die zersplitterte Arbeiterschaft wieder in die alte Knechtschaft hineinzuzwingen? Diese Frage zu beantworten, überlasse ich Ihnen. Marx hat uns gelehrt, daß die Produktionsbedingungen, die Produktionsverhältnisse es sind, die auf die Gesellschaftsbildung entscheidend einwirken. Wird durch die Arbeiter, wie es insbesondere die Kommunisten wollen, der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands verhindert, verhindert durch die Streiks im Kohlenrevier, in den deutschen Industrien, so wird Deutschland als Industriestaat ausgeschaltet. Und haben wir keine Industrie mehr, so gibt es auch kein Industrieproletariat, das allein imstande ist, den Sozialismus durchzuführen. Wenn wir also so denken wollen, so können wir nicht anders, als daß wir dahin streben, die Bedingungen, die notwendig sind zur Durchführung des Sozialismus, zu erreichen.

Und der Kapitalismus ist doch nicht irgendwie eine Erfindung, der Kapitalismus war eine Notwendigkeit, er mußte seine gewaltigen Aufgaben erfüllen, und erst wenn der Kapitalismus seine Arbeit vollendet hat, dann kann der Sozialismus an seine Stelle treten. Wer aber von Ihnen will behaupten, daß der Kapitalismus heute schon seine Aufgabe erfüllt hat? Wer von Ihnen will behaupten, daß der bremische Kapitalismus, den Sie überwinden wollen, wenn er überwunden wird, auch den deutschen Kapitalismus mit sich fortreißt? Sie sprechen immer von Bremen; als wenn mit Bremen die wirtschaftliche und politische Befreiung des deutschen Proletariats erreicht sei. Herr Henke weiß — denn er ist durchgebildet genug, um es zu wissen — daß auf diese gewalttätige Art und Weise der Sozialismus nicht durchgeführt werden kann. Und ich mache ihm zum Vorwurf, daß er nicht die nötige Courage hat, um den Arbeitern das zu sagen, daß er sie fürchtet, daß Herr Henke sich fürchtet, vor die Arbeiter hinzutreten und ihnen zu sagen: das, was ihr wollt, dazu ist die Zeit noch nicht reif. Wir wissen von Marx, daß der Satz, den bürgerliche Philosophen aufgestellt haben, wie z. B. Hegel, daß das Denken das Sein bestimmt, nicht richtig ist, sondern daß das Sein das Denken bestimmt, daß also die realen Tatsachen entscheidend sind. Die Menschen können sich wohl in ihren Köpfen irgendwie ein Bild machen von der künftigen Gestaltung der Dinge, erst müssen aber die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sein. Die Geschichte kennt keine Sprünge. Der wirtschaftlichen Entwicklung muß Rechnung getragen werden. Und wenn wir das wollen, wenn wir das sehen, so wissen wir auch, daß die Arbeiterschaft im harten Klassenkampf mit dem Kapital ihr Ziel erreichen wird. Wenn heute Herr Benhold gesagt hat, daß das Kapital nicht mehr in dem Sinne wirken werde wie früher, so mag das von ihm eine gute Meinung sein. Der Kapitalismus kann nicht anders, er muß als Ausbeuter den Kampf mit der Arbeiterschaft aufnehmen. Und darum sagen wir, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter bestehen bleiben müssen, daß sie kampfkraftig erhalten werden müssen, um den Kampf mit dem Kapital durchzuführen. Wenn wir heute mit einem Teil der Bürgerlichen, mit der bürgerlichen Demokratie zusammengehen und dadurch unsere politischen Forderungen durchzuführen bestrebt sind, verraten wir damit nichts vom Sozialismus. Wenn Sie uns Verräter nennen; ach, wie mancher sitzt unter Ihnen, der noch nicht einmal das ABC des Sozialismus kennt. Wie mancher sitzt unter Ihnen, der sich noch gar nicht die Mühe gegeben hat, es kennen zu lernen. Sie verweisen darauf, daß wir eine ganze Reihe Genossen haben, die erst seit November zu uns gekommen sind. Und Sie haben unter sich Leute, die ihr Parteibuch 20 Jahre in der Tasche haben und noch nicht einmal das Parteiprogramm durchgelesen haben, und die sich doch als die wirklichen und einzigen Führer der Ar-

beiterschaft aufspielen. Unter den Kommunisten insbesondere sind sehr viele Idealisten, sind Utopisten, aber sehr wenig grundtätlich durchgebildete Sozialisten. Darum sagen wir, daß wir unsern Kampf gern mit den U. S. zusammen geführt hätten, daß die U. S. aber durch ihre politische Demagogie, durch ihre Wandlungsfähigkeit einfach nicht imstande sind, irgendwelche positive Arbeit zu leisten. Ihre Fraktion ist nicht davon zu überzeugen, daß die Politik nicht von Personen gemacht werden kann, sondern von Grundsätzen geleitet werden muß. Wenn Sie heute sagen, wir hätten ausgespielt: wenn wir ausgespielt haben, dann haben Sie längst ausgespielt. Denn Sie müssen bedenken: in der jetzigen Situation, in der wirtschaftlichen Depression, in der Deutschland lebt — Deutschland hat noch keinen Frieden — hat es noch keine Möglichkeit, sich wirtschaftlich wieder aufzurichten. Gelingt der wirtschaftliche Wiederaufbau nicht, dann gehen Sie ebenfalls zugrunde. Ihre Anhänger werden dann wieder zu denen gehen, zu denen sie früher gehörten: zu den Indifferenten.

Da hat mir nun Kühl etwas zugerufen, gerade Kühl. Er ist ein gerissener Geschäftsmann, ein Spekulant. Ich verstehe darum nicht, wenn er mir zuruft, daß die Arbeiterschaft das nicht mitmache. Wenn wir darauf hingewiesen haben, daß die Gasarbeiter durch die Absperrung des Gases die bremische Bevölkerung in eine schwere Katastrophe gebracht haben, so trifft das besonders die Arbeiterschaft, die nicht kochen kann. (Zuruf: Auch das Wasser ist abgesperrt! — Unruhe.) Es ist auch bei den streikenden Arbeitern die Absicht gewesen, das Wasserwerk abzusperren. (Lindau: Das können Sie nicht beweisen!) In der Schützenhof-Versammlung wurde erklärt, daß die Sperre des Wasserwerks nur noch vorbehalten werden sollte als letztes Kampfmittel.

Dann möchte ich noch auf eins aufmerksam machen; daß nämlich Mitglieder unserer Partei aufs ärgste beschimpft werden durch allerhand Redensarten. Man sagte, man hätte Alkohol an die Schutztruppe ausgegeben. Aber gewisse Redensarten sind oft schlimmer als Schnaps. Es ist auch davon die Rede gewesen, daß Bebel die Massen zum Mißtrauen gegen ihre Führer aufgefördert habe. Ja, er hat aber auch 1890 den sogenannten Jungen in Berlin zugerufen, es sei doch recht beschämend, daß die Berliner Arbeiterschaft sich von solchen Schwadronneuren einseßen ließe, die sich als Autoritäten ausgeben. Reste von der 90er Bewegung sind auch jetzt noch vorhanden. Lesen Sie nur, was in den Organen der Kommunistischen Partei bis weit in die Organe der U. S. hinein geschrieben wird von diesen Phantasten. Ja, Bebel hat durch seine Worte das Rechte ausgesprochen, mißtrauen wir solchen „Führern“.

Man spricht viel vom Kapitalismus. Ich habe ausgeführt, daß wir Gegner des Kapitalismus sind. Das System der Spartakisten und Unabhängigen ist genau so brutal und widerwärtig, wie das des Kapitalismus,

das uns zu anarchistischen Zuständen hinführt und die ungeheure Not, in die wir durch den Krieg gekommen sind, noch verschärft. Wir wissen, daß dieser Weltkrieg zur Vernichtung des Kapitalismus beitragen wird. Wenn Sie uns den Vorwurf machen, daß wir während des Krieges den Sozialismus verraten hätten, so sage ich: die ganzen U. S. mit samt den Kommunisten haben uns anfangs unsere Politik gar nicht so übel genommen, daß wir am 4. August 1914 die Kredite bewilligt haben. Sie haben anerkannt, daß sich unser Standpunkt rechtfertigen lasse. Erst späterhin haben Sie ihre Anschauungen geändert und uns als Verräter hingestellt, obwohl wir nur das taten, was Parteitage und internationale Kongresse beschlossen haben: im Falle der Not unser Land zu verteidigen. Ich habe keinem internationalen Kongreß beigewohnt, kenne aber ihre Beschlüsse, und ich weiß, daß gegen ihre Beschlüsse in Bremen kein Einspruch erhoben ist. Ich weiß wohl, daß sich die Zeiten ändern und damit die politische Taktik. Wir wissen genau so gut wie Sie, daß das alte Parteiprogramm nicht zu halten ist. Die Reichsregierung hat recht getan, indem sie die Arbeiterräte als Betriebsräte, als wirtschaftliche Faktoren anerkannt hat. Wir arbeiten in diesem Sinne und werden zu erreichen suchen, was wir zu erreichen in der Lage sind. Wir wollen den Militarismus bekämpfen. Man kann aber sagen, daß der Militarismus von heute nicht zu vergleichen ist mit dem früheren Militarismus, was schon daraus hervorgeht, daß z. B. das Parlament endgültig zu bestimmen hat. Wir arbeiten im Interesse der gesamten Arbeiterschaft und werden auch Erfolge haben. Wenn Sie in den Fabriken den Arbeitern alles Mögliche versprechen, wie der katholische Pfarrer den Gläubigen das Himmelreich, so wird das doch nur von kurzer Dauer sein, und die Arbeiterschaft wird bald erkennen, daß sie von Ihnen irreführt ist und daß das, was Sie ihr versprechen, nicht in Erfüllung geht. (Beifall.)

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Wort angeschrieben sind noch die Herren Egen, Dr. Gildemeister, Hollenberg, Runoth und Prof. Tjaden.

Ueber den Schluß

Miller (K.): Es haben alle Parteien zu diesem Antrage gesprochen, mit Ausnahme der unsrigen. Besonders die Ausführungen des letzten Redners veranlassen mich, Sie zu ersuchen, nicht Schluß der Debatte zu machen. Die ganzen Ausführungen des Herrn Waigand waren auf einer derart niedrigen Stufe . . . (Seiterkeit, Unruhe). Herr Waigand weiß tatsächlich nichts anderes, als diejenigen Personen, die ihm nicht belieben, anzugreifen. Er hat mich einen Affordmeister genannt. (Auf: Ueber den Schluß!)

Präsident: Herr Miller, Sie wollten über den Schluß reden und dürfen nicht an der Rede Waigands Kritik üben.

Miller: Ich möchte die Versammlung ersuchen, nicht Schluß zu belieben. Herr Baigand hat gesagt, die Kommunisten wollten den bremischen Kapitalismus erledigen. Nein, die Kommunisten wollen den gesamten Kapitalismus erledigen durch eine Weltrevolution. Ich möchte Sie nochmals bitten, nicht Schluß der Debatte zu belieben.

Bögeding (U. S.): Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, so sehr die Zeit auch schon vorgeschritten ist und Sie deshalb Schluß wünschen, so würde es doch von der Deffentlichkeit nicht verstanden werden. Nachdem besonders Herr Wenhold Ausführungen gemacht und behauptet hat, daß das Kleingewerbe . . . (**Präsident:** Bitte, über den Schluß!) Die Ausführungen des Herrn Wenhold treffen nicht zu. Das Bürgertum soll sich für den Abwehrstreik erklärt haben. Aber wenn Sie heute dem Vertreter des Kleingewerbes, Herrn Hollenberg, der sich auch zum Worte gemeldet hat, das Wort entziehen, ist ihm damit jede Gelegenheit genommen, sich zu äußern. Ich denke, das Kleingewerbe wird ohne Zweifel infolge einer zu schnellen Abstimmung in nennenswerter Zahl nach der kommunistischen Partei übergehen. Eine Ablehnung des Antrages würde nicht im parlamentarischen Interesse liegen. Ich beantrage

namentliche Abstimmung.

Dr. Gildemeister (L. B.): Meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich mit einigen Worten gegen den Schluß aussprechen, weil auch meine Fraktion bisher keine Gelegenheit gehabt hat, ihre Ansichten äußern zu können. Wir sehen mit Bedauern, daß die Nationalversammlung bisher ihrer eigentlichen Aufgabe, eine Verfassung zu schaffen, nicht gerecht werden konnte, weil die Herren lediglich zuhören müssen den Debatten über Fragen des Sozialismus und über die Auslegung, die diese und jene Partei Fragen gibt, die jetzt zur Verhandlung stehen. Man will der jetzigen Regierung Mißtrauen aussprechen . . .

Präsident: Herr Doktor, Sie wollten über den Schluß sprechen!

Dr. Gildemeister: Jawohl. Von unserer Seite, die die Regierung nicht mitgebildet hat, brauchen die einzelnen Maßnahmen . . .

Präsident: Herr Doktor, Sie wollten gegen den Schluß sprechen. Ich kann nicht anerkennen, daß das gegen den Schluß ist.

Dr. Gildemeister: Ich will die Erklärung abgeben, daß es uns unmöglich ist, aus dem Ergebnis der Verhandlung die Folgerung zu ziehen, daß ein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden muß. Wir lehnen den Antrag ab.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Heute (U. S.): Ich will vom Schlußwort keinen umfassenden Gebrauch machen. Ich beantrage namentliche Abstimmung.

Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Mit Ja stimmen: Amelung, Friedrich; Asendorf, Hermann; Böse, Hermann; Roth, Georg; Böttger, Carl; Chrapkowski, Max; Cunis, Clemens; Drettmann, Johann; Eichen, Hermann; Fängmann, Joh. Heinrich; Faust, Alfred; Frank, Friedrich; Fritsch, Burchard; Göge, Albert; Hagedorn, August; Harms, Joachim; Henle, Alfred; Herz, Wilhelm; Heuer, Georg; Heuers, Fritz; Kappas, Erich; Kerst, Alwin; Kesselbeck, Elise; Klarwitzer, Carl; Klima, Johann; Köhl, Jürgen; Künzler, R., Dr. jur.; Lindau, Otto; Lüblmann, Heinrich; Lude, Carl; Lüdeling, Hans; Meyer, Bernhard; Müller, Josef; Otto, Heinrich; Ruffstahl, Joh.; Schad, Heinrich; Scharke, Hermine; Schmidt, Wilhelm; Schulze, Hermann; Sommer, Emil; Spindler, Emil; Stiegler, Anna; Bögeding, Karl.

Mit Nein stimmen: Achelis, Ed.; Bahnson, Minna; Bardenheuer, Rita; de Veet, Wilhelm; Behle, Karl; Blanke, Heinr.; Blome, Christian; Böhmert, Wilh., Dr.; Borchers, Robert; Bormann, Friedr.; Borsch, Ludwig; Brasch, Hermann; Busse, Max; Busmann, Joh.; Degehhardt, Ernst; Deichmann, Karl; Deplen, Johann; Dieß, Prof. Dr.; Donath, Hans; Dänemann, Heinrich; Fanger, Gustav; Fauth, Gottlieb; Franke, Fritz; Garbes, Friedrich; Geffken, Heinr.; Gildemeister, Alfred, Dr. jur.; Hagemeyer, F. F.; Harber, Hanna; Harmening, August; Hedler, Bernhard; Heinelen, Agnes; Heinzler, Bernhard; Henrici, Ernst; Herdfen, Wilh.; Hertel, Carl, Dr. jur.; Hinner, Heinrich; Hollenberg, Wilhelm; Hormann, Heinrich; Hünele, Heinr.; Jung, Emil; Jungmittag, Clara; Karrenberg, Carl; Kirchmeyer, Conrad; Klenke, Friedrich; Klocke, Wilhelm; Knoch, Johann; Knoch, Wilh.; Koch, Luise; Köhler, Diedrich; Kruse, Johann; Kuno, Georg; Lautz, Johann; Leymann, Wilhelm; Ludewig, Johann; Mannier, Heinrich; Massolle, Wilhelm; Matthias, Werner; Maus, Carl; Meenzen, Johann; Meinert, Adolf; Meschat, Hermann; Meßter, Hermann; Mombert, Bruno; Ohm, Karl; Peine, Friedrich; Plate, Mathilde; Preußner, Max; Rhein, Hermann; Riefe sen., Bernhard; Rodewald, Berena, Dr. phil.; Rösing, Johannes; Rogmann, Bernhard, Dr.; Sattler, Meta; Schell, Heinr., Dr. med.; Schelter, Wilh.; Schindelbauer, Wilh.; Schneider, Jakob; Schönfeld, Kurt; Schröder, Wilh.; Schurig, Gottfried; Stallmann, Louis; Stampe, August; Steding, Hermann; Steffen, Heinr.; Stiehnath, Carl;

Stögen, Friedrich; Stützer, Hugo; Sonnemann, E.;
 Legtmeier, Wilhelm; Thatje, Louis; Thiele, Minna;
 Tiedermann, Heinr.; Tjaden, Hermann, Dr. med.;
 Vinnen, Adolf; Wahnschaffe, Paul; Waigand, Ludwig;
 Walsmann, Carl; Wellmann, Joh.; Wenholt, Her-
 mann; Wiechmann, Hermann; Wildens, Bernh. Joh.,
 Dr. jur.; Winkelmann, Carl; Wulff, Georg.

Das Alphabet wird wiederholt.

Es fehlen: Adam, Karl; Allerheiligen, Diedrich
 Becké, Waldemar; Becker, Wilh.; Bensmann, Hermann;
 Blase, Wilh.; Brauns, August; Buchholz, Wilhelm;
 Bullwinkel, Wilhelm; Cordes, Johannes; Dibjick,
 Friedr.; Diekmann, Ernst; Dohler, Johann; Dunkel,
 Richard; Fricke, Joh.; Geiger, Anton; Gerberding,
 Eduard; Groll, Bernhard; Hagedorn, Berta; Hasselbach,
 Caroline; Hobelmann, Gustav; Hockamp, Georg; Hus-
 mann, Adolf; Husmann, Friedrich; Jahn, Max; Jen-
 sen, Elise; Junge, Joh. Herm.; Karlmeier, Carsten;
 Klemann, Wilhelm; Knief, Heinrich; Kuse, Otto;
 Lampe, J.; Lunkewitz, Alwin; Madrian, Georg; Mar-
 burg, Emil; May, Franz; Meyer, H. S.; Möhring,
 Henry; Pieper, Wilhelm; Rietschel, Hermann; Rogge,

Karl; Schauerte, Heinrich; Scheide, Carl; Schlüter,
 Ludwig; Schmalfeldt, Heinrich; Stockhinger, Alfred;
 Wagner, Wilhelm; Wahl, Hugo; Warnde, Heinrich;
 Willig, Andr.; Wünschmann, Bernhard.

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt. Es
 haben für den Antrag 43, gegen den Antrag 102 ge-
 stimmt.

Wir kommen zu dem folgenden Gegenstand.

Garves (D.): Ich beantrage Schluß der Sitzung.

Senator Donath (M.-S.): Ich wollte daselbe
 beantragen. Wir tagen über 10½ Stunden. Die Auf-
 nahmefähigkeit der einzelnen Mitglieder ist so gesunken,
 daß wir Schluß der Sitzung eintreten lassen müssen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir
 sind wohl alle einer Meinung, daß wir jetzt aufhören.
 Ich schließe die Sitzung.

Schluß 10,25 Uhr.